

## Protokoll

über die 83. Sitzung vom 31. Januar 2019

Beginn: 9:33 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 83. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Frau Abg. Böhlen, Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, Herr Abg. Dr. Kern, Herr Abg. Kleinböck, Herr Abg. Nemeth, Herr Abg. Palka, Herr Abg. Räßple, Herr Abg. Teufel sowie Herr Abg. Dr. Weirauch.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Herr Ministerpräsident Kretschmann und Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut sowie ab 13 Uhr Frau Ministerin Sitzmann. Außerdem entschuldigt ist Frau Staatsrätin Erler.

Auf Ihren Tischen liegt ein Vorschlag der Fraktion GRÜNE für Umbesetzungen im Präsidium und in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, wir haben in unseren Reihen heute ein Geburtstagskind. Lieber Kollege Karl Klein, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich und wünsche weiterhin alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich eine Kollegin aus dem Landtag verabschieden. Frau Bettina Lisbach hat mir mit Schreiben vom 4. Dezember 2018 mitgeteilt, dass sie mit Ablauf des heutigen Tages ihr Landtagsmandat niederlegt.

Der Grund ist für sie ein durchaus erfreulicher: Frau Kollegin Lisbach wurde zur Umweltbürgermeisterin der Stadt Karlsruhe gewählt. Dazu erst einmal ganz herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Dem Parlament – damit kommen wir zur Kehrseite – geht mit ihrem Ausscheiden allerdings kommunal- und umweltpolitischer Sachverstand verloren. Frau Lisbach gehörte dem Landtag seit dem 5. April 2016 an. Sie war ordentliches Mitglied im Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration sowie im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.

Aufgrund ihres langjährigen Engagements in der Kommunalpolitik – u. a. als Fraktionsvorsitzende im Karlsruher Gemeinderat oder im Regionalverband Mittlerer Oberrhein –, aber auch wegen ihrer beruflichen Bandbreite konnte sich Bettina Lisbach von Beginn an kompetent in die parlamentarischen Beratungen einbringen. Als Diplom-Geoökologin und Land-

schaftsplanerin gab sie Impulse im Bereich Umweltpolitik und Umweltverwaltung. Als Softwareentwicklerin begleitete sie die Digitalisierungspolitik mit kritischer Kompetenz. Als erfahrene Kommunalpolitikerin brachte sie diese föderale Ebene anwaltlich ein. Dass sie als Newcomerin im Parlament von ihrer Fraktion mit dem Arbeitskreisvorsitz Umwelt betraut wurde, zeugt vom Vertrauen ihrer Kolleginnen und Kollegen in ihre Fachlichkeit.

Liebe Kollegin Lisbach, liebe Bettina, auch wenn Sie vergleichsweise kurz den Wahlkreis Karlsruhe I hier im Hohen Haus vertreten haben, waren Sie eine wichtige Bereicherung, und wir lassen Sie ungern ziehen.

Sie kehren nun wieder in die Kommunalpolitik Ihrer badischen Heimat zurück. In fast drei Jahren im Landtag konnten Sie Erfahrungen sammeln, die Sie nun an Ihre neue Wirkungsstätte mitnehmen. Sie werden damit auch eine Art Botschafterin für den parlamentarischen Betrieb, der vielen Bürgerinnen und Bürgern häufig etwas fremd bleibt.

Liebe Kollegin Lisbach, ich danke Ihnen schon jetzt für diese Brückenbauertätigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ich danke Ihnen vor allem für Ihre Tätigkeit als Abgeordnete im baden-württembergischen Landtag. Im Namen des Hohen Hauses wünsche ich Ihnen für Ihr neues Amt, das Sie morgen antreten werden, aber auch privat alles Gute und viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Gesund, regional und nachhaltig – Ernährung als Zukunftsinvestition – beantragt von der Fraktion der CDU**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Wie immer darf ich an dieser Stelle auch die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

In der Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

**Abg. Dr. Patrick Rapp** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gerade zu Ende gegangene Internationale Grüne Woche, die weltgrößte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau in Berlin, hat gezeigt: Wir haben heute eine enorme Auswahl, eine enorme Vielfalt von regionalen Spezialitäten und eine große Produktvielfalt insgesamt.

Der Blick auf die Angebote aus Deutschland und der ganzen Welt machte aber auch deutlich, dass sich die Frage, welche Nahrungsmittel und Lebensmittel die Grundlagen einer Mahlzeit bilden, nicht einheitlich beantworten lässt. Lebensmittel, die bei uns fester Bestandteil unserer Ernährung sind – ich sage jetzt mal Spätzle oder Knöpfe –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten)

kommen woanders eher selten vor.

Die Frage, wie eine gesunde und nachhaltige Ernährung aussehen soll, ist aus unserer Sicht ebenso nicht einfach zu beantworten. Dazu kommen unterschiedliche Ernährungstrends und eine Vielfalt von Produkten. Diese Trends, aber auch andere Faktoren wie Tierwohl, Umweltschutz, Klimaschutz machen es uns in Ernährungsfragen schwer, Entscheidungen zu treffen.

Die Frage, was eine gesunde, ausgewogene und nachhaltige Ernährung ausmacht, muss am Ende jeder für sich selbst entscheiden. Unstrittig dürfte aber sein, dass Convenience-Food im Übermaß nicht sonderlich gesund ist. Es entfernt uns, die Gesellschaft, immer mehr von eigenständiger Zubereitung von Mahlzeiten, aber auch davon, unsere Lebensmittel angemessen wertzuschätzen.

Gleiches gilt für die Frage nach der Regionalität. Auch hier ist keine einfache Antwort möglich. Regional sind für den einen Entfernungen von 5 km, für den anderen von 100 km, für den einen ist es Baden-Württemberg, für den anderen ganz Deutschland.

Gleiches gilt auch für den Bereich der Nachhaltigkeit. Für den einen heißt das Bewahrung, für den anderen Dauerhaftigkeit, für wieder andere bedeutet es Klima- und Umweltschutz.

Was bleibt, ist aber der Wunsch nach einer gesunden, regionalen und nachhaltigen Ernährung. Aus diesem Grund ist es richtig und wichtig, dass sich die Landesregierung die Förderung einer gesunden und nachhaltigen Ernährung zur Aufgabe gemacht hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch deswegen haben wir im Koalitionsvertrag verankert, die Ernährungsbildung zu stärken, die Qualität der Außer-Haus-Verpflegung zu verbessern und regionale Kreisläufe zu fördern.

Die vonseiten des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz auf den Weg gebrachte Ernährungsstrategie Baden-Württemberg setzt an dieser Stelle an. Dass bei dieser Strategie alle betroffenen Bereiche einbezogen werden, ist folgerichtig. Denn um etwas zu bewegen, brauchen wir ein breites Fundament.

Dieser Strategie liegen insgesamt neun Leitsätze zugrunde. Diese umfassen u. a. die Stärkung der Ernährungsinformation und -bildung, die Werbung für nachhaltigen Konsum, die Information über nachhaltige landwirtschaftliche Erzeugung bei allen beteiligten Akteuren, etwa in Kitas, in Schulen und Gemeinschaftsverpflegungskantinen, aber auch die Eindämmung der Lebensmittelverschwendung und schließlich die Förderung von hochwertigen und nachhaltigen Essensangeboten außer Haus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir, die CDU, unterstützen diese Leitsätze bestmöglich. Ein zentraler Aspekt ist dabei, so früh wie möglich damit zu beginnen, den Wert einer gesunden und nachhaltigen Ernährung zu vermitteln und über die Herstellungsprozesse zu informieren. Beispielhaft sei hier das Landeszentrum für Ernährung in Schwäbisch Gmünd genannt.

Neben diesen Ansätzen gibt es noch weitere Akteure, die hier unterstützend tätig sind. Beispielhaft nenne ich die Landfrauen und die „Schmeck den Süden“-Gastronomen, die sich in diesen Bereichen engagieren und Projekte auf den Weg bringen. Wir brauchen solche Projekte, um in die Fläche zu kommen, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Aus diesem Grund haben wir, die CDU-Fraktion, uns bei den Haushaltsberatungen dafür eingesetzt, dass entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden, z. B. für eine mobile Schulküche, um schon den Kleinsten in unserer Gesellschaft das Kochen und die Ernährung nahezubringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Zugleich halten wir es beim Thema Ernährung für unverzichtbar, die Produzenten unserer Lebensmittel mit einzubeziehen. Denn durch die Veränderungen in den letzten Jahrzehnten haben viele Menschen keinen Kontakt mehr mit der Landwirtschaft. Selbst in kleineren Gemeinden finden wir heute nur noch selten landwirtschaftliche Betriebe im Ort. Durch diese Entwicklung geht eine Schere durch die Gesellschaft, entsteht gesellschaftliche Entfernung aufgrund fehlender Bezüge zu den Produktionsprozessen und den Gegebenheiten in diesen Betrieben. Oftmals beschränkt sich das Wissen, dem wir heute begegnen, auf die Kenntnisse, die in Medienberichten verbreitet werden.

Unser Ziel muss es sein und ist es, den Abstand der Verbraucherinnen und Verbraucher zur Landwirtschaft, zur landwirtschaftlichen Produktion und zu den Produkten wieder zu verringern. Der Wunsch nach regionalen Lebensmitteln ermöglicht diesen besseren Kontakt. Hofläden, Direktvermarkter – sie machen es möglich, wieder hinter die Kulissen zu schauen. Sie schaffen den Kontakt zu den Verbrauchern. Ganz am Schluss haben wir auch unsere Regionalkampagne „Natürlich. VON DAHEIM“, die genau an diesem Punkt ansetzt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Sie bringt Transparenz und garantiert, dass regional tatsächlich auch „aus der Nähe“ heißt. Die CDU-Fraktion hat diese Kampagne von Beginn an unterstützt und auch für die Bereitstellung der notwendigen Mittel Sorge getragen. Diesen Weg, die Förderung und Unterstützung regionaler ökologischer Produkte, werden wir auch konsequent weiterverfolgen.

(Dr. Patrick Rapp)

Doch wir werden auch versuchen, die Wertschätzung für diejenigen zu erhöhen, die diese Nahrungsmittel produzieren. Der verstärkte Rückgriff auf regionale Erzeugnisse bringt nicht nur den Vorteil, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, woher die Lebensmittel stammen, nein, dies unterstützt auch die entsprechenden Betriebe bei ihrer Arbeit, bis hin zur Offenhaltung der Landschaft. Es geht um eine höhere Wertschätzung der dort erzeugten Produkte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Dr. Rainer Balzer AfD und Klaus Hoher FDP/DVP)

Auch im Hinblick auf Fragen des Klima- und Naturschutzes stellen die regionalen Lebensmittel, stellt die regionale Produktion natürlich die bessere Alternative dar. Durch eine gesunde und regionale, nachhaltige Ernährung tragen wir nicht nur zu unserem eigenen Wohlbefinden und zu unserer Gesundheit bei; wir fördern und sichern zugleich die Strukturen der Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Die Betriebe in unserem Land, ob sie konventionell sind oder ökologisch wirtschaften, brauchen diese Sicherheit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Der Besuch der Grünen Woche, auf die ich eingangs verwiesen habe, hat noch etwas gezeigt: Er hat Einblick in die technologischen Möglichkeiten gegeben.

Jetzt weiche ich ab und gehe zur Landwirtschaft, weil überall über die Frage von Pestizideinsatz, von Pflanzenschutzmitteln diskutiert wird: Hier sind Chancen aufgezeigt und Chancen gegeben, diese Dinge zu verbessern. Allein durch den technologischen Einsatz, der durch Precision Farming möglich wird, ist es tatsächlich machbar, schon innerhalb der Umstellungsphase bis zu 30 %, 40 % der entsprechenden Mittel einzusparen.

Wir sehen, zwischen konventionellem und ökologischem Wirtschaften in Betrieben besteht keine Konkurrenz. Es wäre falsch, diese herbeizureden. Beide Bereiche müssen voneinander lernen, und das Ziel, das alle miteinander haben, ist die Herstellung hochwertiger Produkte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wir reden auch über Haltungskennzeichnung. Einen entsprechenden Vorstoß haben wir unternommen; die Qualität der Produkte hängt natürlich auch vom Umgang mit Tieren ab. Wir wollen aber in der Zukunft kein weiteres Label-Wirrwarr. So löblich es ist, wenn die Lebensmittelindustrie, der Lebensmittelhandel eigene Kennzeichen erfinden, muss man sich trotzdem die Frage stellen, inwieweit dies nicht auch im Rahmen von Marketing- und Kundenbindungsstrategien passiert.

Das sind Punkte, die wir angehen müssen. Deswegen setzen wir uns ein – und haben wir uns schon eingesetzt – für ein verbindliches, bundesweit gültiges Lebensmittelkennzeichen. Da brauchen wir das Rad nicht neu zu erfinden, es reicht, nach Frankreich zu schauen. Dort gibt es das „Label Rouge“ mit insgesamt drei Hauptkomponenten: Produktionsverfahren und Haltungsverhältnisse auf der einen Seite, Herkunft und Qualität auf der anderen Seite.

Viele dieser Maßnahmen und der Punkte, deren Umsetzung ich angesprochen habe, bilden ein Fundament für den besseren Umgang mit Lebensmitteln, aber auch für die Wertschätzung dessen, was auf Feld und Acker wächst, was im Stall erzeugt wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Aber wir sollten auch versuchen, nicht nur das passive Konsumieren zu fördern; aus unserer Sicht muss es auch darum gehen, das gemeinsame Kochen in Kindergärten und Schulen zu verankern. Dies ermöglicht, dass die Grundfähigkeiten in einem lockeren Umfeld erlernt werden und zugleich die verbindende und integrative Komponente voll zur Geltung kommt. Es gibt wenig, was so gut verbindet, wie gemeinsam zu kochen und zusammen zu essen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die enge Verbindung einer gesunden, regionalen und nachhaltigen Ernährung mit Landwirtschaft, Tier-, Umwelt- und Klimaschutz sowie die daraus resultierende Stärkung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft machen deutlich: Die Investition in unsere Ernährung ist eine Investition in unsere Zukunft. Wir brauchen keine komplexen politischen Diskussionen, keinen Systemstreit zwischen klassischer und ökologischer Landwirtschaft, keine Haute Cuisine zu Hause. Was wir brauchen, ist Qualität und Nachhaltigkeit im Stall, auf dem Feld und auf dem Teller. Kurz gesagt, wir brauchen wieder vom Einfachen das Beste.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Grath.

**Abg. Martin Grath GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank an unseren Koalitionspartner, dass wir heute dieses wichtige – für mich das wichtigste – Thema Ernährung behandeln. Gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung hängt mit vielen Themen zusammen: mit Gesundheit, mit Ernährungsbildung und -information, mit Transparenz bei Kennzeichnung und Inhaltsstoffen, mit Umweltschutz, mit Klimaschutz, mit Landschaftsschutz, aber auch mit Biodiversität.

In Ernährung zu investieren – um den Wortlaut des Titels der Debatte aufzunehmen – ist sicher der richtige Weg. Die grün-schwarze Landesregierung hat mit der von ihr vorgelegten Ernährungsstrategie eine sehr gute Grundlage gelegt, damit die richtigen und wichtigen Schritte für eine nachhaltige Ernährung erfolgen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich setze noch eins drauf: Die grüne Landtagsfraktion hat sich zuletzt wieder in ihrer Januarklausur richtig klasse zur Ernährung positioniert.

(Abg. Nicole Razavi CDU zu den Grünen: Was gab es heute zu essen? – Weitere Zurufe – Heiterkeit)

(Martin Grath)

Was ist die Erkenntnis daraus? Eine gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung ist die Investition in die Gesundheit der Menschen. Durch ungesunde Ernährung entstehen Übergewicht – ich weiß, wovon ich spreche –

(Heiterkeit)

sowie gesundheitliche Probleme wie Diabetes und Kreislauf-erkrankungen, auch Gelenkprobleme – ich habe vor 14 Tagen ein neues Knie bekommen –,

(Heiterkeit)

ja sogar Krebs.

In Baden-Württemberg sind fast 25 % aller Erwachsenen und etwa 6 % der Kinder und Jugendlichen stark übergewichtig. Eine gesunde, regionale, nachhaltige Ernährung ist die Investition in die langfristige Sicherung unseres Gesundheitssystems.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

– Danke schön. – Über zwei Drittel der gesamten Todesfälle in Deutschland sind zumindest teilweise ernährungsbedingt, sagt die DGE. Der volkswirtschaftliche Schaden durch ernährungsbedingte Erkrankungen beläuft sich auf ca. 70 Milliarden € pro Jahr, inklusive Frührente und Arbeitsausfall – das sagt die AOK. Allein Diabetes mit ca. 300 000 Neuerkrankungen pro Jahr kostet 35 Milliarden €, Tendenz steigend. An Diabetes Typ 2 sind inklusive Dunkelziffer ca. 9 % der Menschen in Baden-Württemberg erkrankt. Das darf so nicht weitergehen. Da müssen wir investieren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die Investition in Ernährungsbildung ist wahrscheinlich die erfolgversprechendste, um dies zu vermeiden. Eine vorbildliche Ernährung in Kitas, Kindergärten und Schulen sowie Information und Ernährungsbildung sind aktive Präventionen. Deshalb unterstützen wir die Umsetzung der Ernährungsstrategie für Baden-Württemberg der Landesregierung, insbesondere in diesem Bereich. Mit dem Programm „Fit im Alltag“ in Kitas und Schulen, dem Schulfruchtprogramm, den BeKi-Beratungen – um nur einige zu nennen – sowie der Aufnahme des Themas Ernährung in den Bildungsplan der allgemeinbildenden Schulen sind wir, denke ich, auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Was wir aber aus grüner Sicht unbedingt noch brauchen, ist mehr Transparenz bei Kennzeichnung und Inhaltsstoffen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen sich entscheiden können, inwieweit sie durch die Wahl ihrer Ernährung einen – mit Sicherheit guten – Beitrag für Klima- und Landschaftsschutz, für Tierschutz und natürlich auch für die eigene Gesundheit leisten können.

Die Reduktionsstrategie der Bundesregierung für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten ist ein erster, wenn auch kleiner Schritt in die richtige Richtung. Wir finden, ein Teil dieser Strategie sollte die Kennzeichnung der Fett-, Zucker- und Salzgehalte in Form einer Nährwertampel sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Jonas Weber SPD)

Die Vorteile einer Nährwertampel als Instrument zur Prävention von Übergewicht sind durch zahlreiche Studien belegt. Und, ganz wichtig: Wir brauchen – Herr Rapp hat es schon angesprochen – eine transparente, bundeseinheitliche, verpflichtende Kennzeichnung der Tierhaltungsformen bei Fleisch und Wurstwaren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Kennzeichnung sollte analog zur erfolgreichen Eierkennzeichnung wesentliche Aspekte der Haltungsform transparent darstellen. Die Bundesregierung, allen voran die Bundeslandwirtschaftsministerin, möchte keine verpflichtende Kennzeichnung. Da gehen wir nicht mit. Verpflichtend ist für uns ganz wichtig. Wir werden hier nicht lockerlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung ist eine Investition in den ländlichen Raum. Neue Kreisläufe vom Erzeuger über verarbeitende Betriebe, über den Handel zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern können entstehen. Damit stützen wir ländliche Strukturen, die bäuerliche Landwirtschaft, und wir sichern Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Kurze Wege vom Anbau zum Teller, regionale Lebensmittel mit authentischem Geschmack, das sind Erfolgsrezepte auch in einer zunehmend globalisierten Esskultur, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Eine gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung ist die Zukunftsinvestition in Umweltschutz und Klimaschutz, Landschaftsschutz und Biodiversität. Regionale Produkte leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer wertvollen Kulturlandschaften. Gleichzeitig ist der ökologische Landbau die Form der Landbewirtschaftung, die die Biodiversität am stärksten fördert und Boden und Klima schont.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Winfried Mack CDU)

Genau aus diesem Grund investieren wir in die ökologischen Landbewirtschaftungen, und das mit Erfolg. In den letzten acht Jahren hat sich der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche von 8 auf 12 % erhöht. Der Anteil der Ökobetriebe liegt in der Zwischenzeit bei über 10 %. Ja, wir wollen den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche sukzessive erhöhen. Bis zum Jahr 2030 wollen wir, dass mindestens 30 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Das ist unser Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Gernot Gruber SPD)

Um dies zu erreichen, sollten wir, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, mit gutem Beispiel vorangehen. Wir sollten insbesondere die vom Land betriebenen Kantinen und Mensen auf ökologisch und regional erzeugte Lebensmittel umstellen. Auch hier streben wir mindestens 30 % ökologische Produkte bis 2030 an. Wir waren vor Kurzem in Kopenhagen. Dort sind die bei 90 %. Ich glaube, mit 30 % haben wir ein Ziel, das wir locker erreichen können.

(Martin Grath)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt  
Beifall bei der CDU)

Mittelfristig halten wir für das Schulesen in Baden-Württemberg die Einhaltung der DGE-Standards für sinnvoll. Eine aktuelle Studie zeigt, dass mit einem Plus von 4 Cent pro Essen nach DGE-Standard kaum höhere Kosten entstehen. Die Kosten stiegen von 5,36 € auf 5,40 €. Ich glaube, diese 4 Cent mehr sollte uns gesundes Schulesen wert sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt  
Beifall bei der CDU)

Ein spezielles Thema, das vorhin auch schon angesprochen wurde, ist die Lebensmittelverschwendung. Die Eindämmung der Lebensmittelverschwendung ist eine Investition in den Klimaschutz, und diese Investition spart sogar noch Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Der drittgrößte CO<sub>2</sub>-Produzent der Erde ist die Lebensmittelverschwendung. Etwa 3,2 Gigatonnen CO<sub>2</sub> entstehen durch Lebensmittel, die einfach weggeworfen werden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das kann nicht mehr so weitergehen. Zudem geht es um die Wertschätzung – das ist vorhin schon gesagt worden – von Lebensmitteln und vor allem auch um die Wertschätzung der Arbeit der Produzenten der Lebensmittel. Das ist ein ganz wichtiges Ziel.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Der vom Ministerrat beschlossene landesweite Maßnahmenplan zur Reduktion von Lebensmittelverschwendung muss schnell angegangen und umgesetzt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nun zum Schluss: Lassen Sie uns gemeinsam investieren in Gesundheitsschutz, Transparenz sowie Umwelt- und Klimaschutz durch eine gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung. Und ein bisschen Bio darf gern auch dabei sein.

Vielen Dank und guten Appetit!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gute Rede!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Wolle das Wort.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen, Herren und diverse Abgeordnete!

(Abg. Thomas Blenke CDU: Mein Gott, seid ihr heute wieder lustig drauf! – Unruhe)

Das Thema der Aktuellen Debatte „Gesund, regional und nachhaltig – Ernährung als Zukunftsinvestition“ klingt wie ein Marketingslogan und zeigt, dass die CDU ergrünt ist. Man darf nicht unterschätzen, dass die zunehmend aussichtslose Lage der bäuerlich-familiären kleinen und mittleren Betriebe in Baden-Württemberg bei der CDU offenbar angekommen ist. In gut zwei Jahren sind Landtagswahlen, und da wird es

offenbar Zeit, sich wieder der Klientel im ländlichen Raum zu widmen.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Ojemine! –  
Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Dort sieht es nicht besonders gut aus. Bei uns liegt die landwirtschaftliche Betriebsgröße weit unter dem Bundesdurchschnitt. Von 1999 bis 2016 hat die Zahl der Bauernhöfe im Land um rund ein Drittel abgenommen. Der Trend ist ungebrochen und schreitet weiter fort.

Es ist kein Geheimnis, dass diese Betriebe mit den Großbetrieben im Osten kaum noch mithalten können. Woran liegt das? Der SPIEGEL titelte am 5. Januar 2019: „EU-Geld züchtet Großbetriebe“. Der dem Artikel zugrunde liegende Agrar-atlas der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Titel „Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft“ stellt heraus, dass die meisten Direktzahlungen der EU in der Landwirtschaft an die Unternehmensfläche gekoppelt sind.

Verlierer dieses Systems nicht nur in Deutschland sind die kleinen bäuerlichen Unternehmen, also gerade die Familienbetriebe hier in Baden-Württemberg. Wie so oft kommen also auch in der Landwirtschaft die Probleme der EU auch in Baden-Württemberg an.

Das Höfesterben hat aber nicht nur für die betroffenen Landwirte Konsequenzen. Nicht umsonst wünschen sich die Deutschen laut forsa eher kleinere Bauernhöfe anstelle von Agrarfabriken, und das hat seinen guten Grund.

(Zuruf der Abg. Martina Braun GRÜNE)

Regional hergestellte landwirtschaftliche Produkte sind für den Verbraucher transparenter. Kurze Transportwege entlasten die Straßen, befördern das Tierwohl und sorgen für mehr Frische der Produkte. Darüber hinaus helfen die landwirtschaftlichen Betriebe, unsere Natur- und Kulturlandschaften zu erhalten und zu pflegen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es besteht also akuter Handlungsbedarf zur Stärkung und zum Erhalt unserer bäuerlichen Landwirtschaft.

Was ist zu tun? Wie auch die KMUs werden die bäuerlichen Betriebe von Bürokratie förmlich erdrückt. Als Beispiel mögen hier nur die ausufernden Nachweis-, Dokumentations- und Kennzeichnungspflichten dienen. Bis zu 10 % der Arbeitszeit – so schätzen die Landwirte – gehen für Formalien, Meldungen, Beantragungen von Subventionen verloren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sind doch gegen Subventionen! Sie sind doch immer dagegen!)

Hier muss eine deutliche Entlastung erfolgen. Derartige Anträge sollten unserer Ansicht nach einfach sein und nicht nur auf einen Bierdeckel, sondern auf eine Briefmarke passen.

Die Position der Erzeuger von Lebensmitteln muss gegenüber den großen Handelsunternehmen gestärkt werden und Wege direkter und regionaler Vermarktung müssen gefördert werden. Neue Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen dürfen die Landwirte nicht einseitig belasten und müssen daher mit entsprechender Förderung einhergehen. Der ländliche Raum als

(Carola Wolle)

solcher, in dem Landwirtschaft stattfindet, darf wirtschaftlich nicht abgehängt werden. Daher ist eine wirksame Förderung notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raums nutzt direkt den dort ansässigen landwirtschaftlichen Betrieben. Diese verhindern wiederum als Arbeitgeber, dass Landflucht stattfindet. Darüber hinaus ist die Nutzung der Potenziale, die in der Digitalisierung – auch der Landwirtschaft – liegen, nur möglich, wenn der ländliche Raum nicht abgehängt wird.

Doch Qualität hat auch ihren Preis. Regional sorgfältig produzierte Lebensmittel sind der Massenproduktion qualitativ deutlich überlegen. Dagegen sind Produkte aus Agrarfabriken preislich grundsätzlich vorteilhaft. Jedoch kann sich nicht jeder Verbraucher hochwertige und damit teure Lebensmittel leisten. Der Gang zum Discounter bleibt unvermeidlich. Bloße Schulung reicht leider nicht aus, Herr Grath.

Wenn es im Interesse des Landes ist, sowohl die bäuerlichen Betriebe zu erhalten als auch die Versorgung der Bürger mit gesunden und hochwertigen Lebensmitteln sicherzustellen, dann muss die ländlich-bäuerliche Produktion gezielt gefördert und die Landwirtschaft so weit wie möglich entlastet werden. Das Geld dazu ist vorhanden, es wird nur falsch ausgegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

41 % des Gesamthaushalts der EU, also 56 Milliarden €, gingen 2017 in die Landwirtschaft. Deutschland zahlte davon allein 23 Milliarden €. An die deutschen Landwirte flossen im selben Zeitraum allerdings nur 6,3 Milliarden € zurück.

(Abg. Jonas Weber SPD: Das ist eine Milchmädchenrechnung!)

Es bedarf keiner großen Fantasie, sich vorzustellen, welche konkrete Förderung der Landwirte in Deutschland mit dem Differenzbetrag von 16,7 Milliarden € möglich gewesen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Jonas Weber SPD: Das ist eine Milchmädchenrechnung!)

Hinzu kommen die völlig sinnlosen Ausgaben für die Biogasförderung, die die Landwirte dazu zwingen, auf ineffiziente Weise Kraftstoffe anstatt Lebensmittel zu erzeugen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Wolle, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Martin zu?

**Abg. Carola Wolle** AfD: Nein.

(Zuruf von der AfD: Von Frau Martin?)

Ganze Landstriche werden zu Maiswüsten. In der Folge kommt es zu Erosion, Boden- und Grundwasserbelastung. Auch die hierfür aufgewendeten Gelder ließen sich besser für die Förderung hochwertiger, regional produzierter Lebensmittel einsetzen.

Eines der Ziele bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsunion war damals die Erreichung der Selbstversorgung

der beteiligten europäischen Länder mit Lebensmitteln. Als dies dann erreicht war, erwiesen sich die eingeführten Instrumentarien als zunehmend mit Konstruktionsfehlern behaftet. Überproduktionen wie z. B. Butterberge und Milchseen waren die Folge. Bis heute werden die Agrarüberschüsse hoch subventioniert und teilweise in Entwicklungsländer exportiert.

(Minister Peter Hauk: Keine Ahnung!)

Verwerflich ist in diesem Zusammenhang, dass dies dazu führt, dass dort der Aufbau einer eigenen, tragfähigen Landwirtschaft verhindert wird

(Zuruf des Ministers Peter Hauk)

oder gar vorhandene bäuerliche Strukturen zerstört werden.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Wolle, warten Sie bitte. – Herr Minister Hauk, ich darf Sie daran erinnern, dass von der Regierungsbank keine Zwischenrufe gemacht werden dürfen oder sonst irgendetwas kommen darf. Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut! – Minister Peter Hauk: Erträglich ist das nicht, deshalb setze ich mich hierhin! – Minister Peter Hauk begibt sich zu seinem Abgeordnetenplatz. – Heiterkeit)

– Sie haben ja die Möglichkeit, als Abgeordneter Platz zu nehmen. Dann sind Zwischenrufe möglich.

(Anhaltende Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Jetzt muss aber was kommen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Vorlesung geht weiter!)

Meine Damen und Herren, Frau Abg. Wolle hat das Wort. – Fahren Sie bitte fort.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Wollten wir nicht Fluchtursachen verhindern?

(Heiterkeit und Beifall)

Die EU-Agrarpolitik – – Frau Präsidentin, würden Sie bitte für Ruhe sorgen. Die Uhr ging schon vorher.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Lebhaftige Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe, damit Frau Abg. Wolle mit ihrer Rede fortfahren kann. Danke schön.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist keine Rede, das ist eine Vorlesung!)

**Abg. Carola Wolle** AfD: Die EU-Agrarpolitik ist daher ein Musterbeispiel für die Fehlleitung, Ineffizienz und Verschwendung von Steuergeldern. Die AfD setzt sich in ihrem Europa-programm dafür ein, die Agrarförderpolitik der EU in die Mitgliedsstaaten und damit nach Deutschland zurückzuholen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Carola Wolle)

Regional produzierte Lebensmittel sind gesünder. Sie dienen dem Tierwohl, dem Erhalt unserer ländlichen Kulturräume und der Stärkung des ländlichen Raums. Investitionen in die ländliche Lebensmittelproduktion sind insofern in der Tat Zukunftsinvestitionen.

Die Mittel für diese Investitionen sind reichlich vorhanden. Eine tief greifende Reform der EU würde diese freisetzen.

(Zuruf von der SPD)

Ohne solche Reformen werden solche Debatten wie heute auch zukünftig ohne Substanz bleiben.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Weber.

**Abg. Jonas Weber** SPD: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Offenbar war die Grüne Woche sehr anregend – Herr Rapp, Sie haben es eingeführt – Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sind auf den Geschmack gekommen. Zum Glück muss man für gute Ernährung nicht nach Berlin oder Kopenhagen fahren, man bekommt sie hier bei uns im Land.

Ich möchte auf drei Punkte im Titel Ihrer Aktuellen Debatte näher eingehen. Das sind die Punkte „Gesund“, „Regional“ und „Nachhaltig“ – zweifelsohne wichtige Punkte, die einer näheren Betrachtung bedürfen.

Gesunde Ernährung steht hoch im Kurs. Wie sonst ließe sich erklären, dass Bioprodukte und Slow Food immer größere Beliebtheit erfahren? Aber machen wir uns nichts vor: Nicht allein ein wachsendes Gesundheitsbewusstsein spielt hier eine Rolle, sondern eine immer tiefer gehende Vertrauenskrise. Mit jedem Lebensmittelskandal leidet das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die Qualität der Lebensmittel ist entscheidend für dieses Vertrauen. Hier sind alle in der Pflicht, die an der Produktion und der Verarbeitung von Lebensmitteln beteiligt sind. Aber – das will ich an dieser Stelle auch sagen – ein Preiskampf, angeheizt von Lebensmittelherstellern und Supermarktketten, der zur Folge hat, dass es für die Landwirtschaft immer schwieriger wird, auskömmliche Preise zu erzielen, muss uns zu denken geben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Denn nicht allein das Gesundheitsbewusstsein führt zu Angebotsveränderungen, sondern auch die Chance, bessere Preise zu erzielen. Grundsätzlich sollte uns die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern so viel wert sein, dass diese gut von ihrer Arbeit leben können. Da wären dann die Verbraucher in der Pflicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Auch wenn sich immer mehr für ein Bioprodukt entscheiden, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele noch immer häufiger zu Fast Food als zu Slow Food greifen. Nicht

umsonst ist Deutschland noch immer einer der wichtigsten Fast-Food-Märkte. Burger und Schokoriegel sind eben nach wie vor sehr beliebt.

Ich könnte an dieser Stelle nur die gesundheitlichen Folgen aufzählen, aber wir sind uns, denke ich, im Kern einig: Gesunde Ernährung braucht Aufklärung. Diese beginnt bei den Kindern und reicht bis zu mündigen Verbrauchern. Dazu gehört unserer Ansicht nach auch eine Lebensmittelkennzeichnung, die klar und verständlich ist. Das ist z. B. die Nutri-Score-Kennzeichnung, die von mehreren Herstellern nun freiwillig verwendet wird. Diese Nährwertkennzeichnung in Ampelfarben wurde von unabhängigen Wissenschaftlern entwickelt und hilft allen bei einer bewussten Auswahl. Zudem zeichnet sich ab, dass dadurch Hersteller einen Anreiz haben, ihre Rezeptur zu verbessern.

Leider hinken wir in Deutschland hinterher. Ihre Bundesministerin, Frau Klöckner, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, kommt hier nicht voran. Ich hätte mir etwas mehr Engagement an dieser Stelle gewünscht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Martin Grath GRÜNE)

Die große Nachfrage nach Biofleisch zeigt, dass gerade Fleischprodukte unter verstärkter Beobachtung stehen. Kritisch müssen wir hier stets das Tierwohl und die Gabe von Antibiotika im Blick haben.

Sie betonen als Zweites die Regionalität. Sicher ist es ideal, wenn auf dem Wochenmarkt das heimische Produkt gekauft wird. Aber man darf sich nichts vormachen: Nicht der Wochenmarkt, sondern das Lebensmittelgeschäft ist die erste Anlaufstelle. Dass dort viele zu Bioprodukten aus Übersee greifen, sollte uns ebenfalls zu denken geben.

Ich war vor wenigen Wochen in Reichental; das ist ein kleines, beschauliches Örtchen im Murgtal, das derzeit kein Geschäft hat. In Reichental machen sich Menschen auf den Weg und helfen tatkräftig mit, einen Dorfladen zu etablieren. Dort wird man künftig regionale Produkte kaufen können. Reichental bekommt damit seinen Lebensmittelladen als Mittelpunkt des Ortes zurück – und gute Produkte obendrein.

(Minister Peter Hauk: In Rastatt gibt es sonst keinen?)

– In Rastatt gibt es auch Lebensmittelläden. Aber Rastatt ist ein bisschen größer als Reichental.

(Zuruf des Ministers Peter Hauk)

– Ja, natürlich. Aber Reichental ist so schön, dass das hier erwähnt werden muss, Herr Minister.

Gerade kleine Dorfläden und Direktvermarktungen vor Ort müssen wir stärker fördern, damit wir neben den Supermärkten und Discountern die Vermarktung regionaler Produkte stärken können.

Ich komme nun zum dritten Punkt, zur Nachhaltigkeit. Im Herbst letzten Jahres haben wir über nachhaltige Agrarpolitik diskutiert. Mein Kollege Georg Nelius hat die Widersprüche zwischen CDU und Grünen in ihrer Positionierung treffend

(Jonas Weber)

dargestellt. Die Kritik der Ökobauern an der Landesregierung ist von uns nicht vergessen. Die SPD unterstützt die Entwicklung hin zur nachhaltigen Landwirtschaft. Dabei hat der Artenschutz, insbesondere auch der Schutz von Insekten, für uns immense Bedeutung.

Ebenso, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir unsere Böden schützen. Kollege Nelius sprach von einer ökologischen Krise; denn der konventionelle Landbau und die intensive Nutzung von Tier und Acker belasten sehr oft Grundwasser, Boden und Artenvielfalt. Daher ist für uns klar, dass der Einsatz von Produkten wie Glyphosat ein Ende haben muss. Wir müssen hier umsteuern.

Die Maßnahmen der Bundesregierung zum Insektenschutz gehen in die richtige Richtung, müssen aber konsequent umgesetzt werden. Dies bedeutet auch, dass sich die konventionelle Landwirtschaft verändern muss. Das Land hat hier Steuerungsmöglichkeiten an der Hand. Gehen Sie dies konsequent an!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle auch ein ganz konkretes Problem in Baden-Württemberg aufgreifen. Im Raum Rastatt sind derzeit 644 ha Fläche mit PFC belastet. Die FAZ hat dies als flächenmäßig größten Umweltskandal bezeichnet. Verbraucher und Landwirte sind zutiefst verunsichert. Nur durch ein aufwendiges Vorerntemonitoring kann sichergestellt werden, dass keine PFC-belasteten Lebensmittel in den Vertrieb gelangen. Eine Sanierungslösung für die Flächen ist derzeit nicht in Sicht.

Ebenfalls betroffen ist die Trinkwasserversorgung. Gerade dieser Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt, wie bedeutsam und wie wichtig der Schutz von Böden und Grundwasser ist, wenn wir in Zukunft gute Böden als Grundlage unserer Nahrungsmittelproduktion wollen.

Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie mit Nachdruck an einer Lösung für diese Flächen arbeitet und Boden- und Grundwasserschutz im ganzen Land weiter voranbringt. Ich erwarte auch, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie wir eine bessere, biologische Ernährung für alle – für alle! – bezahlbar machen können.

(Beifall bei der SPD)

Eine Zwei-Klassen-Ernährung mit gutem Essen für Reiche und massenproduziertem Junkfood für Arme wäre weder gesund noch nachhaltig, sondern für unsere Gesellschaft schädlich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hoher.

**Abg. Klaus Hoher** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kaum ein Thema beschäftigt Bürgerinnen und Bürger und Medien heute so sehr wie die Ernährung. Allergien, Unverträglichkeiten und Krankheiten werden auf die Ernährung zurückgeführt. Lebensmit-

telskandale ziehen wochenlang Zeitungsberichte, Leitartikel nach sich. In Kochsendungen, Talkshows werden verschiedene Diäten diskutiert, und Vegetarier, Veganer, Frutarier, Flexitarier

(Lachen bei der AfD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

unterhalten sich in Internetforen über die besten Einkaufsmöglichkeiten und Rezepte für ihren Lebensstil.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn Medien, Bürger und Politiker dem Thema „Ernährung und Lebensmittel“ wieder mehr Aufmerksamkeit und Wertschätzung entgegenbringen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Allzu lange haben wir gerade hochwertige Lebensmittel aus dem Blick verloren und auf Billigangebote gesetzt. Dies sollte aber nicht zu unsachlicher Panikmache führen. Noch nie in der Geschichte Deutschlands waren die für die Normalbürger erhältlichen Lebensmittel so gut und günstig, so reichhaltig und so engmaschig überwacht wie heute. Jeder sogenannte Skandal, der aufgedeckt wird, ist ja letztlich immer auch ein Beleg für erfolgreiche Kontrollen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

An dieser Stelle einen herzlichen Dank an die Lebensmittelüberwachung in unserem Land, ein herzliches Dankeschön an alle landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Erzeugerinnen und Erzeuger, die uns tagein, tagaus mit guten, sicheren Lebensmitteln versorgen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Minister Peter Hauk beugt sich wieder zu seinem Platz auf der Regierungsbank.)

– Du darfst wieder auf deinen Platz. Jetzt sind die Wogen geglättet.

(Heiterkeit – Minister Peter Hauk: Jetzt darf ich wieder nichts sagen! – Weitere Zurufe)

Man muss den Landwirten und Gartenbauern den Rücken einmal so richtig deutlich stärken, da ein guter Teil der Verbraucherinnen und Verbraucher heute widersprüchliche und zum Teil unrealistische Erwartungen an die Lebensmittel haben. Die „Lebensmittel Zeitung“ und das Marktforschungsinstitut Ipsos haben jüngst den Handelsmarktmonitor 2018 veröffentlicht. Über 1 000 Personen wurden da befragt. Ergebnis: Die Leute wollten alle regionale Lebensmittel, sie wollten gesunde Lebensmittel – aber nur 50 % der Befragten wollen mehr bezahlen. Gesunde Premiumlebensmittel aus der eigenen Region gibt es aber natürlich nicht zum Nulltarif.

Richtig ist: Es gibt heute Krankheitsbilder, die auch etwas mit falscher Ernährung zu tun haben. Das ist aber keine Frage der Qualität einzelner Produkte, sondern eine Frage der Lebensführung insgesamt. Viele von uns sitzen im Büro, es gibt zu wenig Bewegung und unausgewogene Ernährung mit einem zu geringen Anteil an frischem Obst und Gemüse.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)



(Klaus Hoher)

Für das Essen nehmen wir uns keine Zeit mehr; wir essen einfach mal was zwischendurch. Gerade deswegen bin ich skeptisch, ob die von grüner Seite immer wieder diskutierte Nährwertampel so sinnvoll wäre.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Diät-Cola käme bei einer solchen Kennzeichnung besser weg als der natürliche Apfelsaft. Daher gilt noch immer das, was Paracelsus sinngemäß gesagt hat: Allein die Menge macht das Gift. Diese bunte Kennzeichnung einzelner Produkte hilft nicht weiter, wenn die Gesamternährung nicht ausgewogen und auf die persönlichen Tagesbedarfe abgestimmt ist.

Wenn wir heute im Landtag über gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung reden, dann frage ich mich als überzeugter Liberaler: Bis zu welcher Linie ist die Ernährung ein politisches Thema? Wie weit darf sich der Staat beim Thema Ernährung überhaupt einmischen, und was bleibt im Sinne von Artikel 2 des Grundgesetzes der persönlichen Lebensgestaltung vorbehalten?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Natürlich ist Ernährung insofern ein politisches Thema, als ein Drittel des EU-Haushalts in die Agrarförderung fließt. Ernährung ist tatsächlich auch ein politisches Thema, wenn es um den volkswirtschaftlichen Schaden insgesamt durch falsche Ernährung geht. Bei der Wahl der politischen Mittel sind wir Freien Demokraten aber zurückhaltender als die Grünen und die Christdemokraten. So redet die Landesregierung in der verbraucherpolitischen Strategie von verhaltenswissenschaftlicher Intervention. Dahinter steckt die Idee, der Staat müsse den Bürgern einen Schubs in die richtige Richtung geben. Ich nenne das Bevormundung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Ministerpräsident Kretschmann hat in einem Bericht in der ZEIT im Oktober 2016 die rhetorische Frage gestellt, ob es seine Grünen nicht mit dem Glauben an die Erziehbarkeit des Menschen übertrieben hätten. Vermutlich hatte er dabei die Forderung nach den fleischlosen Veggie Days im Kopf, vielleicht aber auch die aus Minister Bondes Zeiten stammende Kampagne „Mach's Mahl“. Mit ihrer Kampagne versucht die grün-schwarze Landesregierung noch immer, die mündigen Bürger zu gutem Essen zu erziehen. Herr Ministerpräsident, es geht nicht um eine Übertreibung bei der Erziehung der Menschen. Der Staat soll mündige Bürger überhaupt nicht erziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Aufgabe der Politik ist vielmehr, die Erfüllung rechtsstaatlicher Pflichtaufgaben beim gesundheitlichen Verbraucherschutz zu gewährleisten, unabhängige Institutionen wie die Deutsche Gesellschaft für Ernährung und Verbraucherschutz zu unterstützen und dem Thema „Ernährung und Sport“ ausreichende Mittel und Raum in den Bildungsplänen der Schulen einzuräumen. Damit wird die Eigenverantwortung der jungen

Menschen gefördert. Alles andere überlassen Sie bitte Vereinen, Organisationen und natürlich der Familie.

Zuletzt eine Bitte an den schwarzen Teil der Koalition: Es geht um die ständige Vermischung von Verbraucherinformation und regionaler Absatzförderung durch das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Wir sehen z. B. bei der Streuobstkennzeichnung oder auch im Rahmen des Gemeinschaftsmarketings: Lebensmittelkennzeichnung scheint im Ministerium im Wesentlichen als Marketinginstrument betrachtet zu werden. Stets ist unklar, wann das Landwirtschaftsministerium spricht und wann das Verbraucherschutzministerium.

2017 wurde in Stuttgart ein Supermarkt eröffnet. Die Staatssekretärin für Verbraucherschutz warb dort

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Ich war nie dort!)

mit einem schriftlichen Grußwort für das Land als das „Genießerland Baden-Württemberg“. Anschließend hieß es aber, das wäre im Rahmen des Gemeinschaftsmarketings geschehen.

Im Ministerium liegt einerseits ein Streuobstkonzept auf, um für die regionale Streuobsterzeugung zu werben, andererseits klärt es die Verbraucherinnen und Verbraucher aber nicht darüber auf, dass die Begriffe „Streuobst“ oder „regionales Streuobst“ gesetzlich überhaupt nicht geschützt sind und zu einer irreführenden Kennzeichnung geradezu einladen. Das darf so nicht sein.

Trennen Sie bitte sauber und erkennbar zwischen Verbraucherinformationen und Vermarktungsformen. Beides ist wichtig, aber es sind eben zwei grundverschiedene Dinge.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hauk das Wort.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank an die CDU-Fraktion für die Benennung des Themas in der Aktuellen Debatte. Ich glaube, es ist in der Tat einmal Zeit, dass man sich im Land über diesen wirklich maßgeblichen und wichtigen Sachverhalt unterhält. Es geht um etwas, mit dem wir täglich zu tun haben, nämlich um Ernährung.

Essen und Trinken sind ebenso selbstverständlich wie alltäglich und weitreichend, aber auch die Folgen davon. Die Landesregierung hat sich 2016 auf den Weg gemacht, das Thema Ernährung als eine der wichtigen Aufgaben zu forcieren, und wir haben deshalb im November 2017 die „Ernährungsstrategie für Baden-Württemberg“ beschlossen. Damit untermauern wir auch die hohe Bedeutung und Relevanz des Themas.

Wir haben uns in dieser Ernährungsstrategie vorgenommen, ressortübergreifend aktuelle Themen wie die Gemeinschaftsverpflegung, einen nachhaltigen Konsum oder die Vermeidung

(Minister Peter Hauk)

von Lebensmittelverlusten zu bearbeiten. Lieber Kollege Hoher, das ist keine Bevormundung, das ist einfach das Aufgreifen gesellschaftspolitischer Veränderungen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Denn die Menschen in Baden-Württemberg arbeiten im Unterschied zu der Zeit vor hundert Jahren eben nicht mehr den ganzen Tag körperlich. Die Ernährungsgrundlage und die Einkommenssituation haben sich deutlich verbessert. Damit steht deutlich mehr zum Konsum zur Verfügung, und es wird auch deutlich mehr konsumiert.

Ob das noch im richtigen Verhältnis zu dem steht, was physiologisch für den Menschen gut ist, darf füglich zumindest hinterfragt werden. Ich sage hier nichts Falsches, wenn ich darauf hinweise, dass es eine große Zahl von Ernährungswissenschaftlern und Ärzten gibt, die übereinstimmend der Meinung sind, dass der Mensch des 21. Jahrhunderts im Grunde noch so isst wie der Mensch des 19. Jahrhunderts, dies aber gar nicht mehr in derselben Weise braucht wie der Mensch des 19. Jahrhunderts. Er müsste sich eigentlich anders ernähren oder anders bewegen.

Darauf hinzuweisen und darüber zu informieren, das ist, glaube ich, vornehmste Aufgabe der Politik. Wir wollen nicht verbieten. Das ist Sache jedes Einzelnen. Aber Information, Bildung, Erziehung sind wichtig, und dass wir dafür auch Geld ausgeben, ist richtig und lebensnotwendig.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Auch die Arbeitsverhältnisse haben sich verändert. Während es früher gang und gäbe war, dass man zu Hause gefrühstückt und zu Abend gegessen hat – mittags war man vielleicht weg; viele hatten aber auch einen Arbeitsplatz in unmittelbarer Nähe und konnten auch mittags zu Hause essen; die Frau war daheim und hat gekocht; so war es doch –, sieht es heute ganz anders aus.

Immer mehr Menschen ernähren sich außer Haus. Das geht schon morgens auf der Fahrt zur Arbeit los. Es wird beim Bäcker angehalten, um dort ein Brötchen, einen Kaffee to go etc. mitzunehmen, was dann auf dem Weg zur Arbeit im Auto verspeist wird. Das Thema Außer-Haus-Verpflegung hat an Bedeutung zugenommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Norbert Beck CDU: Singlehaushalte!)

Das muss man einfach sehen. Davor kann man nicht die Augen verschließen.

Da geht es nicht darum, zu bestimmen, sondern es geht einfach um Information. Ich glaube, das muss eine Landesregierung machen, wenn sie um des Menschen Wohl, wenn sie um das Wohl der Bürger besorgt ist.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Die Ernährungsbildung ist daher der zentrale Pfeiler der ganzen Ernährungsstrategie und darum auch der erste von neun Leitsätzen, die wir uns gegeben haben.

Ein wichtiger Teil der Strategie ist daneben die Gründung eines Landeszentrums für Ernährung, das am 1. Januar dieses Jahres seinen Betrieb aufgenommen hat. Dort, in Schwäbisch Gmünd, haben wir die bisherige dezentrale Zusammenarbeit, die es durchaus gegeben hat, gebündelt. Denn das Thema muss auch in der Fläche wirken. Wir versprechen uns dadurch einfach deutlich mehr Schlagkraft.

Am wichtigsten ist, glaube ich, die Ernährungsbildung für Kinder. Seit mehr als drei Jahrzehnten engagieren wir uns auf diesem Gebiet. Meine Vorgängerin Gerdi Staiblin hat dieses wichtige Thema schon vor 20 Jahren vorangebracht. Als viele seine Bedeutung noch nicht erkannt hatten, hat sie das Thema „Kindererziehung, Kinderernährung“ schon als Baustein in ihre damalige Ernährungsstrategie eingebaut.

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Daran hat sich nichts geändert. Man muss sagen: Das war damals etwas Gutes, und heute ist es noch notwendiger geworden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Also heißt es in der Konsequenz: Wir müssen das weiter verstärken.

Ich glaube, es ist ganz entscheidend und wichtig, dass wir in der Bildung nicht mit dem Finger und dem Zeigestock zeigen, wohin es gehen soll. Vielmehr sollten wir einfach das Geschmackserleben fördern. Junge Menschen, Kinder müssen einfach erleben, wie die Tomate, der Paprika, der Apfel schmecken, und zwar auch saisonal, wie die Erdbeere, die Kirsche schmecken. Das müssen sie erleben, weil sie solche Geschmacksrichtungen sonst gar nicht mehr mitbekommen.

Die Gefahr ist durchaus vorhanden, dass die Fast-Food-Ketten im Prinzip einen Einheitsgeschmack produzieren, dass dieser beliebt wird und alles andere gar nicht mehr wahrgenommen bzw. nicht mehr als gut empfunden wird. Deshalb muss man im Prinzip dafür sorgen, dass das Geschmackserleben von frühester Kindheit an gefördert wird.

Da die Kinder – das kann man bedauern oder beklagen, aber man muss es zumindest einmal feststellen – überwiegend in Betreuungseinrichtungen, in Kindergärten sind, sich dort ganztags aufhalten, muss man prinzipiell auch die Chance nutzen, mit einer guten Ganztagsverpflegung die Geschmacksvielfalt ernährungsphysiologisch unproblematisch und nicht mit dem erhobenen Zeigefinger an Kinder heranzubringen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Martin Grath GRÜNE)

Das ist eine gewaltige Chance, weil wir damit ganze Alterskohorten erfassen und zumindest Grundlagen legen. Es mag durchaus sein, dass später dann die Pommes, der Döner und der Burger von der Bude im Zweifelsfall noch immer attraktiv bleiben. Ich will auch keinen Menschen dahin umerziehen, dass er nur noch regional oder bio isst. Er sollte aber immer wieder erleben, dass Bioprodukte, regionale Produkte anders sind, dass sie besser sind, dass sie qualitativ hochwertiger sind. Das muss doch unsere Zielsetzung sein.

Die Menschen müssen erkennen können, dass es Unterschiede gibt. Viele sind doch, was das Schmecken angeht, schon

(Minister Peter Hauk)

auf dem niedrigsten Level. Die können doch schon gar nicht mehr erkennen, was frisch ist. Die können nicht mehr erkennen, welches Fleisch gut ist. Sie sind einen Einheitsgeschmack gewohnt. Wir wollen einfach dem Vorschub leisten, dass diese Geschmacksvielfalt schon den Jüngsten, nämlich den Kindern, nahegebracht wird und sie das ihr Leben lang nicht mehr verlernen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister Hauk, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger zu?

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Aber gern.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Herr Minister, vielen Dank. – Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass sich die Ernährungsgewohnheiten natürlich im Vergleich zur Lebenssituation von Menschen im 20. oder gar im 19. Jahrhundert ändern müssen.

Ich darf Sie mal mit einer Aussage konfrontieren, die Sie im Jahr 2014 gemacht haben. Da haben Sie der grünen Fraktion, als es um die Einführung des Veggie Days ging, noch Gesin-  
nungsterrorismus vorgeworfen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU)

Haben Sie in diesen vier Jahren auch dazugelernt, oder bleiben Sie bei dieser Deutung?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Lieber Herr Stickelberger, da denkt wieder ein glänzender Jurist in klaren Kategorien.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das hilft!)

Die klare Kategorie, die es bei Ihnen, die es bei den Grünen mal gab – – Aber das verfolgen die ja nicht weiter; sie haben ja Abkehr geschworen. Das finde ich gut. Der Veggie Day beinhaltet nämlich eine Bevormundung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Ja, genau so ist es!)

Das ist nämlich die Verpflichtung, an einem Tag nichts anderes zu tun und zu essen. Das lehnen wir grundsätzlich ab.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Richtig!)

Wir setzen auf Information. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

In der Kindererziehung ist das so ähnlich.

(Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, es ist deutlich zu laut. Herr Minister Hauk hat das Wort.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Ich komme schon klar, Frau Präsidentin.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich sage mal, in der Kindererziehung ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass bereits die Kinder lernen, Geschmackserlebnisse unterschiedlich wahrzunehmen. Wenn sie das mit allen Sinnen erleben und sich das Wissen dazu aneignen, dann können sie es auch im späteren Leben umsetzen. Ob sie es umsetzen, das ist dann der freie Wille eines jeden Einzelnen. Aber sie müssen es zumindest mal erlebt haben, um es überhaupt umsetzen zu können.

Deshalb informieren die Referentinnen für bewusste Kinderernährung die Eltern, bilden Erziehungskräfte fort, unterrichten in Schulen und coachen die Kitas auf ihrem Weg zum BeKi-Zertifikat. Wir haben bisher 340 Kitas zertifiziert. Unser Ziel für 2019 sind 500. Wir wollen bis zum Ende der Legislaturperiode diese Zahl verdoppeln, damit in den Kitas immer stärker das Bewusstsein für gesunde Ernährung wächst.

Die Kitas machen nachhaltig deutlich, dass Essen und Trinken in ihrer Einrichtung Teil des pädagogischen Profils geworden ist. In Schulen unterstützen wir vor allem die Lehrkräfte bei der im Bildungsplan verankerten Ernährungsbildung. So fördern wir die landesweite Umsetzung des Ernährungsführerscheins, für den sich Staatssekretärin Gurr-Hirsch vorbildlich eingesetzt hat,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

und die pädagogische Begleitung des Schulprogramms.

Meine Damen und Herren, es ist einfach wichtig: Über das Thema Ernährung gewinnt man Menschen in Bezug auf ihre Grundbedürfnisse und kann sie dort, ohne mit dem erhobenen Zeigefinger zu drohen, auch in Richtungen lenken, die gewollt sind.

Ziel des Ministeriums ist die flächendeckende Umsetzung des Ernährungsführerscheins als Baustein der im Lehrplan verankerten Ernährungsbildung. Im Schuljahr 2017/2018 hat das MLR daher in allen 2 400 Grundschulen und in 400 sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren ein Paket des Ernährungsführerscheins zur Verfügung gestellt, weil es im Bildungsplan verankert ist. Laut einer Umfrage haben in diesem Schuljahr bereits 65 % der Grundschulen das Material im Unterricht eingesetzt. Das ist auch nicht verwunderlich, meine Damen und Herren. Wenn Kinder ganztägig, also mehrstündig bleiben, spielt das Thema Ernährung an der Schule eine Rolle. Dadurch kann man sich im Unterricht auch deutlich stärker damit auseinandersetzen.

Das EU-Schulprogramm in Baden-Württemberg ist eine Erfolgsgeschichte. Im vergangenen Jahr haben über 40 % der Grundschul- und der Kitakinder im Land davon profitiert. – Das Geld kam aus den 6 Millionen €, von denen Sie, Frau Wolle, gesprochen haben. Die Zahl stimmt. Aber ansonsten war alles falsch oder stand in einem falschen Zusammenhang.

(Oh-Rufe von der AfD)

Das muss man einfach mal sagen: Was Sie verbreitet haben, waren Fake News vom Zusammenhang her und waren Fake News in den Zahlen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das erzählen Sie immer!)

Mit billiger Polemik gegenüber der Europäischen Union kommen Sie hier halt nicht weiter; um das einmal klar zu sagen.

(Minister Peter Hauk)

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf von der AfD: Das wird sich ändern!)

Hier im Landtag – das wird sich auch bei Ihnen ändern müssen – werden Sie lernen müssen, sich auch mit Fakten auseinanderzusetzen.

(Lachen bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Tatsache ist nämlich, dass die 40 000 Landwirte in Baden-Württemberg jedes Jahr 600 Millionen € direkt von der Europäischen Union als Direktzahlungen aus der zweiten Säule erhalten

(Abg. Bernd Gögel AfD: Und wie viel zahlen wir ein?)

und diese Zahlungen unbedingt notwendig sind, damit ein mittelständischer bäuerlicher Familienbetrieb überhaupt existieren kann. Das sollten Sie einfach mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister Hauk, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wolle zu?

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Nein.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: Was?)

Hinzu kommt, dass die Landwirtschaft, gerade die Milchwirtschaft und damit die Tierwirtschaft, erheblich von der Europäischen Union und vom Euro profitiert. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten vor der Einführung des Euro immer wieder erlebt, dass die Staaten, die wirtschaftlich schwächer sind, sukzessive immer wieder ihre Währungen abgewertet haben. Damit sind deutsche Produkte, die exportiert wurden, automatisch teurer geworden. Wenn man diesen Effekt der Abwertung in Griechenland, Italien oder anderen Ländern im Süden der Europäischen Union aufsummieren würde, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann wäre das jährlich ein Vielfaches dessen, was wir netto einzahlen. Das muss man einfach mal festhalten. Wir profitieren doch davon, dass die Wirtschaft in Deutschland stark ist, dass die Wirtschaft in anderen Ländern schwächer ist

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

und diese Länder, wenn sie dem Euroraum angehören, nicht die Möglichkeit haben, abzuwerten. Somit bleiben unsere Güter gleich teuer, wir können unseren Arbeitnehmern weiter vergleichsweise hohe Löhne zahlen und müssen uns dem Wettbewerb innerhalb der Europäischen Union, was die Güterpreise angeht, nicht stellen.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Der Profit ist ein Vielfaches. Ich würde Ihnen raten, über diese volkswirtschaftlichen Weisheiten einfach einmal nachzudenken,

(Zurufe von der AfD)

bevor Sie hier mit billiger Polemik gegenüber der Europäischen Union hausieren gehen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen: Richtig!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister Hauk, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Merz zu?

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Nein. – Ich kann mich noch gut erinnern, wie in den Jahren vor der Einführung des Euro 2002 die Bauern geklagt haben, gerade die oberschwäbischen Milchlieferanten, die traditionell einen hohen Anteil des Exports von Milch, Rohmilch, aber auch von verarbeiteten Produkten, nach Italien haben, wenn wieder einmal eine Abwertung der Lira bevorstand oder umgesetzt wurde.

(Zuruf: Ja!)

Das wird schnell vergessen. Diese positiven Effekte gelten natürlich auch für den Maschinenbau, für den Automobilbau und für alle anderen Bereiche gleichermaßen.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Wahr ist auch, dass die umfangreichsten Handelsbeziehungen Deutschlands innerhalb der Europäischen Union auch im Bereich der Ernährungswirtschaft sind. Das muss einfach festgehalten werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtig ist für uns – ich habe es vorhin angesprochen – das Thema Gemeinschaftsverpflegung bzw. „Gutes Essen außerhalb des Hauses“. Da sind wir, glaube ich, gut beraten, wenn wir dies am besten mit regionalen, ökologisch erzeugten Lebensmitteln nach den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung umsetzen. Deshalb unterstützen wir alle Akteure in der Gemeinschaftsverpflegung mit gezielten Angeboten bei der Einführung von regionalen Lebensmitteln, auch der Vermeidung von Lebensmittelverlusten und der Umsetzung der DGE-Qualitätsstandards. DGE- und Bio-Zertifizierung machen eine hohe Qualität des Angebots kontrollierbar und auch für alle nach außen sichtbar.

Wir sind auch dafür – das haben wir auch gemeinsam in der Beschaffungsrichtlinie für den Bereich der Kantinen und dergleichen mehr umgesetzt –,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau!)

dem Thema Regionalität und dem Bezug von Biowaren einen erhöhten Stellenwert einzuräumen. Das ist wichtig, auch für die regionalen Wertschöpfungsketten bei uns in Baden-Württemberg.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Mit dem Projekt „Schmeck den Süden – Genuss außer Haus“ ist es gelungen, das über Jahrzehnte erfolgreiche Konzept der regionalen Speisekarte aus der Gastronomie auf die Außer-Haus-Verpflegung zu übertragen. Baden-Württemberg kulinarisch erleben, dafür stehen die derzeit über 300 „Schmeck

(Minister Peter Hauk)

den Süden“-Gastronomen in Baden-Württemberg, und das gibt es schon seit 22 Jahren. Insofern war das ein logischer Schritt. Die Gemeinschaft der „Schmeck den Süden“-Gastronomen ist über die Jahre kräftig gewachsen.

Meine Damen und Herren, wir alle sind der Überzeugung, dass die regionale Küche das Beste ist, was man auf den Tisch bringen kann:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

frisch, von gleichbleibend hoher Qualität – dafür sorgt das Verbraucherschutzministerium, Herr Kollege Hoher –, kreativ zubereitet. Wenn die Zutaten und die landwirtschaftlichen Rohprodukte aus der Region, aus Baden-Württemberg bezogen werden, unterstützen wir damit auch die bäuerlichen Familienbetriebe in unserem Land – das ist unser gemeinsames Ziel –, denn häufig bestehen schon lange gute persönliche Beziehungen zu den Lieferanten in der Region.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um das Thema der Regionalität, der regionalen Wertschöpfung und auch der regionalen Information zu verstärken, haben wir die Regionalkampagne „Natürlich. VON DAHEIM“ aufgesetzt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

quasi als Dachmarke und Dachkampagne über den bestehenden Kampagnen. Da geht es um die Kommunikation von Wertschöpfungsketten vom Erzeuger bis zum Verbraucher, um die Vorzüge der heimischen Produkte und den damit verbundenen Mehrwert noch stärker zu kommunizieren. Dies soll durch eine klare, stringente Kommunikationskette – Menschen, Produkte, Geschichten – erfolgen. Ich kann jedem nur empfehlen, die App „VON DAHEIM BW“ von Google Play oder aus dem Appstore zu beziehen, was kostenlos möglich ist.

Damit haben Sie die Chance, 700 Hofläden in Baden-Württemberg mit ihrem Angebot standortnah zu finden – sofern erlaubt wird, den Standort preiszugeben – und gleichzeitig auch die weit über 300 „Schmeck den Süden“-Gastronomen, die regionale Angebote auf ihrer Speisekarte haben, zu finden. Das wollten wir als Informationskampagne starten, damit die Hofläden, die zugegebenermaßen eine Nische sind, verstärkt in den Mittelpunkt gerückt werden.

Aber Sie haben natürlich recht, Herr Weber: Nicht allein der Dorfladen in Reichental ist es, sondern wir müssen sehen, dass wir mit regionalen Produkten auch bei den großen Lebensmitteleinzelhändlern unterkommen. Ich freue mich, dass nicht die Discounter, sondern die Vollsortimenter eine Plattform geben und erkannt haben, dass regionale Produkte aus Baden-Württemberg für sie einen kaufmännischen Mehrwert haben. Deshalb suchen sie ja nach regionalen Produkten. Aber dann braucht man eine bestimmte Größe, man braucht Lieferfähigkeit – man braucht auch Schlagkraft dahinter –, und zwar Lieferfähigkeit möglichst über das ganze Jahr.

Damit fördern wir auch die Zusammenschlüsse. Damit fördern wir die Genossenschaften, die lieferfähig sind, die liefern und auch bündeln können. Das ist das ganz Entscheidende. Ohne Größe geht es beim Lebensmitteleinzelhandel auch nicht; diesen werden wir nicht nach unserem Willen verändern können. Der Lebensmitteleinzelhandel ist, wie er ist.

Deshalb müssen wir auch die Betriebe fördern, die sich entwickeln. Da zeige ich in Richtung Grüne. Auch das Thema Größe ist verhältnismäßig. Robert Habeck hat einmal gesagt: „Massentierhaltung? Du kannst auch fünf Kühe scheiße halten.“ So ähnlich waren seine Worte. Er hat nicht unrecht gehabt. Es stimmt ja auch.

Es ist immer eine Frage der Qualität. Auch Bioerzeuger werden nicht in einer kleinen Nische leben können, auf die wir unsere romantischen Vorstellungen projizieren und wo noch die Bäuerin mit der Milchkanne über den Hof spaziert. Am Ende ist es heute der Melkroboter, der die Lebenswirklichkeit ausmacht. Am Ende ist es heute der Biobetrieb, der unter Glas auf 5 ha professionell, ökonomisch und effizient Tomaten, Paprika und Gurken erzeugt und im regionalen Lebensmittelhandel vertreiben kann. Das ist das Entscheidende. Diese Schlagkraft brauchen wir genauso.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Was ich damit sagen will: Wir brauchen die Kleinen, aber wir brauchen auch die Großen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Unruhe)

Wir sollten nicht den Fehler machen, die einen einfach zu verdammen, weil sie groß sind oder weil sie klein sind, oder zu fördern, weil sie groß sind, oder nicht zu fördern, weil sie groß sind, sondern wir sollten das Thema letztendlich ausgewogen angehen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Lieber Kollege Grath, Sie haben vorhin recht gehabt: Eines der größten Themen auch im Hinblick auf CO<sub>2</sub> ist das Thema Lebensmittelverschwendung. Jetzt wissen wir aber alle, dass versucht wird, die Lebensmittelverschwendung an den Schaltstellen einzudämmen. Im Einzelhandel, auch bei den Bäckern oder Metzgern, wo man es vermuten könnte, ist die Lebensmittelverschwendung nicht mehr so groß. Mein Bäcker bietet beispielsweise regelmäßig Brot und Brötchen vom Vortag an, und die Wecken kaufe ich gern, die kann man zu Weckmehl verwenden oder einweichen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das Brot ist sowieso meist besser, wenn es vom Vortag ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Ist auch viel gesünder!)

Das gibt es alles.

Die meisten Supermärkte sind heute bemüht, dass sie ihre Frischwaren, die gerade abgelaufen sind – MHD heißt ja nicht der „mindeste Todestag steht bevor“, sondern Mindesthaltbarkeitsdatum –, oder auch Gemüse etc. an die Tafeln abgeben. Das heißt, dort haben wir das Thema Lebensmittelverschwendung am ehesten im Griff.

Das Problem ist die private Vorratshaltung. Dort gilt dasselbe wie bei der Ernährungsbildung insgesamt; da kann man nur sagen: informieren, informieren, informieren. Da braucht es

(Minister Peter Hauk)

etwas Überblick, da muss man ein bisschen planen. Früher hat man das selbstverständlich gemacht, man hat das eingekauft, was man gebraucht hat. Heute meint man: „Es ist gerade günstig, da nehme ich doch ein bisschen mehr mit.“

Mir ist vor einem halben, dreiviertel Jahr, als die Butterpreise gerade so niedrig waren, eine Frau im Supermarkt begegnet, die 20 Päckchen Butter gekauft hat. Ich habe die Frau dann gefragt: „Warum kaufen Sie jetzt gerade 20 Päckchen Butter?“ Da hat sie gesagt: „Das ist halt so günstig.“ Jetzt ist die Butter nicht morgen kaputt, insofern kann man nichts dagegen sagen. Aber beim Salat sieht es natürlich anders aus, wenn er gerade günstig ist – und dann nicht verzehrt wird.

Bei der privaten Vorratshaltung muss man versuchen, zu informieren, informieren, informieren, um bei den Menschen einfach auch ein Stück weit darauf hinzuwirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung ist unser zentrales Anliegen. Es ist wahr, Boris Palmer hat gestern durchaus recht gehabt in seinem Artikel in der WELT. Er hat natürlich immer recht. Aus meiner Sicht hat er immer mehr recht, das muss ich auch sagen – vielleicht nicht überall, aber in einigen Dingen hat er schon recht.

(Abg. Stefan Herre AfD: Boris soll Sonderberater der Grünen werden! – Abg. Andreas Stoch SPD: Er wird immer mehr rechts! – Vereinzelt Heiterkeit – Weitere Zurufe)

Er sagte ja, die Luftschadstoffe seien nicht das übergeordnete Problem; das übergeordnete Problem für die Gesundheit sei im Prinzip die Ernährung. Da hat er vollkommen recht. Das ist nun wirklich belegt. Da streiten sich auch keine Lungenärzte mit Pneumologen –

(Vereinzelt Heiterkeit)

das sind ja die gleichen – oder mit der WHO etc., sondern es sagen alle das Gleiche: dass wir an Überernährung leiden und dass die Ernährungsfehlbildungen einen Teil unseres früheren Krankheitsbilds ausmachen.

Es ist erstaunlich, dass wir trotz all dieser Krankheitsbilder doch alle immer älter werden. Das muss ich immer wieder sagen. Man sieht, wir schaffen es zwar präventiv nicht, alles richtig zu machen, aber die Medizin schafft es jedenfalls danach, das eine oder andere richtig zu machen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister Hauk, ...

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Ich komme zum Schluss.

**Präsidentin Muhterem Aras:** ... lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Röhm zu?

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Ja, so zum Abschluss. Ich wollte jetzt eigentlich fertig sein.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Herr Minister, Sie haben die Problemlage umfassend und zu meiner vollsten Zufriedenheit dargestellt. Ich hätte noch eine ergänzende Frage: Wel-

che Bedeutung messen Sie dem heimischen Wild bei der Regionalvermarktung zu?

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr gut! – Unruhe)

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Das ist eine gute Frage, Herr Kollege Röhm. Ich bin mir auch der Wertung durchaus bewusst, die Sie ausgesprochen haben. Das wäre wahrscheinlich übersetzt als Schulnote, als Note eine glatte „Eins“ gewesen – nicht für meine Tätigkeit, aber für die des Ministeriums. Darüber freue ich mich.

Was das Thema Wild angeht: Das wird der nächste Baustein der Regional-App „VON DAHEIM BW“ sein, dass wir auch die Wildangebote als biologisches Lebensmittel mit aufnehmen wollen, damit auch die, die Wild verkaufen, im Prinzip Ansprechpartner in der breiten Bevölkerung haben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die gesunde, ausgewogene und nachhaltige Ernährung ist ein wichtiger Bestandteil des gesunden Lebensstils. Es ist aber auch ein wichtiger Bestandteil der Politik. Wenn ich sehe, dass wir in diesem Jahr 450 Millionen € für die Luftreinhaltung ausgeben, würde ich mir wünschen, dass wir nur 10 % davon für die Themen „Ernährungsbildung und Ernährungsqualifikation“ sowie „Fortbildung und Information“ ausgeben würden. Wir würden Meilensteine setzen. Deshalb werden wir im Haushalt auch das eine oder andere beantragen. Da bitte ich Sie schon jetzt um Ihre Unterstützung.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Abg. Stein.

**Abg. Udo Stein** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben viel Richtiges gehört, und ich denke, es ist unstrittig, dass die Ernährung für uns alle sehr wichtig ist und die Gesundheit ebenso.

(Abg. Raimund Haser CDU: Sogar lebensnotwendig! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! Lebensnotwendig, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

– Auch lebensnotwendig, definitiv, sogar ein Genuss. – Das sind keine großen strittigen Themen, wie man fraktionsübergreifend feststellen kann.

Aber es geht ja beim Thema Ernährung nicht allein um das Wohl der Menschen. Ich möchte da überhaupt niemanden bevormunden, was er essen darf und was nicht. Es geht auch um das Wohl unserer landwirtschaftlichen Betriebe und um unsere Erzeuger der Lebensmittel.

Herr Hauk, akzeptieren Sie doch einfach, dass wir heute in der aktuellen europäischen Situation die Frage stellen, ob wir mit unserem eigenen Geld in Deutschland nicht zuerst die Be-

(Udo Stein)

triebe in unserem Land und unsere regionalen Strukturen finanzieren sollten,

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

bevor wir das mit den Konkurrenzfirmen in anderen europäischen Ländern machen wie beispielsweise in Irland, wo wir ja zusammen waren.

Zu den Zahlen, die Sie gerade eben kritisiert haben: Die Zahlen stammen aus der Antwort der Regierung auf eine Anfrage.

Ich möchte ganz kurz zusammenfassen: Wenn wir mehr Geld in die Europäische Union bezahlen, als wir bekommen, dann ist es doch legitim, zu sagen:

(Abg. Winfried Mack CDU: Abschotten!)

Schauen wir zuerst nach uns, bevor wir nach den anderen schauen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Ge-deon [fraktionslos] – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Jetzt habe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Grath für die Fraktion GRÜNE, allerdings nur für einen kurzen Satz. – Bitte.

**Abg. Martin Grath** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss kurz noch ein paar Sätze sagen.

(Heiterkeit)

Das kann man so nicht stehen lassen.

Es geht uns nicht um Verbieten, es geht uns nicht um Reglementieren. Es geht darum, dass allen bewusst ist, welche Auswirkungen Ernährung auf Gesellschaft, Gesundheit, Klima und Biodiversität hat. Es geht um Transparenz und vor allem um Brot- und Lebensmittelverschwendung.

Wenn in Wien – nur als Vergleich – so viel Brot weggeworfen wird, wie in Graz insgesamt produziert wird,

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

dann müssen wir uns über Lebensmittelverschwendung unterhalten. Das ist ein ganz wichtiges Thema, Herr Minister. Ich unterstütze Sie da. Da müssen wir ran. Es kann nicht sein, dass eine Tonne Korn weniger kostet als eine Tonne Split, um sie im Winter auf den Boden zu schmeißen.

(Zuruf: Jawohl!)

Da müssen wir ran. Das ist eine ganz wichtige Sache.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Martin Grath** GRÜNE: Vor allem, wenn wir über Europa sprechen: Unsere Landwirtschaft, unsere Wirtschaft pro-

fitiert von Europa. Niemand profitiert so von Europa wie Deutschland.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf von den Grünen: Sehr gut! – Zurufe von der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Weber.

**Abg. Jonas Weber** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Unterschiede zwischen Grünen und CDU in dieser Frage sind offensichtlich.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

– Sie haben offensichtlich unterschiedliche Auffassungen, was Landwirtschaft und Ernährung betrifft.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben Sie jetzt gerade nicht zugehört, Herr Kollege? – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Wo waren Sie die letzten 20 Minuten?)

– Ich habe schon zugehört. Sie haben doch offensichtlich bei Ernährung und Landwirtschaft unterschiedliche Auffassungen. Das ist ja auch in Ordnung.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Was will denn die SPD?)

Sie sind ja auch unterschiedliche Parteien – zumindest sind Sie es noch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber der kleinste gemeinsame Nenner ist noch kein Fortschritt.

Aber ich möchte noch auf etwas ganz anderes eingehen, Herr Minister.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich habe hier von einem Umweltskandal berichtet, der 644 ha im Raum Rastatt und fast 1 200 ha in den Bereichen Rastatt und Mannheim zusammen betrifft, landwirtschaftliche Böden, die mit einer Chemikalie verseucht sind, die dauerhaft in diesen Böden ist, die krebserregend ist, die unsere Lebensmittel verunreinigt, und Sie haben nicht einmal ein Wort in Ihrer Rede darauf verwendet, Herr Minister.

(Abg. Carola Wolle AfD: Ja!)

Nicht einmal ein Wort! Die Menschen brauchen Taten, sie brauchen Projekte, sie brauchen Mittel zur Sanierung und zur Sicherung der Lebensmittel und der Grundlage. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie zukünftig hier mit neuen Projekten an der Sanierung arbeitet und auch entsprechende Mittel zur Verfügung stellt. Das muss ich in aller Deutlichkeit hier sagen.

Da, liebe Grüne, erwarte ich mir auch mehr Engagement von Bündnis 90/Die Grünen, denn das ist eigentlich auch ein Thema, das Sie betrifft, das Ihre Kern-DNA ist. Wir müssen doch

(Jonas Weber)

gemeinsam dafür sorgen, dass ein solcher Umweltskandal aufgeklärt und angegangen wird.

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Sichere Herkunftsländer im Bundesrat – Wird Ministerpräsident Kretschmann im Interesse des Landes Baden-Württemberg handeln oder grüne Parteipolitik betreiben? – beantragt von der Fraktion der AfD**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rottmann das Wort.

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Sehr geehrte Landtagspräsidentin, sehr geehrte Kollegen, meine Damen und Herren!

(Abg. Martina Braun GRÜNE: Kolleginnen!)

Wollen wir nicht Fluchtursachen verhindern? Das war die Frage meiner Kollegin Carola Wolle beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt, als Minister Hauk die Regierungsbank verließ, um sich auf seinen Abgeordnetenplatz zu setzen.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Ja, wir, die AfD, wollen Fluchtursachen verhindern – nicht nur bei Ministern; da ist es vielleicht nicht so wichtig. Wir wollen Fluchtursachen verhindern, und wir möchten dort, wo es möglich ist, Fluchtursachen in den Heimatländern abbauen. Denn wir möchten den Menschen eine Perspektive in ihren Heimatländern aufzeigen, weil jeder Mensch ein Zuhause braucht, weil jeder Mensch eine Heimat braucht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

„Sichere Herkunftsländer im Bundesrat – Wird Ministerpräsident Kretschmann im Interesse des Landes Baden-Württemberg handeln oder grüne Parteipolitik betreiben?“ Wenn es heute um das Thema „Sichere Herkunftsländer“ geht und um die Frage, wie unsere Landesregierung damit umgeht, möchte ich ausnahmsweise mit einem Zitat der „taz“ beginnen. Die „taz“ schreibt über die Regierungskoalition im Bund und über das Gesetz zur Einstufung von Georgien, Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten, das am 18. Januar beschlossen worden ist:

*Dass eine Koalition ein Gesetz beschließt, von dem sie weiß, dass es wohl nicht in Kraft treten wird, kommt sel-*

*ten vor. Doch genau das tut die Große Koalition an diesem Freitagmorgen.*

(Beifall des Abg. Bernd Gögel AfD)

Der Sachverhalt ist leicht skizziert. Acht sichere Herkunftsstaaten – neben den Ländern der EU – gibt es bereits: Albanien, Bosnien-Herzegowina, das Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien sowie die afrikanischen Länder Ghana und Senegal. Hinzu kommen sollen jetzt Tunesien, Algerien, Marokko zum wiederholten Mal und Georgien. So weit, so gut. Und so beschließt am 18. Januar eine deutliche Mehrheit im Bundestag, diese vier Länder ebenfalls als sichere Herkunftsländer auszuweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

Wenn wir jetzt fragen, ob Ministerpräsident Kretschmann im Interesse des Landes Baden-Württemberg handeln wird – Denn es sollte doch in diesem Hohen Haus Konsens sein, dass Gesetze nur dann beschlossen werden, wenn sie sinnvoll sind, und dass diese dann auch umzusetzen sind. Jedenfalls gehe ich als Realpolitiker davon aus.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ein Populist hier vorn! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Besser als ein Realitätsverweigerer! – Gegenruf des Abg. Stefan Herre AfD: Genau!)

Wenn wir also fragen, ob Ministerpräsident Kretschmann im Interesse des Landes Baden-Württemberg handeln wird, dann stellt sich doch diese Frage, ob das Gesetz auch umgesetzt wird. Doch nun – zum wiederholten Mal und für Georgien zum ersten Mal – wird dieser Beschluss mal wieder an einem Veto des Bundesrats scheitern.

Aus diesem Grund möchte ich heute nicht über das Thema „Sichere Herkunftsländer“, sondern über etwas ganz anderes reden. Ich rede über eine kleine Geschichte – vielleicht ist es ein Märchen, vielleicht ist es eine Tatsache –: „Winfried im Glück“. Ich möchte heute über „Winfried im Glück“ reden. Vielleicht ist er deshalb nicht hier, weil er meine Rede nicht hören möchte. Das mag ja sein.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Vermittlungsausschuss! Darüber haben wir doch gestern gesprochen!)

Wir haben einen Ministerpräsidenten, der möglicherweise in der falschen Partei gelandet ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum? Sollte er in der AfD sein?)

Denn die Grünen möchten am liebsten alle Flüchtlinge der Welt nach Deutschland holen.

(Zurufe – Unruhe)

Ministerpräsident Kretschmann möchte zumindest die Kriminellen unter ihnen wieder in die Pampa schicken. Dahin würden wir gern die Grünen schicken; aber das ist ein anderes Thema.



(Daniel Rottmann)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das wird Ihnen nicht gelingen!  
Da machen Sie sich mal keine Sorgen!)

– Warten wir ab, Herr Sckerl.

(Zuruf von der AfD: Fahren Sie mal nach Österreich,  
an die Grenze!)

Die Parteifreunde des Ministerpräsidenten wollen am liebsten alle Pkws abschaffen – im Moment natürlich nur den Diesel, aber später auch den Benziner, wenn sie gemerkt haben, dass er viel weniger umweltfreundlich ist als der Diesel.

(Zurufe der Abg. Thomas Poreski und Thomas Hentschel GRÜNE)

– Ja, Sie wollen die Wahrheit nicht hören. Ich merke das. Vielen Dank, Herr Hentschel.

Ministerpräsident Kretschmann dagegen – –

(Abg. Thomas Hentschel GRÜNE: Vielleicht sollten Sie einfach mal zuhören! – Abg. Daniel Andreas Le-de Abal GRÜNE: Was hat das jetzt mit sicheren Herkunftsländern zu tun?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment!

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Ich rede gerade über das Thema „Winfried Kretschmann und wie er mit den sicheren Herkunftsländern umgeht“. Wir sind gerade bei dem Thema „Winfried im Glück“.

(Abg. Sascha Binder SPD: Kommen Sie zum Thema der Aktuellen Debatte, das Sie selbst benannt haben!)

– Dazu komme ich gleich.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Winfried Kretschmann – –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, Herr Kollege Rottmann hat das Wort. – Fahren Sie bitte fort. Die anderen bitte ich um etwas mehr Ruhe.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Es ist schon interessant, wie die Grünen damit umgehen, wenn man sie mit ihren Themen konfrontiert: dass sie zunächst Diesel-Pkws und später dann auch weitere Pkws abschaffen wollen – denn das wird sicher kommen, so sicher wie das Amen in der Kirche –,

(Staatssekretärin Bärtl Mielich: Genau!)

während unser Ministerpräsident gern Arbeitsplätze in der Autoindustrie in Baden-Württemberg erhalten möchte. Da haben wir das Problem mit den Realos und den Fundis bei den Grünen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Haben wir auch!)

Wir, die AfD, kennen das Thema ja auch. Wir haben hier vielleicht den besten Fraktionsvorsitzenden, den dieses Haus jemals gesehen hat,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

aber wir haben auch andere Kollegen. Wir haben also auch mit Realos und Fundis zu tun.

(Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE und Thomas Blenke CDU)

Aber wenn ich mir die Realos und Fundis bei den Grünen anschau, dann klingt das weniger nach „Winfried Kretschmann im Glück“, dann klingt das eher nach „Hofreiter und Pechmarie“.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Aber kommen wir zu dem großen Wunder, dass jetzt für „Winfried Kretschmann im Glück“ kommt. Das ist der bundesdeutsche Parlamentarismus – eine hervorragende Einrichtung, die man aber leider auch für seine eigenen Zwecke instrumentalisieren kann.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf: Der war gut!)

Das sehen wir bei dem Thema „Sichere Herkunftsländer“. Denn plötzlich ergeben sich ganz ungeahnte Möglichkeiten für den Ministerpräsidenten. Deshalb sage ich: „Winfried Kretschmann im Glück“.

Die Bundesrepublik Deutschland ist so aufgebaut, dass z. B. das Gesetz bezüglich der sicheren Herkunftstaaten nicht einfach im Bundestag beschlossen und dann umgesetzt werden kann, sondern auch noch durch den Bundesrat muss.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Gott sei Dank! – Zuruf von der AfD: Was für ein Glück!)

Da hat Winfried Kretschmann unglaublich Glück. Denn egal, wie er sich entscheidet: Es gibt immer genügend andere Landesregierungen – mit SPD- und grüner Beteiligung –, die gegen Tunesien, gegen Algerien, gegen Marokko und gegen Georgien als sichere Herkunftsländer stimmen werden, sodass am Ende völlig egal ist, wie sich Baden-Württemberg und der Ministerpräsident positionieren. Winfried Kretschmann im Glück!

Was für ein Glück für ihn. Jetzt muss er sich nicht zwischen Realpolitik auf der einen Seite und Ideologie auf der anderen Seite entscheiden. Hier bekommt man beides unter einen Hut: Realpolitik, Fundipolitik und die Möglichkeit, keine Entscheidung treffen zu müssen. Das Perfide daran: So macht man es jedem recht.

(Zuruf des Abg. Alexander Schoch GRÜNE)

Man kann es auch dem Wähler damit recht machen; so scheint es. Denn der Wähler denkt, in Berlin hätte man etwas angepackt, aber tatsächlich ist es in den Bundesländern wieder ausgehebelt worden. Wieder hat unser Ministerpräsident Glück, weil er keine Entscheidung treffen muss und tun kann, was er will.

Aber in der gegenwärtigen Situation – im Jahr 2019 – keimt in mir ein Verdacht auf, dass es genau so sein soll: heiße Luft, viel Aktionismus, Wählerbeschwichtigung und -beruhigung. Der Bundesrat spielt den Ausputzer für den Bundestag, indem er wieder einmal Nein sagt. So sieht die Arbeitsteilung zwischen Bundesrat und Bundestag aus. Das ist meiner Meinung

(Daniel Rottmann)

nach ein Missbrauch des Parlamentarismus. Man könnte es auch als Stillhalteabkommen bezeichnen. Im Grunde lässt es sich an diesem Beispiel als Wählertäuschung im großen Stil bezeichnen.

Ganz plötzlich zieht die Regierungskoalition aus CDU und SPD in Berlin mit den Grünen in Baden-Württemberg an einem Strang. Alle bedienen ihre Wählerklientel. Die einen tun etwas für die Erklärung zu sicheren Herkunftsländern, die anderen lehnen es ab, und jeder kann sagen: „Wir haben unsere Forderung umgesetzt.“ Es ist kein Wunder, dass das genau jetzt passiert, zum Auftakt des Wahljahrs, mit Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, wo die AfD an vielen Stellen erstmalig flächendeckend dabei sein wird

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja, ja! Ein Widerspruch in sich!)

– ich freue mich auf das Zittern und auf die Mandate, die anderen verloren gehen werden –,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das warten wir einmal in Ruhe ab, Herr Kollege!)

mit der Europawahl, die das ganze Bundesgebiet betrifft – dieses Mal wird die AfD nicht, wie beim letzten Mal, mit nur sieben Abgeordneten einziehen –, sowie der Bürgerschaftswahl in Bremen und den drei Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Würde die Regierung im Bund wirklich die sicheren Herkunftsstaaten durchsetzen wollen und nicht nur auf Wahlkampfgetöse setzen, dann hätte sie vielleicht noch ein paar Monate gewartet – bis zum Herbst, wenn die AfD möglicherweise in drei Landtagen stärkste Fraktion wird

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter!)

und anders als die Grünen bei der Entscheidung über die Herkunftsländer zustimmen würde.

Wird Ministerpräsident Kretschmann im Sinne und Interesse des Landes Baden-Württemberg handeln, oder wird er grüne Parteipolitik betreiben?

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Weder noch, oder beides?

Ich möchte noch einmal auf den Text der „taz“ zu sprechen kommen:

*Dass eine Koalition ein Gesetz beschließt, von dem sie weiß, dass es wohl nicht in Kraft treten wird, kommt selten vor. Doch genau das tut die Große Koalition ...*

Kretschmann, der Ministerpräsident im Glück, braucht sich nicht zu entscheiden. Alle etablierten Parteien profitieren davon. Sie tun so, als würden Sie etwas tun. Und wenn wir ehrlich sind, so müssen wir sagen: Sie tun doch nichts – „die wollen nur spielen“.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Rainer Hinderer SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Lede Abal.

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal** GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin jetzt der Glückspilz, dem es zufällt, auf diese Rede zu antworten. Ich muss sagen, das war sogar für Ihre Verhältnisse, Herr Rottmann, ziemlich abstrus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das eigentliche Thema, das Sie auch angekündigt haben, war das Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Thema „Sichere Herkunftsländer“, der demnächst im Bundesrat zur Abstimmung vorgelegt wird.

Wenn Sie den verfassungsmäßigen Auftrag der Länder, über die Gesetzentwürfe, die der Bundestag beschlossen hat, abzustimmen, hier als Missbrauch des Parlamentarismus durch die Länder verunglimpfen, ist das bezeichnend für Ihr Demokratieverständnis, und dazu haben eigentlich auch Ihre sich daran anschließenden Machtfantasien sehr gut gepasst.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Rainer Hinderer SPD)

Das Rechtskonstrukt der sogenannten sicheren Herkunftsländer lehnen wir Grünen aus grundsätzlicher Überlegung und Haltung ab. Das haben wir, die Landtagsfraktion, in der Vergangenheit so vertreten, und das gilt auch weiterhin. Denn wir haben nach wie vor Zweifel am Sinn dieses Rechtskonstrukts. Dabei stellt sich nicht die Frage, ob es hier um eine grundsätzliche verfassungsrechtliche oder rechtliche Zulässigkeit geht. Dazu nämlich hat das Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit bereits entschieden, allerdings mit klaren Vorgaben.

Es wird gern suggeriert, dass dieser Vorschlag, weitere Länder als sichere Herkunftsländer auszuweisen, das Asylsystem entlasten würde und Abhilfe schaffen würde. Das trifft aus meiner Sicht nicht zu, und deshalb führen wir heute einmal mehr eine symbolische Debatte zum Thema „Sichere Herkunftsländer“.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Leider kursieren in der Öffentlichkeit auch nach wie vor falsche Vorstellungen und Erwartungen dazu, was sich hinter diesem Begriff verbirgt. Die Einstufung als sicheres Herkunftsland hat nämlich erst einmal gar nichts mit der Frage zu tun, ob in ein Land abgeschoben wird oder wie schnell ein Asylantrag bearbeitet wird, und sie hat nur minimale Auswirkungen darauf, wie schnell über einen Asylantrag entschieden werden kann.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Da können Sie doch zustimmen!)

Es wird auch relativ häufig die Auffassung vertreten, dass es darum geht, wie schnell eine Person abgeschoben werden kann. Auch das trifft nicht zu. Das ganze Verfahren löst auch nicht die wesentlichen Probleme, die wir beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben, und es löst nicht das Problem der überlangen Asylverfahren insgesamt.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Abgesehen davon halten wir es insbesondere für richtig, dass das Mittel der freiwilligen Ausreise gestärkt und stärker unterstützt wird. Aber die Einstufung als sicheres Herkunftsland wird auch keine Veränderungen für die Durchführung von Abschiebungen bringen. Entscheidend sind nämlich dafür insbesondere die Rückführungsabkommen, welche die Bundesregierung mit den Herkunftsländern vereinbaren müsste – oder aber die Rücknahmeregelungen nach Dublin müssten verändert werden, also die Verpflichtung der europäischen Staaten, die Personen wieder zurückzunehmen, die sich in Deutschland aufhalten, obwohl sie bereits in anderen Staaten als Asylsuchende registriert sind. Dann ist nämlich für die Durchführung des Asylverfahrens dieser europäische Staat zuständig. Und da bleibt eigentlich niemand im innereuropäischen Zusammenspiel so viel schuldig wie die italienische Regierung – also Ihre Brüder im Geiste.

Die Einstufung als sicheres Herkunftsland hat keine Auswirkungen auf diese Fragen. Sie betrifft nämlich ausschließlich das Asylverfahren und die Rechtsstellung sowie die rechtlichen Möglichkeiten, die ein Antragsteller im Asylverfahren hat. Sie hat Konsequenzen und erhebliche Rechtsfolgen für berechtigt Schutzsuchende, die möglicherweise dann auch nicht zu überwinden sind.

Genau deshalb sind wir noch immer skeptisch, weil die Bewertung von Asylsuchenden nach kollektiven Merkmalen schon mit dem individuellen Asylrechtsanspruch und dem rechtlichen Gebot der Einzelfallprüfung kollidiert.

Die Einstufung als sicheres Herkunftsland erschwert aus Sicht der Asylsuchenden die einzelfallbezogene Prüfung, kehrt die Beweislast um und mindert den Rechtsschutz. Die Zweifel an diesem Verfahren mit seinen Auswirkungen haben wir vonseiten der Fraktion und hat auch der Ministerpräsident immer wieder formuliert. Deshalb muss der richtige Ansatz eigentlich lauten, denjenigen Schutz zu gewähren, die den Schutz des Asylrechts benötigen, und dafür die richtigen Instrumente zu suchen.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Lede Abal, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Gruber zu?

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE:** Ich möchte in meinen Ausführungen gern erst einmal fortfahren. – Es geht also darum, die richtigen Instrumente zu suchen und die Perspektiven im Heimatland zu schaffen, damit die Personen ihre Heimatländer nicht wegen Verfolgung oder aus anderen Gründen verlassen müssen. Das heißt, Fluchtursachen bekämpfen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was sind „andere Gründe“?)

Dann erzielt man auch den gewünschten Effekt. Erfolgreiche Asylbegehren minimiert man nicht mit der Einstufung als sicheres Herkunftsland, sondern indem man Fluchtursachen bekämpft.

(Beifall bei den Grünen)

Nun sieht das Grundgesetz aber das Konzept der Einstufung als sicheres Herkunftsland vor. Das respektieren wir auch. So

haben wir uns im Koalitionsvertrag mit der CDU darauf verständigt, der Einstufung Tunesiens, Algeriens und Marokkos als sichere Herkunftsländer zuzustimmen,

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

wenn die hohen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Da haben wir nach wie vor Bedenken; zum einen, weil wir uns schon wundern, dass die Bundesregierung relativ unterschiedliche Staaten, auch in der inneren Situation unterschiedliche Staaten wie Georgien, Marokko, Algerien und Tunesien in einen Gesetzentwurf zusammenpackt.

Wir stellen auch fest, dass es durchaus ernst zu nehmende Kritik an der Menschenrechtssituation in diesen Ländern gibt, z. B. bei der Situation von Homosexuellen oder von Transgendern, auch von Journalistinnen und Journalisten.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Deshalb hat die Landesregierung in Person von Ministerpräsident Kretschmann aus unserer Sicht völlig zu Recht darauf gedrängt, dass die Bundesregierung ein Konzept vorlegt, ein Verfahren, das sicherstellt, dass diese besonders vulnerablen Gruppen keine Nachteile dadurch erleiden, dass ihre Herkunftsländer als sicher eingestuft werden.

(Beifall bei den Grünen)

Ob dieses vorgelegte Konzept den Anforderungen genügt und ob auf dieser Basis eine Zustimmung im Bundesrat erfolgen kann, muss die Landesregierung nun prüfen. Dieses Vorgehen unterstützt die grüne Landtagsfraktion ausdrücklich.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Blenke.

**Abg. Thomas Blenke CDU:** Danke schön. – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Bundestag hat am 18. Januar mit großer Mehrheit beschlossen, auch die Länder Tunesien, Algerien, Marokko und Georgien als sichere Herkunftsländer einzustufen. Dieses Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrats. Wir von der CDU werben für die Zustimmung zu diesem Gesetz im Bundesrat. Wir werben dafür auch gegenüber unserem Koalitionspartner.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Weshalb ist die Einstufung als sicheres Herkunftsland so wichtig? Deutschland ist eines der ganz wenigen Länder auf dieser Welt, in denen das Asylrecht ein Grundrecht ist. Wer zu uns kommt und schutzbedürftig ist, erhält Schutz. Das ist ein hohes, verfassungsrechtlich garantiertes Gut, von dem wir auch nicht ablassen wollen und werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr richtig!)

Das bedingt jedoch, dass wir bei Herkunftsländern mit hohen Zugangszahlen und niedrigen Schutzquoten das Asylverfahren

(Thomas Blenke)

ren deutlich beschleunigen. Dafür gibt es seit 1993 das Instrument der Einstufung eines Herkunftslands als sicher. Im normalen Asylverfahren muss das Vorliegen von Asylgründen vom BAMF aufwendig geprüft werden. Kommt ein Asylbewerber dagegen aus einem als sicher eingestuften Herkunftsland, wird der Antrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt, es sei denn, der Ausländer kann nachvollziehbar begründen, dass ihm politische Verfolgung droht. Die Folge eines solchen offensichtlich unbegründeten Antrags ist ein beschleunigtes Verfahren.

Warum jetzt diese vier Staaten? Als sicher gilt ein Land, bei dem die Anerkennungsquote unter 5 % liegt. 2018 lag die Anerkennungsquote für Marokko bei 2,3 %, für Tunesien bei 1,9 %, für Algerien bei 1,2 % und für Georgien bei 0,3 %.

(Zuruf: Hört, hört!)

Für Georgien gilt seit 2017 mit dem Schengen-Raum Visumfreiheit, weil Anforderungen im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte von dem Land erfüllt werden. Visumfrei reisen und dann Asyl beantragen, meine Damen und Herren, das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

4 265 Personen kamen im Jahr 2018 aus Georgien; 18 davon wurden als asylberechtigt anerkannt. Das sind gerade einmal diese 0,3 %. Das bedeutet, 4 247 Georgier haben das aufwendige Asylverfahren durchlaufen, obwohl die Erfolglosigkeit absehbar war. Das ist nicht in unserem Interesse, und das ist auch nicht im Interesse der Betroffenen, die keine Klarheit bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Schauen wir in das Kosovo, Ende 2015 zu einem sicheren Herkunftsland erklärt. Im Jahr 2015 kamen aus dem Kosovo über 30 000 Personen nach Deutschland. Im Jahr 2018 waren es noch 600 Asylanträge, die von Kosovaren gestellt wurden. Das zeigt: Die Einstufung als sicheres Herkunftsland wirkt.

Meine Damen und Herren, wer vor diesen Zahlen die Augen verschließt, der verkennt den Grundgedanken unseres Asylrechts.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Rainer Balzer  
AfD)

Nun wissen wir, dass unserem Koalitionspartner der Schutz gefährdeter Gruppen auch bei sicheren Herkunftsländern sehr wichtig ist. Das ist ja auch in Ordnung; Herr Kollege Lede Abal, Sie haben es ja auch dargelegt. Das ist auch nichts Neues. Deswegen sage ich in Richtung AfD, die jetzt gemeint hat, diese Aktuelle Debatte beantragen zu müssen: Es ist nicht neu;

(Zuruf von der AfD: Es ist wichtig!)

denn schon bei der Ausarbeitung des Koalitionsvertrags – Kollege Sckerl, das haben wir beide ja auch mit gemacht – haben wir in der Verhandlungsgruppe dieses Thema intensiv beraten, und wir sind zu einem Ergebnis gekommen – Kollege Lede Abal hat es zitiert, und ich möchte es mit Erlaubnis der Präsidentin noch einmal zitieren –:

*Die im Bundesrat anstehende Entscheidung über die Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsstaaten um*

*die Maghreb-Staaten Algerien, Tunesien und Marokko werden wir unterstützen, falls die entsprechenden hohen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen.*

Das war noch ohne Georgien. Aber da dort die Anerkennungsquote bei einem Viertel der niedrigsten Quote eines Maghreb-Staats liegt, macht es Sinn, auch dieses Land mit einzubeziehen.

2017 gab es schon einmal ein Gesetzgebungsverfahren dazu. Damals hat Baden-Württemberg im Bundesrat zugestimmt. Es scheiterte dennoch an anderen Landesregierungen mit grüner Regierungsbeteiligung. So muss man es sagen, Herr Kollege Sckerl.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Muss man so sagen!  
– Zuruf von der AfD: Also!)

Für die Zustimmung des Landes Baden-Württemberg, der grün-schwarzen Koalition, war damals ausschlaggebend, dass die Bundesregierung eine Protokollerklärung abgegeben hatte, eine Protokollerklärung zum Schutz sogenannter vulnerabler, also besonders verletzlicher Gruppen.

Im jetzt vorliegenden Gesetzentwurf ist eine dieser Protokollerklärung nachgearbeitete spezielle Rechtsberatung im Gesetzestext verankert.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört!)

Damit wird, liebe Kollegen von den Grünen, Ihrem Anliegen unseres Erachtens eigentlich Rechnung getragen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Darüber müssen wir noch reden!)

Aber Sie müssen das selbst entscheiden.

(Zuruf von den Grünen: Tun wir auch!)

Unseres Erachtens wird damit dem Anliegen Rechnung getragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen – –

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

– Kollege Lede Abal, darüber werden wir in der Koalition reden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau!)

Es wird die Frage sein: Ist das eine verfassungsrechtliche Hürde

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist zu klären! Genau!)

– so steht es im Koalitionsvertrag –, die Sie darin noch sehen, oder nicht? Das müssen wir klären. Aber wir werben für die Zustimmung.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Blenke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Gruber zu?

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Von wem?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Von Herrn Abg. Gruber.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu. Danke schön. Ich möchte das noch herausarbeiten.

Es gibt individuellen Schutz auch für Personen aus sicheren Herkunftsländern. Trägt ein Betroffener schlüssig vor, er werde verfolgt, wird dies von den deutschen Behörden aufgenommen und ernst genommen. Wer wirklich verfolgt wird, kann sich auf das Asylrecht und das Flüchtlingsschutzrecht berufen. Aber mit der Einstufung eines Staates als sicherer Herkunftsstaat tritt eben eine gesetzliche Regelvermutung ein, dass eine solche Verfolgung nicht existiert.

Um noch einmal auf das Beispiel Georgien zurückzukommen – da kann man das plastisch sehen –: Die 18 Personen aus Georgien, die im Jahr 2018 als asylberechtigt anerkannt wurden, bekämen diesen Schutz auch dann, wenn Georgien als sicheres Herkunftsland eingestuft ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! Genau!)

Sie bekämen diesen Schutz auch dann, wenn Georgien sicheres Herkunftsland ist, was wir bezwecken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Für alle anderen 4 247 Personen, die 2018 aus Georgien kamen, ist das Verfahren deutlich schneller. Das ist in unserem Interesse, liegt aber auch im Interesse der Betroffenen, um schnell Klarheit über die Erfolgsaussichten ihres Antrags zu erhalten.

Meine Damen und Herren, die Ausweisung dieser vier Staaten als sichere Herkunftsländer ist zu begrüßen. Wir, die CDU, begrüßen sie. Sie ist nötig, um über offensichtlich unbegründete Asylanträge schnell entscheiden und die Personen dann auch zurückführen zu können.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Sie ist nötig, weil dadurch die Zugangszahlen – ich habe es am Beispiel Kosovo dargelegt – signifikant gesenkt werden können. Sie ist auch nötig, um in der Bevölkerung die Akzeptanz des Asylrechts, das uns sehr wichtig ist, zu erhalten.

Wir werben um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundesrat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hinderer das Wort.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Als ich gefragt wurde, ob ich zum Thema „Sichere Herkunftsländer“ sprechen möchte, war meine erste Reaktion: „Habe ich doch gerade erst!“ Das ist zwar schon ein paar Tage her, aber, werte Abgeordnete von der AfD-Fraktion, wir wissen, Ihr Themenspektrum ist eingeschränkt.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Anton Baron AfD: Nein, das stimmt gar nicht! – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Insofern heute zum zweiten Mal diese Debatte. Herr Abg. Rottmann, die satirische Version hat, wie ich glaube, außer Ihnen niemand lustig gefunden.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Das war mir sehr ernst mit dem Thema!)

Das Thema ist zu ernst, als dass man eine Märchenstunde oder ein Kabarett daraus machen sollte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Allenfalls noch bemerkenswert an der Position der AfD ist die unterschiedliche Interpretation gestern und heute. Verglichen mit gestern, als es um die Wahrung der Bildungshoheit im Bundesrat ging, hat sich Ihre Interpretation der verfassungsrechtlichen Stellung des Bundesrats um 180 Grad gedreht.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Er hat es, glaube ich, nicht verstanden!)

– Ich habe es schon verstanden.

Der Bundestag hat im Januar mit großer Mehrheit beschlossen, dass Georgien, Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden sollen. Es ist richtig, die Anerkennungsquote bei diesen Ländern lag 2018 zwischen 0,3 und 2,3 %.

Kollege Blenke hat darauf hingewiesen: Das Thema „Sichere Herkunftsstaaten“ ist kein neues Thema. Es ist seit 1993 in Artikel 16 a des Grundgesetzes eingeführt und findet weitere Ausführungen im Asylrecht.

Im Februar soll nun der Bundesrat darüber beraten, ob er zustimmen wird. Wir haben gehört: Nach aktuellem Stand ist das noch ungewiss. Für eine Mehrheit ist es erforderlich, dass zwei grün mitregierte Bundesländer der vorgeschlagenen Einstufung von Georgien und den drei Maghreb-Staaten zustimmen.

In der Debatte darüber, ob diese vier Herkunftsstaaten als sicher einzustufen sind, treffen verschiedene Positionen und Ansätze aufeinander. Deshalb ist es wichtig, diese Diskussion ernsthaft zu führen.

Das war auch der Fall, als 1993 im sogenannten Asylkompromiss die Entscheidung fiel, sichere Herkunftsstaaten festzulegen. Auch 1996 wurde heftig diskutiert, als das Bundesverfassungsgericht das Prinzip der sicheren Herkunftsstaaten für zulässig erklärte.

Aus Sicht der SPD gibt es in diesen vier Ländern keine generelle, systematische, durchgängige Verfolgung. Somit ist eine Einstufung als sichere Herkunftsstaaten möglich.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Es gibt sicherlich auch gute Gründe, warum man eine Einstufung als sichere Herkunftsstaaten kritisieren kann. Aber einen Verstoß gegen die Verfassung – das ist die maßgebliche Größe – sehen wir in der Entscheidung zur Einstufung als sichere Herkunftsstaaten nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

(Rainer Hinderer)

Wir finden, dass eine Einstufung als sichere Herkunftsstaaten nach reiflicher Überlegung und Diskussion besser ist als andere Überlegungen, beispielsweise jene der baden-württembergischen FDP/DVP-Fraktion, mit dem Automatismus zu reagieren, dass jeder Staat, der eine Anerkennungsquote unter 10 % hat, auf seine Situation hin geprüft wird und, wenn möglich, zum sicheren Herkunftsstaat erklärt werden soll. Da ist die Diskussion, die jetzt geführt wird, sicher die bessere.

Es war die SPD-Fraktion, die jetzt in den Gesetzentwurf eingebracht hat, dass Asylbewerber mit erhöhtem Risiko – das, Herr Kollege Lede Abal, sind eben Journalisten, sind Homosexuelle, sind Angehörige religiöser Minderheiten – eine spezielle Rechtsberatung erhalten; dadurch ist der Schutz erhöht.

Ich möchte aber an dieser Stelle auch darauf hinweisen – das ist uns wichtig –, dass die Einstufung der Maghreb-Staaten und von Georgien zu sicheren Herkunftsstaaten allein nicht genügt. Die Einstufung ist weder Allheilmittel noch ein Herzensthema der SPD; denn das beschleunigte Verfahren bringt überhaupt nichts, wenn es keine Möglichkeit gibt, zurückzuführen. Deshalb brauchen wir Rückführungsabkommen. Die entsprechenden Länder müssen bereit sein, Passersatzpapiere auszustellen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das bringt schon etwas!  
Das nimmt die Sogwirkung!)

Die Rückführungsabkommen mit den Maghreb-Staaten gibt es noch nicht. Hier sind insbesondere größere Anstrengungen des Bundesinnenministers erforderlich,

(Abg. Klaus Dürr AfD: Der Außenminister verhandelt!)

um diese endlich zum Abschluss zu bringen. Wir haben hier den Eindruck, Herr Seehofer kümmert sich aktuell mehr darum, Personen leichter und länger in Abschiebehaft zu nehmen, als Rückführungsabkommen, die er angekündigt hat, auszuhandeln. Der Innenminister scheint hier eindeutige Vorlieben zu haben, was dazu führt, dass er an einigen Stellen sehr viel tut, an anderen deutlich zu wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Klaus Dürr AfD: Außenminister!)

– Federführend ist der Innenminister. – Und wir brauchen ein Einwanderungsgesetz – das befindet sich nun endlich im parlamentarischen Verfahren und tritt hoffentlich bald in Kraft –, um denjenigen ein Angebot unterbreiten zu können, die hier arbeiten wollen.

Wir sagen, CDU und Grüne in Baden-Württemberg sollten sich schnell einig werden, welche Linie sie im Bundesrat vertreten werden. Obwohl sich CDU und Grüne im Koalitionsvertrag grundsätzlich auf die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten verständigt haben, waren Sie, Herr Innenminister Strobl, vielleicht etwas vorschnell, als Sie sagten – Zitat –, dass die württembergischen „Grünen da eine rühmliche Ausnahme“ seien

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Und die badischen?)

im Gegensatz zu den anderen Grünen in Deutschland. Herr Innenminister, Sie versprochen, dass der Gesetzentwurf der

Bundesregierung zur Einstufung nicht an Baden-Württemberg scheitern werde. Schauen wir mal. Wir sind gespannt.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden über das Konzept der sicheren Herkunftsländer, im konkreten Fall die Ausweitung auf die Maghreb-Staaten und das Land Georgien. Eine Entscheidung steht bevor.

Da möchte ich mich gern einmal direkt an die Grünen wenden. Ich muss Ihnen gestehen: Ich verstehe das nicht. Ich verstehe schlicht und einfach nicht, dass Sie hier der AfD ein Stück weit die Tür zum Erfolg aufmachen, indem Sie die Politik an einem Punkt unverständlich machen, der den Leuten wichtig ist. Der mag Ihnen nicht so wichtig sein, aber den Leuten ist er wichtig, und sie verstehen es nicht. Sie hindern uns, diese Sache vernünftig zu lösen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es ist einiges über das Konzept gesagt worden. Da brauche ich nicht alles zu wiederholen. Das Verfahren ist doch im Grunde genommen schlüssig und plausibel: Wenn es Länder gibt, bei denen die Anerkennungsquote äußerst gering ist, weil fast keine Anerkennung gegeben ist, dann kann man natürlich auf ein Verfahren umschalten, das verkürzt wird, wenn jemand nicht ausnahmsweise Gründe vorbringt, die für Verfolgung sprechen. Das ist doch eigentlich völlig klar.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Klassische Beweislastumkehr!)

Herr Kollege Lede Abal, das hat übrigens mit dem, was Sie angesprochen haben, streng genommen gar nicht so viel zu tun. Wir können doch nicht in allen Ländern dieser Erde garantieren, dass keine Übergriffe stattfinden. Das ist doch klar. Aber wir können garantieren, dass jemand, wenn welche stattfinden, bei uns ein Asylverfahren bekommt. Das garantieren wir nach wie vor auch in solchen Fällen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Das ist gerade auch im Fall Georgien sehr plastisch dargestellt worden.

Deswegen verstehen die Leute nicht – dabei bleibe ich –, dass wir das nicht gebacken bekommen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wir wissen mittlerweile, dass über 70 % nicht verstehen, was wir da machen. Nur 17 % verstehen es. Jetzt können Sie natürlich sagen: Das sind unsere 17 %.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Es ist aber auf mittlere Sicht auch gewagt, alle anderen, die eine Lösung wollen, immer am langen Arm verhungern zu

(Dr. Ulrich Goll)

lassen, weil Sie sagen: „Jetzt machen wir etwas für unsere Klientel.“ Das macht Sie am Ende vielleicht auch nicht populärer, auch Sie nicht. Sie haben im Grunde genommen schon gemerkt, dass man dabei nicht nur populär wird. Deswegen läuft ja auch in Baden-Württemberg – ich drücke mich vorsichtig aus – ein besonderes Spiel. Ich sage mal: Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, genau!)

Herr Kretschmann darf voraussichtlich wieder zustimmen,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

weil über die Bundesebene der Erfolg ja sowieso verhindert wird. Am Schluss sind alle zufrieden, zumindest bei den Grünen und dort vielleicht sogar der Ministerpräsident; denn der mag das Konzept ja bekanntlich nicht. Deswegen hat er vor etwa zwei Jahren angekündigt, er werde es jetzt durch ein anderes Konzept ersetzen. Aber auf dieses andere Konzept – das werden Sie auch festgestellt haben – warten wir immer noch. Das ist natürlich auch nicht einfach; denn das ist ein von vielen Zwängen rechtlicher und tatsächlicher Art geprägtes Gelände. Da kann man nicht einfach so leicht etwas Neues erfinden und braucht es auch gar nicht, wenn man ein taugliches Instrument hat, das man zu wenig nutzt.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, der entscheidende Punkt ist: Wir müssen dafür sorgen, dass die Flüchtlingspolitik für die Leute in wesentlichen Zügen verständlich bleibt. Dazu müssen wir das Notwendige tun. Wir müssen zugeben, dass die Leute diese Politik an manchen Stellen nicht verstehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Für eine Kostprobe können Sie eigentlich die nächstbeste Zeitung aufschlagen.

(Der Redner hält einen Zeitungsausschnitt hoch.)

Das ist die Zeitung von heute. Es ist ein Auszug aus einem Bericht:

*Im Sommer nach Italien abgeschoben, kurz vor Weihnachten wieder eingereist: Jetzt soll der Asylbewerber Alassa M., im vergangenen Jahr Organisator einer Flüchtlingsdemo in Ellwangen, erneut Deutschland verlassen. Das Bundesamt für Migration ... habe die Bearbeitung des Asylantrags ... abgelehnt, bestätigte sein Rechtsanwalt ... Seine Kanzlei habe ... gegen die „ungewöhnliche Eilentscheidung“ ... Klage beim Verwaltungsgericht in Karlsruhe eingereicht. In der dortigen Erstaufnahmeeinrichtung ... wohnt der Mann seit seiner Wiedereinreise.*

Ich muss dazusagen: Ich sage nichts gegen die Kanzlei.

*Es ist nicht der einzige Rechtsstreit, in dem die Gelsenkirchener Kanzlei Alassa M. vertritt.*

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Und was hat das jetzt mit sicheren Herkunftsländern zu tun?)

Letzter Absatz:

*Derweil zweifelt ...*

– der Rechtsanwalt –

*auch an der Rechtmäßigkeit der Razzia. In Stuttgart reichte er eine Klage gegen das Land ein. Nach Ansicht des Rechtsanwalts wird vor Gericht zu klären sein, ob eine von Flüchtlingen bewohnte Gemeinschaftsunterkunft anders als eine Privatwohnung von der Polizei ... durchsucht werden darf.*

Ob die überhaupt durchsucht werden darf! Jetzt frage ich Sie: Wie weit müssen Sie in Stuttgart laufen, um einen zu finden, der das versteht? Sie werden sehr weit laufen müssen. Da sind die Menschen doch irritiert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wir können gegensteuern, wenn wir dort, wo wir handeln können, überzeugend handeln. Das Konzept der sicheren Herkunftsländer ist insbesondere bei diesen vier neuen Staaten ein überzeugender Schritt. Es wäre wirklich schade, wenn wir ihn nicht gemeinsam gehen könnten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Strobl das Wort.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD auf der Bundesebene sieht vor, dass zum Zwecke der Verfahrensbeschleunigung Algerien, Marokko und Tunesien sowie weitere Staaten mit einer regelmäßigen Anerkennungsquote von unter 5 % zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt werden.

Die Landesregierung wird sich, wie bei anderen Verfahren auch, im Laufe des Bundesratsabstimmungsprozesses positionieren, also spätestens bis zum 15. Februar.

An die AfD kann ich schon mal einen exklusiven Hinweis geben: Ein Blick in den Koalitionsvertrag lohnt sich.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wo? In die Geheimabreden? – Abg. Anton Baron AfD: Schauen Sie mal das Interview mit Kretschmann im SWR!)

Dort steht nämlich, dass die grün-schwarze Koalition die Einstufung der Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten unterstützen wird, wenn die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! – Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, betrachten wir doch gern auch die weiteren Grundlagen für die folgende Entscheidungsfindung. Nehmen wir zu Beginn die Anerkennungsquote von Asylantragstellern aus den vier Staaten. Diese lag bundesweit im Jahr 2018 zwischen 0,3 % – Georgien – und 2,4 % – Marokko – und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren nahezu unverändert niedrig. Der Kollege Blenke hat darauf bereits hingewiesen.

Ich möchte ergänzen: In Baden-Württemberg sind die Zahlen für das Jahr 2018 noch deutlicher. Die Anerkennungsquote für

(Minister Thomas Strobl)

maghrebinische Asylantragsteller lag zwischen 0 % – 0 %! – bei Marokko und 1 % bei Tunesien.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hört, hört!)

Wer behauptet, dass in diesen Ländern schutzrelevante Verfolgung stattfindet, der unterstellt gleichsam, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Lage völlig kennt. Wenn das so wäre, darf man doch meinen, dass dieser Irrtum spätestens den Gerichten aufgefallen wäre. Denn der Rechtsweg ist ja gegenüber jeder Entscheidung voll eröffnet. Nein, es ist nun einmal so, dass fast alle aus diesen Ländern, die hier um Schutz nachsuchen, keine rechtlich relevanten Gründe geltend machen können, diesen Schutz auch zu erhalten.

Für die sehr wenigen Verfolgten aus diesen Ländern, die tatsächlich schutzberechtigt sind, ist der Weg für eine Anerkennung ja auch später, bei einer Erklärung zu sicheren Herkunftsländern, nach wie vor offen. Denn es ist ja keinesfalls so, dass die Erklärung zum sicheren Herkunftsland automatisch dazu führen würde, dass ein Asylantrag aus einem solchen Staat ohne jegliche Prüfung abgelehnt würde. Jeder Antrag wird weiterhin – es ist mir sehr wichtig, das zu betonen – individuell geprüft.

(Beifall der Abg. Thomas Blenke und Andreas Deuschle CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Nein. – Das gilt sowohl für die Prüfung durch das BAMF, selbstverständlich aber auch bei einer eventuellen gerichtlichen Überprüfung – also ein individuelles Verwaltungsverfahren und ein individuelles Gerichtsverfahren in jedem einzelnen Fall.

Die Verfahren werden zwar beschleunigt, und der Aufenthalt kann gegebenenfalls schneller beendet werden, aber es gibt weiterhin ein individuelles Verfahren, in dem die individuellen Asylgründe dargelegt werden können.

Trotzdem war es der Landesregierung wichtig, dass die vulnerablen Gruppen auch weiterhin besonders behandelt werden. Nicht zuletzt wurde das auch auf Drängen Baden-Württembergs hin in einer Protokollerklärung bei der Abstimmung am 10. März 2017 im Bundesrat so hinterlegt. Inzwischen steht das auch im Gesetzestext. In § 24 Absatz 1 b des Asylgesetzes heißt es:

*Das Bundesamt gewährt Ausländern aus sicheren Herkunftsstaaten ..., die besondere Verfahrensgarantien im Sinne von Artikel 2 Buchstabe d der Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes ... benötigen, vor der Anhörung ... grundsätzlich Zugang zu einer speziellen Rechtsberatung.*

Das ist nunmehr im Gesetzestext so verankert.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat jetzt das im Gesetzentwurf zur Einstufung der vier Staaten angekündigte Konzept „Spezielle Rechtsberatung im Asylverfahren für be-

sondere vulnerable Fluchtgruppen aus sicheren Herkunftsstaaten“ im Entwurf vorgelegt. Dieses werden wir nun eingehend prüfen. – So viel heute.

Mit der Implementierung spezieller Rechtsberatung wird nicht zuletzt auch den europarechtlichen Vorgaben voll und ganz entsprochen. Wird nämlich festgestellt, dass ein Antragsteller besondere Verfahrensgarantien benötigt, dann bestimmt die Asylverfahrensrichtlinie, dass dem Asylbewerber die erforderliche Unterstützung auch gewährt wird.

Nach einem ersten Blick auf das Konzept können wir davon ausgehen, dass die besonderen Bedürfnisse sensibler Personengruppen – wie etwa Opfer von Gewalt, Homosexuelle, unbegleitete minderjährige Ausländer oder behinderte Personen – ausreichend berücksichtigt und gewährleistet werden. Ihnen wird aufgezeigt, welche Verfahrensgarantien in ihrem individuellen Fall gegeben sind. Ihnen wird verdeutlicht, inwieweit das BAMF besondere Bedürfnisse berücksichtigen kann und welche Ansprüche die Schutz suchende Person auf welche Art und Weise geltend machen kann.

Das Konzept sieht auch für einzelne Schutzgruppen besondere Schutzkonzepte vor. Ich meine, damit befinden wir uns auf einem richtigen und guten Weg.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Nein. – Bedenken Sie außerdem die weitreichenden Folgen. Die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat hat eine messbare Wirkung. Das haben wir bereits bei den Westbalkanstaaten festgestellt. Darauf hat Herr Kollege Blenke ebenfalls hingewiesen.

Wenn klar ist, dass Asylanträge nur eine sehr geringe Aussicht auf Erfolg haben, ersparen wir auch vielen Menschen in den Herkunftsländern eine Illusion,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau so ist es!)

nämlich die Illusion, sie könnten auch mit den beträchtlichen finanziellen Aufwendungen und dem immensen Risiko einer Flucht eine Perspektive bekommen, ihren Lebensunterhalt in Deutschland zu verdienen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]) – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren – das ist mir persönlich wirklich ein besonderes Anliegen –, wir entziehen damit – auch das hat der Westbalkan klar gezeigt – der international tätigen Schlepperkriminalität den Boden und die Grundlage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Menschen müssen sich dann auch nicht auf eine lebensgefährliche Reise machen, die am Ende im Nirwana endet. Die Zahl der im Mittelmeer ertrunkenen Migranten ist zwar 2018 zurückgegangen, aber es ist noch immer eine vierstellige Zahl von Menschen, die im vergangenen Jahr ihr Leben im Mittel-



(Minister Thomas Strobl)

meer lassen mussten, und das ist eine vierstellige Zahl von Menschen zu viel, die dort ertrunken sind.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Gerade auch vor diesem Hintergrund ist es aus meiner Sicht zutiefst bedauerlich, dass bisher kein politischer Konsens in der Bundesrepublik Deutschland, auch zwischen Bundestag und Bundesrat, hergestellt werden konnte, nach dem den Westbalkanstaaten folgend weitere Staaten mit einer sehr geringen Gesamtschutzquote zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden.

Am guten Willen Baden-Württembergs hat es in der Vergangenheit im Übrigen nicht gefehlt

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit Hessen?)

und – das füge ich hinzu – wird es auch in Zukunft nicht fehlen.

Herr Kollege Dr. Goll, es ist auch nicht so, dass es immer nach dem Motto „Baden-Württemberg stimmt zu in Kenntnis der Tatsache, dass das Gesetz nicht zustande kommt“ gemacht worden ist, sondern bei den Westbalkanstaaten war es gerade die Zustimmung aus Baden-Württemberg, die das Gesetz letztlich in Kraft gesetzt hat.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit Hessen?)

Geben wir also die Hoffnung nicht auf. Ich setze auch auf unseren Partner und darauf, dass sein Werben bei anderen Bundesländern Erfolg haben wird.

Schauen wir uns noch einmal die erwähnten Westbalkanstaaten an. Dort hat sich das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten bewährt. Der Zugang von Asylsuchenden ohne Schutzgründe aus dem Westbalkan hat sich insbesondere nach der Erweiterung auf Albanien, die Republik Kosovo und Montenegro im Oktober 2015 signifikant verringert. Die Zahl der freiwilligen Ausreisen hat stark zugenommen.

Selbstverständlich, Herr Kollege Hinderer, ist es richtig, dass wir ein rundes Konzept erst bekommen, wenn es entsprechende Rücknahmeabkommen mit den Staaten gibt. Dass allerdings der Bundesaußenminister sich einen so schlanken Fuß macht

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, ja, ja!)

und sagt, mit diesen internationalen Verhandlungen habe er gar nichts zu tun, finde ich vonseiten der SPD etwas dürftig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Er ist nicht zuständig!)

Ich finde, das Auswärtige Amt darf hier durchaus etwas in die Gänge kommen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage ...

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Nein, ich würde gern –

**Präsidentin Muhterem Aras:** ... des Herrn Abg. Katzenstein zu?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Der Kollege Katzenstein? Bitte schön.

(Heiterkeit – Abg. Anton Baron AfD: Den würde ich auch mal sprechen lassen, Herr Strobl!)

**Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE:** Vielen Dank, Herr Minister. – Sie haben vorhin aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zitiert. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, lautet dort die Formulierung, dass die Asylbewerber vor der Anhörung in die Möglichkeit haben, diese spezielle Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen. Beinhaltet das im Umkehrschluss, dass dann während des Verfahrens diese spezielle Rechtsberatung ausgeschlossen ist?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Nein.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ist gut! – Abg. Thomas Blenke CDU: Man muss nicht jede Frage verstehen! – Abg. Klaus Dürr AfD: Das hat jetzt niemand verstanden! – Abg. Anton Baron AfD: Das hat niemand verstanden, Herr Strobl!)

Mit der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten können die Asylverfahren insbesondere beschleunigt werden. Das ist – darauf hat Herr Kollege Dr. Goll zu Recht hingewiesen – auch das, was die Bevölkerung von uns erwartet. Das ist im Übrigen auch ein wichtiges Signal in die Herkunftsstaaten. Ich betone noch einmal: Mit diesem Signal entziehen wir insbesondere den Schlepperorganisationen die Geschäftsgrundlage.

Flüchtlingsschutz umfasst nicht die Flucht aus wirtschaftlichen Gründen. Wer ein besseres Leben sucht, ohne in seiner Existenz etwa an Leib und Leben bedroht zu sein, ohne politisch verfolgt zu sein, der kann auch keine Asylgründe für sich in Anspruch nehmen.

Das sind wir übrigens den wirklich politisch oder durch Bürgerkrieg Verfolgten schuldig, dass wir das nicht durcheinanderbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP)

Wir müssen deshalb unterscheiden: Wer tatsächlich humanitär schutzbedürftig ist, der muss und wird in Deutschland adäquaten Schutz erhalten. Wer aus rein wirtschaftlichen oder anderen Gründen einreisen will, kann das nur im Rahmen der allgemeinen aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen tun und nicht unter dem Vorwand einer angeblichen Verfolgung. Das ist beispielsweise auch eine Aufgabe der Zuwanderungsgesetzgebung des Bundes, die ja in Arbeit ist.

Schlussbemerkung: Das Recht auf Asyl, die Schutzgewährung für Flüchtlinge ist eine humanitäre Verantwortung, der wir selbstverständlich vollumfänglich nachkommen. Darüber gibt es Einigkeit in diesem Haus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Fakt ist aber auch, dass wir nicht alle Menschen in unser Land aufnehmen können. Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck hat das auf die kurze Formel gebracht:

*Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich.*

(Minister Thomas Strobl)

Auch das ist Teil der Wahrheit, die gesagt werden und die Leitlinie unseres Handelns sein muss.

Ich rechne es unserem baden-württembergischen Ministerpräsidenten hoch an, dass er entgegen dem Credo seiner Parteikollegen aus anderen Ländern und insbesondere aus der Bundespartei der Grünen das Instrument der sicheren Herkunftsstaaten nicht verwirft, sondern konstruktiv angeht.

Unter Zugrundelegung des Schutzkonzepts des BAMF können wir guten Gewissens davon ausgehen, dass besonders Schutzbedürftige nicht alleingelassen werden. Zugleich können wir darauf setzen, dass die Einstufung der genannten Staaten als sichere Herkunftsstaaten verfahrensbeschleunigend wirkt. Schutz für diejenigen, die des Schutzes bedürfen, zügige Verfahren für alle Beteiligten und ein klares Signal an die Schlepperkriminalität: „Eure Geschäftsgrundlage in Nordafrika entfällt“, das alles sind Punkte, die ich sehr begrüße.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat noch einmal Herr Abg. Rottmann für die AfD das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Zum Thema, bitte!)

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Hinderer, wenn Sie meinen, ich wollte hier nur unterhalten, dann haben Sie nicht richtig zugehört. Ich nehme gern einmal eine andere Sichtweise und einen anderen Standpunkt ein, um die Dinge zu beschreiben oder zu benennen, weil ich die Hoffnung habe, dass der eine oder andere damit vielleicht mehr versteht, über welche Probleme wir hier reden.

Herr Minister Strobl, ich möchte Ihnen für Ihre klaren Worte sehr herzlich danken. Ich nehme es Ihnen durchaus ab, dass Sie es bei diesem Thema sehr ernst meinen und um Lösungen bemüht sind. Ich verstehe allerdings nicht, wie Sie es dann in dieser grün-schwarzen Koalition aushalten.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Rottmann, Ihre Redezeit ist schon eine Weile abgelaufen.

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Ich bin gleich fertig; zwei Sätze noch.

(Zurufe)

Die Frage ist: Wird der Ministerpräsident und werden wir Abgeordneten im Interesse des Landes Baden-Württemberg handeln oder nur Parteipolitik betreiben?

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Satz 1!)

Diese Frage muss sich jeder von uns stellen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Satz 2!)

Und ich tue es. – Satz drei.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die Grünen spricht jetzt Herr Abg. Lede Abal.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Goll, nachdem Sie mich so nett angesprochen haben, will ich das gern erwidern. Das Verbindliche, das Sie hier so ausstrahlen, stimmt insofern nicht mit der Realität überein, als Sie suggerieren, dass dieser Vorschlag eine Lösung bringe, die er ganz offensichtlich nicht bringen wird. Das hat z. B. in ähnlicher Form auch der Kollege Hinderer von der SPD ausgeführt, der sich im Übrigen ja hinter den Vorschlag gestellt hat.

Wenn wir schauen, wo eigentlich die elementaren und wirklich großen Probleme im Asylverfahren und in der Frage der Beschleunigung liegen, stoßen wir zuallererst auf das Bundesamt und vor allem auf die eigenartige Personalpolitik, die dort über Jahre hinweg betrieben worden ist. Zuerst wurde nämlich überhaupt nicht eingestellt, dann wurde die Mitarbeiterzahl schlagartig vervielfacht, und bevor alle eingestellt waren, wurden schon die Ersten wieder entlassen. Das schafft Probleme in einer Behörde. Wenn dann noch McKinsey durchs Haus geht und organisatorische Umstrukturierungen stattfinden, wenn gerade in der Zeit der allerhöchsten Belastungen – im Herbst 2015, Anfang 2016 – das ganze Haus umstrukturiert wird, dann sieht man, wo eigentlich im Kern die Probleme des Bundesamts liegen.

Das Thema Rücknahmeabkommen haben wir hier schon mehrfach angesprochen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Also sagen Sie ganz konkret, Sie wollen keine sicheren Herkunftsländer bestimmen! – Abg. Stefan Herre AfD: Bravo!)

Ich möchte auch ein bisschen den Kollegen Blenke korrigieren. Die sinkende Zahl der Antragsteller aus dem Westbalkan – Sie haben es am Beispiel des Kosovo vorexerziert – ist auch von einer ganzen Reihe anderer Maßnahmen begleitet worden, z. B. einer Aufklärungskampagne in den Westbalkanstaaten über Asylrecht und andere Migrationsmöglichkeiten, über eine Einwanderungsmöglichkeit im Balkankorridor für Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Das ist schon ein ganzes Bündel von Maßnahmen gewesen. Die sinkenden Antragszahlen würde ich jetzt nicht allein darauf zurückführen.

Für meine Fraktion ist das zentrale Anliegen, dass Schutzbedürftige in Deutschland und Europa tatsächlich Aufnahme und Schutz finden. Ich unterstelle das auch drei anderen Fraktionen hier im Haus.

Die Fraktion, die dann noch übrigbleibt, führt zwar gern öffentlich einen Feldzug gegen das Asylrecht, beschäftigt sich aber eigentlich am liebsten sowieso mit sich selbst und diskutiert gerade darüber,

(Abg. Emil Sänze AfD: Das hat die Öffentlichkeit schon gemacht! Das brauchen wir gar nicht!)

(Daniel Andreas Lede Abal)

wer wen in der eigenen Partei verfolgt. So sieht doch eigentlich die Realität aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Lede Abal – –

**Abg. Daniel Andreas Lede Abal** GRÜNE: Ich würde gern meine Punkte zu Ende ausführen.

(Zurufe von der AfD)

Es gibt auch keinen Grund, hier Vorwürfe in Richtung der Landesregierung zu machen. Ich glaube, Herr Strobl hat auch klargestellt, dass das keine Scheinpositionierung war, sondern dass es auch mit baden-württembergischer Stimme zu effektiven Rechtsänderungen gekommen ist.

Ich möchte hier schon noch einmal darüber sprechen, dass es uns um einen effektiven Schutz geht. Die Anerkennungsquote ist in Bezug auf viele Herkunftsländer zwar relativ gering, aber sie ist quasi nie null. Das gilt auch für die sogenannten sicheren Herkunftsländer. Es gibt in diesen Ländern eben Personen, die gefährdet sind und besonders gefährdet sind

(Zurufe von der AfD, u. a.: Die gibt es in Deutschland auch!)

und bei denen auch tatsächlich ein berechtigter Asylanspruch besteht bzw. bestehen kann.

(Abg. Stefan Herre AfD: Hören Sie doch auf!)

Zu diesen vulnerablen Gruppen gehören beispielsweise Journalistinnen und Journalisten, Homosexuelle, Transgender oder auch religiöse Minderheiten und Konvertierte. Deshalb braucht es ein Verfahren, das Garantien gibt und auch einen effektiven Schutz für diese Personen anbietet. Dann ist für uns schon die Frage: Ist dieses Verfahren in der Praxis umsetzbar, ist es verbindlich,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt reden Sie nicht drum herum! Sagen Sie den entscheidenden Satz!)

und – das ist der zentrale Punkt – entfaltet es die Schutzwirkung für die besonders vulnerablen Gruppen, damit die Schutzbedürftigen nicht durch das Raster fallen?

Deshalb unterstützen wir die Ankündigung der Landesregierung, diesen Entwurf zu prüfen. In diesem Stadium ist die Landesregierung. Das hat auch der Innenminister gerade bestätigt.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Deshalb ist die Frage eigentlich beantwortet, Herr Zimmermann.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Manuel Hagel CDU – Zuruf von der AfD: „Eigentlich“! „Eigentlich“!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Schweickert, ich hatte gefragt. Herr Abg. Lede Abal hat gesagt, er wolle gerade keine Zwischenfrage zulassen.

(Zuruf)

– Ja, tut mir leid. Dann muss ich ein bisschen lauter sprechen. Ich hatte ihn aber gefragt, und er wollte nicht.

Wünscht die CDU noch das Wort?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja! – Abg. Anton Baron AfD: Herr Zimmermann!)

– Dann Herr Abg. Blenke, bitte.

(Abg. Stefan Herre AfD: Jetzt können Sie mal was sagen, was passt!)

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Das habe ich die ganze Zeit schon gemacht.

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz eingehen auf das, was Sie, Kollege Hinderer, vorhin sagten. Alles richtig – auch mit den Problemen bei der Rückführung. Das ist klar.

Aber was bei der Erklärung zu den sicheren Herkunftsländern auch noch eine Rolle spielt, ist – der Minister hat es ausgeführt; ich habe vorhin auch versucht, es am Beispiel Kosovo darzustellen –: Es nimmt den Anreiz, überhaupt erst zu kommen. Das sehen wir an den drastisch gesunkenen Zugangszahlen. Ob die jetzt alle darauf zurückzuführen sind, Kollege Lede Abal, oder auf andere Ursachen, das mag dahinstehen. Aber es ist sichtbar, dass die Anreize, hierherzukommen, dadurch deutlich absinken. Deswegen ist das ein wirkungsvolles Instrument, auch wenn das von manchen bestritten wird. Es ist ein wirkungsvolles Instrument; sonst brauchte man es in der Tat nicht anzuwenden.

Ich möchte jetzt einfach noch einmal um Zustimmung im Bundesrat werben. Wir haben vereinbart: Wenn verfassungsrechtliche Hürden bestehen, wäre das ein Hemmnis.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich sehe keine verfassungsrechtlichen Hürden, auch nicht darin, dass im BAMF nicht alles so läuft, wie es laufen sollte, oder in anderem.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Daher noch einmal der dringende Appell: Wir werben um Zustimmung.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann hat Herr Abg. Hinderer für die SPD noch einmal das Wort.

**Abg. Rainer Hinderer** SPD: Frau Präsidentin! Herr Kollege Blenke, vielen Dank für die ergänzenden Ausführungen. Aber vielleicht sei der Hinweis erlaubt, dass von 174 000 Menschen, die im Zeitraum Januar bis Ende November 2018 einen Asylantrag gestellt haben, 3 400 aus den Maghreb-Staaten und 4 000 aus Georgien kamen – auch ohne die Deklaration als sichere Herkunftsstaaten. Schon jetzt kommen also nur 4 % aller Asylanträge aus diesen Ländern. Die Zahl ist also schon jetzt sehr gering.

(Rainer Hinderer)

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Stimmt! – Zurufe der Abg. Thomas Blenke und Karl Zimmermann CDU)

Herr Innenminister, ich glaube, es ist unstrittig, dass der Innenminister des Bundes die Federführung hat, was die Rückführungsabkommen angeht. Vor allem ist er es gewesen, der das Ganze groß angekündigt hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben!)

Insofern steht er jetzt auch in der Pflicht. Da muss man den Ball jetzt nicht in ein anderes Spielfeld legen. Er soll sich nicht mit Abschiebehaftfragen beschäftigen,

(Minister Thomas Strobl: Doch!)

sondern jetzt einmal zu Rückführungsabkommen kommen.

Ansonsten, Herr Innenminister, sagen wir schon: Ihre Argumentation war an dieser Stelle sehr sauber und aus unserer Sicht verfassungsrechtlich auch schlüssig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Frage, die auch Kollege Zimmermann gestellt hat und die offen bleibt – auch Herr Lede Abal hat sie offen gelassen –: Herr Innenminister, haben Sie für die ganze Landesregierung gesprochen, haben Sie für Ihr Haus gesprochen, haben Sie für die CDU-Fraktion – für sie haben Sie kein Mandat – gesprochen?

(Zuruf des Abg. Stefan Herre AfD)

Zumindest der Beifall nach Ihrer Rede war ziemlich einseitig. Ich glaube, es besteht noch Klärungsbedarf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Möchte die FDP/DVP ihre Redezeit noch nutzen? – Dann rufe ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner auf.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Ein sicheres Herkunftsland ist ein Land, in dem es ein demokratisches System gibt sowie generell durchgängig keine Verfolgung, keine Folter, keine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung, keine Androhung von Gewalt, keinen bewaffneten Konflikt.

Glaubt man dem grünen Oberbürgermeister von Tübingen, dürfte Berlin, wenn es ein Land wäre, schon nicht mehr unter diese Kriterien fallen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Angesichts der zunehmenden „Messerei“ und jüdenfeindlicher Attacken muss man das wohl auch schon auf ganz Deutschland ausweiten.

(Beifall der Abg. Carola Wolle AfD – Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Doch wozu dient die Einstufung als sicheres Herkunftsland? Durch die Einstufung wird das Asylsystem effizienter gestaltet, Missbrauch vorgebeugt. Vor allem stehen dadurch größere Ressourcen für den Schutz der Menschen zur Verfügung, die ihn wirklich benötigen.

Die Grünen behaupten jedoch, dass dies und die geringe Zahl der Flüchtlinge aus diesen Ländern ein Grund wären, die Einstufung abzulehnen. Liebe Grüne, Sie schaden damit Ihrer eigenen Willkommenspolitik und dem Glauben an unser Asylsystem.

Rund 5 % aller Asylanträge im Jahr 2018 wurden von Menschen aus diesen vier Ländern gestellt, wie wir schon gehört haben. Wer das als gering empfindet, sieht nicht, welche Belastung die unzähligen Asylverfahren über mehrere Instanzen für die Behörden und Gerichte darstellen. Von den 5 % werden gerade einmal – wir haben es gehört – 0,3 bis 2,3 % aufgenommen. Das muss natürlich eine weitere Frage in den Raum werfen, nämlich die der Prozesskostenhilfe, die wir auch sehr, sehr kritisch beleuchten müssen.

Bei diesen geringen Erfolgsaussichten darf es nicht sein, dass dieser Herr, von dem der Kollege Goll von der FDP/DVP berichtet hat, Anwälte auf Kosten des Steuerzahlers in Anspruch nimmt – bei praktisch keiner Aussicht auf Erfolg. Ein Deutscher würde das nicht bekommen.

Die Einstufung als sicheres Herkunftsland hindert einen Asylsuchenden übrigens gar nicht daran, einen Asylantrag zu stellen. Er muss dies nur spezifisch begründen, was in manchen Fällen kein Problem darstellen dürfte.

Übrigens rettet eine Einstufung auch Dutzende Menschenleben. Der Innenminister hat das gerade sehr eindrucksvoll geschildert. Sie verhindert nämlich, dass sich Tausende Menschen umsonst auf eine lebensgefährliche Flucht begeben.

Der Ministerpräsident ist für mich zuweilen ein vorbildlicher Politiker, da er nicht immer ideologisch handelt und sich auch oft bürgernah gibt – ein richtiger Schwabe halt. Ich hoffe, er schließt sich dem Beschluss des Bundestags an und kann auch seine Parteikollegen zur Vernunft bewegen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt hat Herr Abg. Dr. Gedeon das Wort.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die heutige Diskussion ist für mich ein großes Ablenkungsmanöver.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das Ablenkungsmanöver kam von der AfD!)

Man hat Millionen Leute ins Land geholt und die Deutschen damit beruhigt, es würden schon genügend abgeschoben. Es wird de facto nicht abgeschoben; es ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, was hier geschieht. Die Diskussion über die Herkunftsländer, die quantitativ überhaupt keine Rolle spielen, verstärkt das nur. Unser Problem sind doch die 100 000 Afghanen, die hier sind, die 350 000 Iraker und die 500 000 Syrer.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Und ein Gedeon!)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Die syrische und die irakische Regierung bitten händeringend darum, dass wir ihnen die Leute zurückschicken. Sie brauchen sie zum Aufbau. Sogar ihre Frauen brauchen sie wieder, haben sie gesagt.

(Lachen des Abg. Reinhold Gall SPD)

Sie haben eine generelle Amnestie versprochen – sowohl im Irak als auch in Syrien.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Jetzt fragen Sie: Afghanistan, was ist damit? Meine Damen und Herren, wenn deutsche Truppen in Afghanistan kämpfen und deutsche Soldaten den Kopf hinhalten, dann ist es legitim, zu erwarten, dass junge Afghanen nicht in Berlin spazieren gehen, sondern auch mit in Afghanistan kämpfen.

(Beifall der Abg. Emil Sänze und Dr. Rainer Balzer  
AfD – Abg. Emil Sänze AfD: Da hat er recht!)

Wir können guten Gewissens diese 950 000 Leute in ihre Herkunftsländer schicken. Warum wird das nicht getan? Warum wird de facto überhaupt nicht abgeschoben? Weil nicht der Wille da ist, weil die grüne Ideologie obherrscht und weil die EU das Ganze dirigiert. Wir müssen uns bewusst machen: Die EU hat die Regie in der Zuwanderungspolitik.

Warum sind die Briten ausgetreten, oder warum wollen sie austreten? Warum haben sie für den Brexit gestimmt? Zu 90 % wegen der Zuwanderungsfrage.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Das ist das Problem: die EU. Solange wir diese EU haben, meine Damen und Herren, wird sich an der Zuwanderungs-, insbesondere an der Abschiebungspolitik nichts ändern.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Migrationspakt!)

Deswegen müssen wir da ansetzen. Deswegen meine zentrale Forderung: Weg mit der EU! „Dexit“!

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir schließen damit Punkt 2 der Tagesordnung ab.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

### **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung des Qualitätskonzepts für die öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg – Drucksache 16/5422**

Das Wort zur Begründung hat Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir legen heute den Grundstein für die Neuaustrichtung der Unterstützungssysteme im Bildungssystem Baden-Württemberg. Der Gesetzentwurf, über den wir heute erstmals beraten, ist das Ergebnis – das wissen Sie; wir haben in vielen Teilen und in vielen Gremien darüber ja auch diskutiert – eines Prozesses, der vor gut eineinhalb Jahren unter Begleitung vieler Expertinnen und Experten, Praktikerinnen und Praktiker aus der Schule und eines hochrangigen wissen-

schaftlichen Beirats, die alle diesen Prozess unterstützt haben, begonnen hat.

Die Gründe, warum wir uns diesbezüglich auf den Weg gemacht haben, sind – auch das wissen Sie – die Ergebnisse der letzten Bildungsstudien, Vergleichsstudien, vor allem im nationalen Bereich, die deutlich gemacht haben, dass wir hinsichtlich der Qualität in Baden-Württemberg Handlungsbedarf haben.

Wir haben in einigen Bereichen Schülerinnen und Schüler, die nicht den deutschlandweiten Mindeststandard erreichen. Im Hinblick auf gesellschaftliche Teilhabe und auf ein selbstbestimmtes Leben, im Hinblick darauf, dass die jungen Menschen schließlich in der Lage sein müssen, den Weg zu wählen, den sie wollen – entsprechend ihren Neigungen, Begabungen und Interessen –, kann uns das mit Sicherheit nicht zufriedenstellen. Deshalb ist der Handlungsbedarf auch deutlich erkennbar.

Wir müssen wohl auch einräumen, dass wir, wenn wir uns die Ergebnisse – beginnend vor zweieinhalb Jahren – der Vergleichsstudien in Erinnerung rufen, allesamt überrascht waren. Es waren aber auch diejenigen überrascht, die im Schulsystem aktiv teilhabend arbeiten. Deshalb ist, glaube ich, bezogen auf alle, die Aussage „Unser Frühwarnsystem hat versagt“ sicher nicht falsch.

Es ist nicht hinnehmbar, dass alle Ebenen einer Kultusverwaltung – das will ich ausdrücklich sagen – und auch Bildungsfachleute von den Ergebnissen überrascht waren. Vielmehr muss klar sein: Wir müssen frühzeitig erkennen können, wo etwas nicht gut läuft, um im Sinne der Lehrerinnen und Lehrer, der Schulen, aber vor allem auch im Sinne der Kinder gegensteuern zu können, um die bestmögliche Ausbildung im Rahmen unseres Bildungssystems zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Deshalb ist die Entwicklung, die wir gesetzlich verankern wollen, im Grunde so zu überschreiben, dass wir eine Kultur des Hinschauens auf allen Ebenen entwickeln möchten, um frühzeitig zu erkennen, wo Verbesserungsbedarfe bestehen.

Die Diagnose ist das eine. Das andere ist die Frage, wie wir insgesamt damit umgehen können. Wir werden mit dem Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg, IBBW, künftig ein Institut haben, das strategisches Bildungsmonitoring für Baden-Württemberg aufbaut, um damit uns allen gemeinsam die Grundlage für eine systematische, datengestützte Qualitätsentwicklung auf allen Ebenen, vom Kultusministerium bis hin zur einzelnen Schule – da ist keine auszunehmen –, liefern zu können. Das ist, glaube ich, ganz entscheidend.

Darüber hinaus ist dann aber die Frage, wie wir mit den Erkenntnissen, die aus dieser datengestützten Analyse erfolgen, umgehen, um tatsächlich den Schulen, den einzelnen Standorten vor Ort helfen zu können, die Schul- und Unterrichtsqualität zu verbessern.

Dass wir dafür auch das Ausbildungs-, das Fortbildungs- und Unterstützungssystem insgesamt verbessern müssen, ist der zweite Teil der Erkenntnis. Wir wissen, dass wir viele unterschiedliche Zuständigkeiten haben, viele Ebenen. Zum Teil befasst man sich zweifach, dreifach, vierfach mit den gleichen

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Themen, und dies kann in keinem Bereich, auch nicht im Bildungsbereich, dazu führen, dass etwas besser wird; vielmehr leidet die Qualität insgesamt darunter.

Deshalb geht es darum, klare Zuständigkeiten und klare Verantwortlichkeiten zu definieren, um auch den Schulen, jedem einzelnen Schulstandort, deutlich zu machen: Wo ist derjenige, der mir bei meinem Problem, bei meinem Anliegen, bei meinem Wunsch helfen kann? Das ist auch die Rückmeldung von vielen Schulen, dass ihnen dies wünschenswert und sinnvoll erscheint. Deshalb müssen wir auch in diesem Bereich die Orientierungslosigkeit – sie ist ein Stück weit da – in eine zielgerichtete Unterstützung umwidmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wie notwendig dies ist, hat übrigens erst kürzlich eine aktuelle Studie zur Lehrerfortbildung – ein ganz zentrales Thema in diesem Rahmen –, die die Universität Tübingen im Auftrag der GEW durchgeführt hat, bestätigt.

Sie erinnern sich: Wir haben vor gut einem Jahr im Rahmen einer Onlinebefragung bei allen Lehrerinnen und Lehrern ein ähnliches Ergebnis bekommen. Deshalb haben uns die Ergebnisse nicht überrascht, sondern in dem bestätigt, was wir sehen, nämlich Handlungsbedarf, gerade auch im Bereich der Lehrerfortbildung.

Mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, ZSL, gehen wir genau diese Themen – ergänzend zum IBBW – künftig an. Das ZSL und seine sechs Regionalstellen in den unterschiedlichen Bereichen des Landes Baden-Württemberg werden durch den Aufbau eines kohärenten, wissenschaftsorientierten und auf Unterrichtsqualität fokussierten Ausbildungs-, Fortbildungs- und Beratungssystems künftig den Rahmen für optimale Unterstützungsstrukturen bilden.

Wie gesagt, wir schaffen damit klare Strukturen, klare Verantwortlichkeiten, bauen Doppelbefassungen ab und stellen – das war eine ganz zentrale, nachvollziehbare Forderung der Rektorinnen und Rektoren – eindeutige Ansprechpartner für unsere Schulen zur Verfügung.

Wir werden auch – dies ist aus meiner Sicht überfällig, und so lautet auch der Ratschlag der Expertinnen und Experten – die Lehrerausbildung und die Lehrerfortbildung systematisch miteinander verknüpfen und dadurch stärken.

Als wichtige und in dieser Art auch neue Dienstleistung für die Schulen wird deshalb bei jedem Hauptsitz einer Regionalstelle – sechs in Baden-Württemberg – eine Leitstelle für pädagogische Unterstützung eingerichtet werden, die als Kontaktstelle genau für die Anliegen jeder einzelnen Schule und jeder einzelnen Schulart dienen wird, die Anfragen und Unterstützungswünsche konkret bedient und damit den Schulen aktiv und ganz konkret helfen wird.

Jede Schule hat somit einen benannten Ansprechpartner für Ausbildung, Fortbildung und Beratung. Uns war es wichtig, die dezentralen Strukturen, die ein ländlich strukturiertes Flächenland wie Baden-Württemberg braucht, zu erhalten. Denn regionale Besonderheiten in unserem Bundesland – das ist auch eine Stärke unseres Bundeslands – müssen sich natürlich auch in einer Beratung konkret widerspiegeln. Deshalb

bin ich dankbar dafür, dass viele Fachleute, die in den einzelnen Bereichen heute schon tätig sind, in diesem Bereich auch bleiben und die Erfahrungen, die sie in der konkreten Beratung von Schulen vor Ort haben, in dieses neue System künftig aktiv einbringen werden.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir stärken auch die Zuständigkeiten der Schulaufsicht – der Staatlichen Schulämter und der Abteilungen 7 in den Regierungspräsidien –, wobei die Schulaufsicht im Sinne des Miteinanders verstanden wird, in dem Sinn, erster Ansprechpartner für Anliegen, für Sorgen, für Handlungsbedarfe in der Schule zu sein. Die Vertreter der Schulaufsicht sollen diejenigen sein, die aktiv in die Schulen gehen und mit den dort Verantwortlichen daran arbeiten, wie man Probleme angehen, wie man Probleme lösen kann. Das ist also keine Schulaufsicht im Sinne von Vorgabe und strikter Führung, sondern im Sinne eines konstruktiven Miteinanders, bei dem alle an einem Strang ziehen. Ich glaube, dass das gerade auch für die Staatlichen Schulämter und die Abteilungen 7 in den Regierungspräsidien eine ganz zentrale und wichtige Aufgabe ist, die sicherlich noch an Bedeutung zunimmt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Abschließend möchte ich sagen: Auch in den letzten einhalb Jahren ist durch viele Gespräche, durch viele Veranstaltungen, durch die Einbindung derer, die davon auch betroffen sind, deutlich geworden, dass es nicht darum geht, dass all das, was bisher war, schlecht war – wahrlich nicht. Aber die Zeiten haben sich verändert. Wir haben gesellschaftlich veränderte Entwicklungen, und den Schulen stellen sich heute noch einmal andere Herausforderungen als früher.

Die Aufgabe von uns, von der Verwaltung, unsere Schulen dabei unterstützen, wie wir uns auf konkrete Probleme, die sich verändert haben, ausrichten, um darauf auch konkrete Antworten zu geben – wissenschaftsbasiert, auch evaluiert mit einer hohen Verlässlichkeit –, ist etwas, was wir in Baden-Württemberg zu spät erkannt haben. Im Vergleich mit anderen Bundesländern, die diesen Weg schon früher gegangen sind und dementsprechend auch schon früher entsprechende Früchte ernten konnten, ist es nun notwendig, dass wir in diesem Bereich tatsächlich die Strukturen auf das hin anpassen, was wir vor Ort brauchen.

Ich habe mich sehr gefreut, dass es uns bei der Besetzung der Führungsposition im Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung gelungen ist, Herrn Dr. Riecke-Baulecke zu gewinnen. Das ist der Fachmann, der vor 15 Jahren begonnen hat, dieses System in Schleswig-Holstein aufzubauen; er wird nach Baden-Württemberg wechseln und künftig das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung leiten. Es wird uns eine große Hilfe sein, dass jemand mit dieser Erfahrung Lust hat, sich auf Baden-Württemberg einzulassen, und diesen Prozess spannend und interessant findet. Das wird uns sehr helfen.

Darüber hinaus wird die Führungsposition im Institut für Bildungsanalysen künftig mit Herrn Dr. Klein besetzt werden. Herrn Dr. Klein, der bisher Leiter des Landesinstituts für Schulentwicklung war, kennen Sie. Daran wird auch deutlich, dass es nicht darum geht, zu sagen: „Bisher war alles falsch, bisher haben alle Fehler gemacht.“ Vielmehr setzen wir auch

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

auf Kontinuität. Mit Herrn Dr. Klein haben wir einen Fachmann, der Baden-Württemberg gut kennt, der die handelnden Personen gut kennt.

Damit wird deutlich, dass wir dem Veränderungsprozess, der notwendig ist, den wir auch seitens der Verwaltung brauchen, um in den Schulen konkret Hilfestellung zu leisten, entsprechend Rechnung tragen. Das ist ja die zweite Säule. Mit dem Umbau der Verwaltung erzeuge ich zunächst einmal keine Qualität in den Schulen. Das ist klar. Aber die einzelnen Schulstandorte, die wir in ihrem Entwicklungsprozess fördern, brauchen Beratung und Unterstützung bei den Anliegen, die ausgehend von einer gesellschaftlichen Entwicklung da sind.

Deshalb glaube ich, dass wir auch mit diesen beiden Personen deutlich machen, dass wir sowohl auf Kontinuität als auch auf Weiterentwicklung setzen, dass wir Strukturen, Herangehensweisen verändern müssen, um die 4 500 Schulstandorte in Baden-Württemberg optimal beraten und begleiten zu können. Deshalb freue ich mich, dass wir diesen Prozess konkret auf den Weg gebracht haben.

Ich möchte mich ausdrücklich bei all denen bedanken, die diesen Prozess aktiv begleitet haben. Das waren sehr viele der am Schulleben Beteiligten. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Aber ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir diesen Weg in Baden-Württemberg jetzt auch konsequent und stringent beschreiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst spricht Frau Abg. Boser für die Grünen.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, der erst einmal ein bisschen trocken daherkommt, schaffen wir die Grundlage dafür, dass es in Baden-Württemberg zukünftig endlich auch ein systematisches Bildungsmonitoring gibt. Damit gehen wir auch die Fortbildung bei uns im Land qualitativ an und verbessern sie. In der Debatte über die Qualität in den Schulen in Baden-Württemberg, die wir in den letzten anderthalb Jahren mit diversen Praktikern, mit Experten aus der Wissenschaft geführt haben, wurden diese beiden Punkte immer als zentrale Elemente für die Weiterentwicklung an den Schulen in unserem Land genannt.

Die Einführung eines systematischen Bildungsmonitorings, um die Schulen bei ihrer Entwicklung zu unterstützen, und die qualitativen Verbesserungen bei den Fortbildungen: Beide Punkte werden mit der Einführung der beiden Qualitätsinstitute aufgegriffen. Wir gehen dabei einen Weg, der von Schleswig-Holstein bereits in den vergangenen Jahren beschritten worden ist. Dabei wurden seit der Einführung dieses Qualitätsinstituts den Ergebnissen der Vergleichende zufolge stetige Verbesserungen erzielt. Damit schließen wir uns an einen erfolgreichen Weg an, der in Deutschland bereits begangen wurde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das Institut für Bildungsanalysen, das wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einführen wollen, soll durch die systematische Aufarbeitung von meist bereits vorhandenen Daten die Möglichkeit der schulischen Entwicklung unterstützen. Für uns Grüne war wichtig, dass dabei nicht nur Daten verwendet werden, die beispielsweise aus Leistungsvergleichen oder aus den Lernständen stammen, sondern dass auch sozioökonomische Daten verwendet werden – das heißt, dass auch geschaut wird, in welchem sozialen Umfeld eine Schule liegt, welches soziale Milieu eine Schule hat – und dass man auch andere Lerninhalte berücksichtigt. Es geht also nicht allein um den Lernoutput, sondern auch darum, welches soziale Lernen bei den Kindern und Jugendlichen vorliegt und wie am Ende die Integration in den Arbeitsmarkt geglückt ist.

Das heißt, wir verwenden ein komplettes Bild der schulischen Daten, um zu schauen, welche Entwicklung die Schule vor Ort nehmen kann. Wichtig ist für uns dabei, dass die eigenverantwortliche Entwicklung der Schulen gestärkt wird. Es geht nicht darum – von oben gesteuert –, zu sagen, wie sich eine Schule entwickelt. Vielmehr geht es darum, dass die vorhandenen Daten dafür genutzt werden, die Eigenentwicklung der Schule zu unterstützen und Lehrerinnen und Lehrern bei der Schulentwicklung beiseitezustehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung legen wir einen stärkeren Fokus auf die Lehreraus- und -fortbildung. Schule und Lernen verändern sich stetig. Damit die Lehrerinnen und Lehrer auf neue Herausforderungen gut vorbereitet werden, braucht es entsprechend gute Fortbildungen.

Vonseiten der Lehrerinnen und Lehrer wurde gerade in der Diskussion um die Lehrerfortbildung und – die Frau Ministerin hat es angesprochen – auch in der Umfrage im vergangenen Jahr immer wieder angesprochen, dass Angebot und Nachfrage oftmals nicht zusammenpassen. Beispielsweise gab es im vergangenen Jahr eine große Nachfrage nach Lehrerfortbildungen. Diese können bei der Heterogenität aber überhaupt nicht in dieser Fülle angeboten werden. Das Land muss auf solche Entwicklungen schnell reagieren können. Wir brauchen dafür die guten Fortbildungen, die Lehrerinnen und Lehrer auf die Herausforderungen in Schule und Unterricht vorbereiten.

Schon bei der Begleitung durch die Universität Tübingen an Gemeinschaftsschulen wurde deutlich, wie wichtig es ist, dass die Lehrerinnen und Lehrer in einem Kollegium gut und einheitlich fortgebildet sind. Ein Manko, das bei uns in Baden-Württemberg immer wieder genannt wurde, ist, dass es in Lehrerkollegien oftmals zwar einzelne Lehrerinnen und Lehrer gibt, die gut fortgebildet sind, andere Lehrerinnen und Lehrer aber nicht diese Fortbildung genossen haben.

Das heißt, unser Ziel muss sein, dass wir bei der Lehrerfortbildung einen stärkeren Fokus auf das gesamte Lehrerkollegium legen, dass wir die Fortbildungen an Angebot und Nachfrage anpassen und dass die Fortbildungen gut zertifiziert sind, damit man von einer hohen Qualität ausgehen kann.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Natürlich bedeuten – das wird jetzt sicherlich auch von der Opposition gleich als ein Kritikpunkt genannt werden – die-

(Sandra Boser)

se beiden Institute noch nicht, dass die Qualität im Unterricht verbessert wird.

(Abg. Daniel Born SPD: Wir haben noch viel mehr Kritik! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die hören wir uns gern an!)

– Ich bin gespannt. – Die Qualität im Unterricht entscheidet sich natürlich nicht anhand dieser beiden Qualitätsinstitute, aber wir schaffen damit die Voraussetzungen, dass Lehrerinnen und Lehrer, dass die Schulen in unserem Land im Hinblick auf die Qualität bessere Unterstützung bekommen als bisher, dass sie eine bessere Beratung bei ihrer Schulentwicklung erhalten, dass sie im Bereich der Fortbildung besser unterstützt werden. Dann wird am Ende auch die Qualität im Unterricht verbessert werden. Das ist das Ziel, das mit dem vorliegenden Gesetzentwurf verfolgt wird.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich bin überzeugt: Wir gehen mit diesen beiden Qualitätsinstituten einen richtigen Weg. Für den Fall, dass jetzt eine entsprechende Kritik kommt, weise ich darauf hin: Dieser Gesetzentwurf wurde mit Praktikern, mit Wissenschaftlern, mit Beteiligten aus Schule und Unterricht vorbereitet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Es ist kein Konzept, das auf einer politischen Grundlage basiert, sondern es wurde aufgrund von vielen Beratungen eingesetzt. Ich glaube, dass wir damit den richtigen Weg gehen. Jetzt wird entscheidend sein, wie die Beteiligten in den Prozess eingebunden werden,

(Abg. Daniel Born SPD: Das hätte man vorher machen können!)

wie die Informationen in den Schulen ankommen. Dann wird mit diesen beiden Qualitätsinstituten in Baden-Württemberg am Ende der richtige Weg begangen.

(Abg. Daniel Born SPD: Das kann man von Anfang an machen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die CDU spricht Herr Abg. Röhm.

(Zurufe von der CDU: Guter Mann! – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr guter Mann!)

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die zentrale bildungspolitische Zielsetzung der CDU-Landtagsfraktion ist die Stärkung der Qualität von Unterricht und Schule sowie – das ist bislang nicht angesprochen worden – die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Betreuung.

Heute erfolgt die erste Lesung des Gesetzes zur Umsetzung dieses Qualitätskonzepts – wirklich ein politischer Meilenstein. An dieser Stelle gebührt unser Dank in allererster Linie der Kultusministerin

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

sowie allen in den Arbeits- und Projektgruppen Beteiligten; sie wurden angesprochen. Ich habe einmal recherchiert: Das waren etwa 120 Personen aus dem Kultusbereich.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung – das ist eine tolle Geschichte – ist mit den kommunalen Landesverbänden der Pakt für gute Bildung und Betreuung einvernehmlich beschlossen worden. Wir legen damit die Basis für eine qualitativ hochwertige Förderung der Kinder in unserem Land. Ich nenne dazu die Stichworte Sprachkompetenz, mathematische Vorläuferfähigkeiten, Motorik usw. Damit sorgen wir für einen erfolgreichen Übergang in die Schule. Wir schaffen damit von klein auf Gelingensbedingungen für erfolgreiche Bildungsbiografien – und das ist etwas, was wir alle wollen.

Die Problemlagen des Bildungssystems in Baden-Württemberg haben wir – es wurde bereits angesprochen: begleitet von anerkannten Wissenschaftlern – identifiziert und gehen diese mit der Errichtung der beiden angesprochenen Institute ZSL und IBBW systematisch an.

Wir wollen die Bildungschancen der Schüler auf lange Sicht steigern. Wir denken nicht ideologiegetrieben in Schulstrukturen oder kurzfristig in Sichtstrukturen des Unterrichts, sondern für uns, für die CDU-Landtagsfraktion, stehen die Tiefenstrukturen des Unterrichts im Fokus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die strukturelle Zusammenführung der zweiten und der dritten Phase der Lehrerbildung unter dem Dach des ZSL führt zu einer besseren fachlichen Verzahnung und zu fachlich-inhaltlichen Synergien.

Mir als ehemaligem Schulleiter ist es besonders wichtig, darauf hinzuweisen, dass ich die Trennung zwischen Dienstaufsicht und Fachaufsicht außerordentlich begrüße. Dadurch werden Chancen eröffnet, einzelnen Lehrkräften auch in individuell ganz schwierigen Fällen zu helfen.

Die Identifikation von Stärken und Schwächen und damit von Ansatzpunkten für Verbesserungen in der Qualität erfordert natürlich – das wurde angesprochen – eine breite und solide Datenbasis. Daten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind kein Selbstzweck. Die aus ihnen gewonnenen Erkenntnisse sollen in eine tatsächliche Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität münden. Wir setzen auf eine systematische, datengestützte Qualitätsentwicklung auf allen Ebenen.

Fazit: Wir wollen Entwicklungspotenziale heben. Lassen Sie uns diesen Weg ebenso gemeinsam wie engagiert beschreiten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abg. Dr. Balzer.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Nach dem vielen Lob muss ich jetzt doch etwas Wasser in den Wein gießen.

(Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)



(Dr. Rainer Balzer)

Wichtig ist natürlich die Qualität in der Schule. Ein wahrer Meilenstein? In der Tat. Mit den bisherigen Strukturen kann die notwendige Qualität im baden-württembergischen Bildungssystem auf Dauer nicht gewährleistet werden. Ein Neuzuschnitt und eine Weiterentwicklung der Aufgaben und damit eine Neustrukturierung der Zuständigkeiten in der Kultusverwaltung sind erforderlich.

Meine Damen und Herren, ist das Leistungsdefizit der Schulen in Baden-Württemberg wirklich eine Frage der Strukturen? Liegt das Problem nicht viel eher in dem mangelnden Willen, Wissen und Leistung als erstes und oberes Ziel zu setzen? Dieses Leistungsprinzip wurde von den Grünen in der vergangenen Legislaturperiode zugunsten gesellschaftlicher Utopien und Experimente fallen gelassen. Ihnen von der CDU sind möglicherweise die Hände gebunden, um diese Fehlentscheidungen konsequent rückgängig zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zwei neue Landesoberbehörden, das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung sowie das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg, sollen es richten und werden gegründet. Das Landesinstitut für Schulentwicklung und die Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen werden geschlossen. Die Ergebnisse der bisherigen Bildungsevaluationen waren ernüchternd. Und das ist also die Lösung.

Möchte man damit die Verantwortung vor sich herschieben?

(Zuruf des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

Richtig ist natürlich – ich war selbst Fortbildner –: Die bisherige Struktur der Seminare und der Lehrerfortbildung war organisch gewachsen und dadurch durchaus unübersichtlich. Aber war sie auch schlecht? Wie lässt sich eigentlich guter Unterricht messen? Ist das eine erlernbare Technik? Oder hängt die Unterrichtsqualität primär von der Persönlichkeit des Lehrers ab? Letzteres ist übrigens meine Meinung und meine Berufserfahrung.

Gesucht wird jetzt ein kohärentes, wissenschaftsbasiertes, zentral gesteuertes, auf Unterrichtsqualität fokussiertes Ausbildungs-, Fortbildungs- und Unterstützungssystem

(Zuruf von der CDU: Super!)

– super, genau –, auf gut Deutsch: eine eierlegende Wollmilchsau.

Zu den Aufgaben des Instituts gehören die Konzeptentwicklung, die Steuerung der Durchführung und Qualitätssicherung für die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte und die Bildungsplanarbeit für die öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Das hatten wir als Ziel schon – mit regionaler Komponente.

Die neue Misere unserer Bildung und ihrer Institutionen begann mit der Kompetenzorientierung um die Jahrtausendwende. Wissen und Können und damit die Leistungsorientierung wurden aus den Lehrplänen, die jetzt Bildungspläne mit Kompetenzraster sind, gestrichen. Nach welchen Kriterien werden Kompetenzen definiert? Warum wird jedes definierte Lernziel mit dem Satz: „Der Schüler kann ...“ eröffnet? Richtig, um zu verschleiern, wenn er eben nichts kann – Fragezeichen.

Die These von den besseren Lernerfolgen bei inhomogenen Klassen – was jeder Erfahrung im Sport oder an guten Eliteschulen widerspricht – entstand in den Sechzigerjahren. Die Altachtundsechziger waren die Ersten, die Wissen und Leistung unattraktiv fanden. Mit allerlei Kunstgriffen wurden andere Kriterien eingeführt, weil angeblich die Wirtschaft sie braucht: Soft Skills in den Unternehmen, Kompetenzen in den Schulen.

Wenn eine Gesellschaft die Leistungsauslese ablehnt und abschafft, was tritt dann im Kern hervor? Eine Gesellschaft, in der Shows die Leistung und Beziehungen die Auslese ersetzen. Wir haben es hier mit der Angst der linken Parteien – dazu gehören anscheinend auch Teile der CDU –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no! – Gegenruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ganz kleine Teile der CDU!)

– „Teile“, habe ich gesagt – vor der Meritokratie, der Leistungselite, zu tun. Der heute auch hier gern von manchem geäußerte Spruch „Jeder muss mitgenommen werden“ klingt ja auch irgendwie wärmer – einfach menschlicher, einfach grüner.

(Abg. Daniel Born SPD: Der klingt halt nach Demokratie!)

Dabei ist er doch eigentlich nur dümmlich und ungerecht.

(Abg. Daniel Born SPD: Das ist Demokratie! – Abg. Sandra Boser GRÜNE: „Dümmlich“!)

Die CDU-Ministerin kann dies auch nicht ändern, denn die Grünen sitzen ihr im Nacken.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Uns sitzt niemand im Nacken! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

An die Stelle von Leistung und Wissen tritt die Kompetenzvortäuschungskompetenz.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Also jetzt reicht es langsam!)

Aus diesem Grund wird der Schwarze Peter, der möglichst objektiv die Kompetenzvortäuschungskompetenzraster festlegt, in neue Institute ausquartiert – angeblich streng wissenschaftlich. Dient das den jungen Menschen im Wettbewerb, im internationalen Wettbewerb?

(Abg. Raimund Haser CDU: Ja!)

Sicher nicht. Schauen Sie einfach einmal, wer inzwischen in einem Entwicklerlabor bei SAP in Walldorf tätig ist. Mit Kompetenzvortäuschungskompetenz kommen Sie da nicht viel weiter.

Wir fordern eine Debatte über die Inhalte, die gelernt werden sollen ...

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Balzer, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: ... – ja, ich habe es gesehen –, und darüber, welches die Erwartungen an die Absolventen

(Dr. Rainer Balzer)

sind. Dazu brauchen wir keine neuen Institute, sondern ein Bekenntnis zur Leistung in der Schule.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die SPD spricht Herr Kollege Born.

**Abg. Daniel Born SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor gut anderthalb Jahren hat Kultusministerin Eisenmann eine groß angelegte Reform unter dem Titel „Qualitätskonzept“ angekündigt. Zum 1. Januar 2019 sollte die kostenneutrale Reform umgesetzt und sollten zwei neue Institute einsatzbereit sein.

Das mit dem 1. Januar 2019 wurde nichts. Inzwischen ist auch klar, dass die Reform erst im Endausbau kostenneutral sein könnte. Auf dem Weg dahin entstehen erst mal 30 Millionen € an zusätzlichen Kosten. Aber das scheint Grün-Schwarz völlig egal zu sein, so wie es Grün-Schwarz nicht stört, dass über 2 000 Betroffene bislang außen vor gelassen wurden. Warum ist das ein Problem? Sie haben es sich hier schön geredet und von den Arbeitsgruppen berichtet. Haben Sie mal mit den Leuten gesprochen, die in den Arbeitsgruppen waren?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, da waren viele beteiligt!)

Denen wurde ein Maulkorb verpasst, sodass sie nicht miteinander reden können und nicht darüber reden können. Das reden Sie hier als einen guten Prozess der Beteiligung schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Warum ist das so ein Problem? Wenn man Veränderungen wirklich gut gestalten will, dann weiß man doch, dass es im modernen Prozessmanagement darum geht, Betroffene zu Beteiligten zu machen, den Weiterentwicklungswillen zu nutzen, dass es darum geht, Widerstände zu überbrücken und Erfahrungen mitzunehmen. Das ist kluges Prozessmanagement. Das ist hier alles nicht geschehen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe – ich habe es schon gesagt – waren stattdessen zum Schweigen verdammt. Jetzt stehen Sie heute hier und reden sich das alles rosarot.

Es geht aber noch weiter. Seit der Ankündigung der Reform sind die Unterstützungssysteme für Schulen erheblich eingeschränkt. Wie soll es auch anders sein, wenn fast ein Drittel der Seminare keine Leitung haben und zusätzliche Stellen unbesetzt sind?

Auch die Schulen sind betroffen; denn wir hatten ja bereits ein Qualitätsmonitoring über die Fremdevaluation. Als Erstes wurde dieses Qualitätsmonitoring zum Schuljahr 2017/2018 abgeschafft, sodass man jetzt erst mal gar nichts hat.

Selbst die Experten, die Sie hier zitieren, sagen: Bis das, was Sie hier planen, überhaupt richtig greift, müssen Sie mit einem Zeitrahmen von zehn Jahren rechnen. Herr Röhm, Sie haben es richtig gesagt: Sie lassen sich richtig viel Zeit. Aber die Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen haben eben nicht so viel Zeit wie Sie hier im Landtag.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe nicht viel Zeit!)

Im Mittelpunkt Ihres Konzepts steht nicht der Qualitätsaufbau und stehen auch nicht die Schülerinnen und Schüler. Im Mittelpunkt Ihres Konzepts steht der Bürokratieaufbau: zwei neue Institute mit insgesamt neun neuen Abteilungen und 35 neuen Referaten, dazu sechs neue Regionalstellen und zwei neue Stabsstellen im Kultusministerium. Unklar ist die Zukunft der 38 Seminarstandorte und insbesondere ihrer Leitungen. Das ist mehr und nicht weniger Bürokratie.

Welchen Sinn machen z. B. die sechs neuen Regionalstellen? Sie sind eine zusätzliche Verwaltungsebene. Sie haben hier viel darüber erzählt, dass Sie genau diese Doppelstrukturen nicht mehr wollen. Das Erste, aber was Sie machen, ist der Aufbau einer weiteren Doppelstruktur.

Was spricht denn fachlich dagegen, die Seminare auszubauen, sie zu stärken und zu Regionalstellen weiterzuentwickeln? Die Präsenz in der Fläche wäre durch ausgebaute Seminare jedenfalls besser. Die funktionierenden Leitungsstrukturen an den Seminaren müssten auch nicht zerschlagen werden.

Wir sehen, wie so oft, wenn die Kultusministerin wieder etwas macht, handwerkliche Fehler: Die Bürokratie wird ausgebaut, der Zeitrahmen wird verschnarcht, Kosten werden zu spät gesehen.

Aber am ärgerlichsten ist, dass Sie nicht die inhaltliche Frage beantworten können, warum Sie die Schulen nicht ins Zentrum ihrer eigenen Qualitätsentwicklung stellen. Sie wollen einen Reformprozess und setzen die Schulen als möglichen und wichtigen Impulsgeber vor die Tür. Das passt sicher zu den Launen der Kultusministerin, die gern auch mal Schulen via Pressemitteilung wissen lässt, ob Projekte eingestellt werden. Aber das Bildungsland Baden-Württemberg muss sich nicht den Launen von Kultusministerin Eisenmann beugen, sondern muss ein Chancenermöglichster für die Schülerinnen und Schüler, ein Partner für die Eltern und ein guter Arbeitgeber für die Lehrer sein.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Lust an Zentralisierung kann dabei nicht die Lösung sein.

Frau Boser, Sie sagen, dass Sie bei den berechtigten Weiterbildungsansprüchen der Lehrer schneller reagieren wollen. Warum gehen Sie dann nicht auf unser Konzept des „Lernen den Kollegiums“ ein?

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Warum schaffen Sie es denn nicht, die Schulen ernsthaft mit einzubinden? Wir haben ein entsprechendes Konzept vorgelegt.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Born, bitte beachten Sie die Zeit.

**Abg. Daniel Born SPD:** Noch einen Satz. – Zu den Fragen nach den Mehrkosten oder den Stellenplänen gibt es bis heute keinerlei Antworten. Die Betroffenen werden vertröstet. Einen wirklichen Plan kann die Ministerin nicht vorlegen.

Wir reden über ein Qualitätskonzept. Bei dieser Politik sehen wir aber weder Qualität noch Konzept.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die FDP/DVP spricht Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Rülke.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist auch einmal Lehrer gewesen!)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weise den Kollegen Röhm darauf hin, dass Fraktionsvorsitzende in diesem Haus für alles qualifiziert sind –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

zumindest die meisten.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zumindest einer! – Zuruf von der AfD: Fake News!)

Ihr Qualitätskonzept, Frau Ministerin Eisenmann, erinnert stark an den Versuch, eine neue Heizanlage in ein Mehrfamilienhaus einzubauen. Die neue Heizanlage soll leistungsfähiger sein und auch effizienter arbeiten. Ihr einziger Nachteil ist: Diese Heizanlage ist noch gar nicht fertig und braucht noch ein paar Jahre, bis sie überhaupt an den Start gehen kann. Obwohl sie gut funktionierte, wurde die alte Heizung sogleich abgeschaltet mit dem Ergebnis, dass die Bewohner nun in kalten Wohnungen sitzen und sich in Decken gehüllt auf die neue Heizanlage freuen können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Bildungsbereich war es die Fremdevaluation, die mit der Ankündigung des neuen Qualitätskonzepts umgehend gekippt wurde. Nun arbeiten die Schulen unseres Landes bereits im zweiten Schuljahr ohne Qualitätsentwicklungssystem. Je nachdem, wann das neue Konzept tatsächlich zu arbeiten beginnt, könnte die grün-schwarze Koalition länger ohne als mit Qualitätssicherungssystem im Bildungsbereich geriert haben.

Um nicht missverstanden zu werden: Unsere Fraktion sperrt sich keineswegs gegen ein zukunftsweisendes Qualitätskonzept für unser Bildungswesen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Immerhin!)

Aber wir sehen am grün-schwarzen Konzept erhebliche Mängel, die ich im Einzelnen an dieser Stelle aufzählen möchte.

Erstens: Indem die Fremdevaluation gestrichen wurde, ging viel gewachsene Expertise verloren. Allein durch die schlagartige Beendigung der Fremdevaluation wurden zahlreiche kompetente Personen vor den Kopf gestoßen. Aber das System der Fremdevaluation lebt ja geradezu von den Erfahrungswerten, die die Evaluatoren sammeln und weitertragen. Sie waren es doch, die auch in Zeiten, als Leistung und Qualität bei der Landtagsmehrheit nicht eben hoch im Kurs standen, die Fahne der Qualität hochgehalten haben.

Auch beim Qualitätskonzept gilt das Modell vom Räderwerk: Wenn ein Rädchen bewegt wird, drehen sich zahlreiche weitere an anderen Stellen mit. Da scheint vieles noch nicht zu Ende gedacht zu sein.

Die Schulpsychologen weisen zu Recht darauf hin, dass durch die Umschichtungen in der Schulverwaltung noch mehr hö-

herwertige Stellen zulasten von Verwaltungsstellen entstehen. Statt sie weiter zu entlasten, wie es eigentlich nötig wäre, werden den Schulpsychologen Verwaltungskräfte entzogen. Das ist nur ein Beispiel für eine Konsequenz des Umbaus, die unseres Erachtens nicht bedacht wurde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den Brief haben wir auch bekommen!)

Zweitens: Das neue Qualitätskonzept atmet zentralistischen Geist. Hierdurch wird einerseits bestehenden Institutionen die Eigenständigkeit genommen, beispielsweise den Seminaren. Uns erreichten zuletzt auch Hinweise, dass der ländliche Raum durch die Neustrukturierung der Lehrerbildung abgehängt zu werden droht. – Diesen Brief haben Sie hoffentlich auch bekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

– Gut.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir waren sogar dort!)

Gegen gemeinsame Standards, auch gegen landesweite Konzepte ist nichts einzuwenden. Aber der Weg dorthin sollte eigenständig beschritten werden. Ein Wettbewerb im besten Sinn kann der Qualitätsentwicklung nur dienlich sein. Unsere Sorge ist allerdings, dass die Bedürfnisse der einzelnen Schulen im Qualitätskonzept unter die Räder geraten. Warum erhalten die Schulen nicht einfach ein Fortbildungsbudget, mit dem sie auf dem freien Markt Fortbildungen einkaufen können?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei welchem Anbieter?)

Drittens: Schließlich werden die beiden neuen Institute allenfalls längerfristig Erfolge erzielen. Dabei wäre jetzt beherztes Eingreifen erforderlich. Die baden-württembergischen Schüler sind in ihren Leistungen von Spitzenplätzen auf hintere Plätze abgerutscht. Notwendig wäre u. a. die Korrektur von bildungspolitischen Fehlentscheidungen der Vorgängerregierung. Statt aber die Privilegierung der Gemeinschaftsschule zu beseitigen, setzt Grün-Schwarz mit den Gemeinschaftsschuloberstufen noch eins drauf. Statt die Schulen mit der notwendigen digitalen Infrastruktur auszustatten, fuhr die Landesregierung die Bildungsplattform „ella“ gegen die Wand. Statt den Schulen mehr Gestaltungsspielraum bei Personalauswahl und -entwicklung zu geben, unternimmt die Landesregierung selbst in Zeiten erheblichen Lehrermangels nichts gegen die Sommerferienarbeitslosigkeit von Vertretungslehrern und Referendaren.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Raimund Haser CDU: Oh!)

Unser Fazit: Wäre das Qualitätskonzept gut gemacht, hätte es als Zukunftsprojekt Potenzial. In keinem Fall jedoch ersetzt ein Qualitätskonzept entschieden bildungspolitisches Handeln zugunsten der Qualitätssteigerung in unserem Bildungssystem, und das wäre bitter notwendig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Die CDU hat noch Redezeit. Ich rufe Herrn Abg. Röhm auf.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir sind noch eine Minute und 25 Sekunden geschenkt, die ich gern nutzen möchte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die sind nicht geschenkt, die stehen Ihnen zu! – Abg. Raimund Haser CDU: Der Rektor spricht! – Zuruf: Schulleiter sticht Lehrer! – Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Stichwort Fremdevaluation: Es ist eben nicht so, dass damit die Beratungs- und Bewertungssysteme von Schulen eingestellt worden wären. Vielmehr haben wir zur Kenntnis nehmen müssen: Es gibt eine permanente Aufgabe in den Schulen, nämlich die Selbstevaluation. Die haben wir eingeführt, und diese Aufgabe besteht weiter. Wir haben erkennen müssen, dass bei der Fremdevaluation eben nicht in allen Fällen Zielvereinbarungen geschlossen wurden, die im Nachhinein besprochen und verifiziert wurden. Genau deswegen haben wir in diesen Bereichen einen gewissen Handlungsbedarf.

(Abg. Daniel Born SPD: Indem Sie das eingestellt haben! Gestrichen!)

Wenn Sie sagen, dass Sie mit der Fortbildung den Schulen selbst ein Recht geben wollen, aus Angeboten auszuwählen, dann sind wir jetzt auf dem richtigen Weg. Denn jetzt gibt es ein zentrales Angebot, und dann wissen sie, wo sie Angebote einholen können. Genau das wollen wir. Wenn eine Schule jetzt auf die Idee kommt, sie habe im Bereich der Klasse 9 in Mathematik einen besonderen Beratungsbedarf, kann sie sich das einkaufen und genau auf ihre Schule zuschneiden. Das ist das, was wir wollen.

Kollege Born, Sie sagen, im Mittelpunkt stünden nicht die Schüler. Natürlich stehen ausschließlich die Schüler im Mittelpunkt des Geschehens, und wir wollen die Lehrer durch spezielle Fortbildungsangebote befähigen, dem auch Rechnung zu tragen. Niemand anders steht im Mittelpunkt.

Herr Dr. Balzer, noch zu Ihnen – meine Redezeit ist abgelaufen –: Ich möchte gern zugestehen: Natürlich ist die Lehrerpersönlichkeit entscheidend, und die wollen wir stärken.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt haben alle Fraktionen ihre Redezeit gleichermaßen überzogen.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei mir waren es nur 16 Sekunden!)

Ich schlage vor, dass wir den Gesetzentwurf Drucksache 16/5422 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport überweisen. – Sie sind damit einverstanden.

Wir haben damit Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Wir können in die Mittagspause eintreten und finden uns hier um 14:00 Uhr wieder zusammen.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:49 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 16/5531**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Heiner Merz AfD – Finanzielle Unterstützung des Archäoparks Vogelherd durch das Land

Bitte, Herr Abgeordneter. Sie können auch von hier vorn die Fragen vortragen.

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Danke schön. – Es geht um den Archäopark Vogelherd in der Stadt Niederstotzingen in meinem Wahlkreis Heidenheim.

Meine Fragen lauten:

- Wird die Landesregierung der mit dem Beschluss des Landkreises Heidenheim, die Stadt Niederstotzingen bei der Finanzierung des Archäoparks Vogelherd in den Jahren 2019 bis 2021 mit jährlich 100 000 € zu bezuschussen, einhergehenden Erwartung nachkommen, dass sich das Land in gleicher Höhe an der Finanzierung beteiligen wird?
- Wenn nein: In welcher Höhe gedenkt das Land sich aus welchen Haushaltstiteln an der Finanzierung zu beteiligen?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Schütz.

**Staatssekretärin Katrin Schütz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Weltberkomitee der – – Bin ich jetzt beim richtigen Thema?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Wir sind bei der Anfrage 1: „Finanzielle Unterstützung des Archäoparks“.

**Staatssekretärin Katrin Schütz:** Als ich noch saß, habe ich – – Das tut mir jetzt leid, Herr Merz, Entschuldigung.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Jetzt habe ich nur gerade überlegt, weil ich zwei Zettel in der Hand hatte. Vielen Dank.

Das Weltberkomitee der UNESCO hat am 9. Juli 2017 entschieden, die Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb in die Weltkulturerbeliste einzutragen. Darüber freuen wir uns sehr. Dies ist eine hohe Auszeichnung für die Bundesrepublik Deutschland, für das Land Baden-Württemberg, für die Landkreise, für die Kommunen und natürlich auch für uns, das Wirtschaftsministerium als oberste Denkmalschutzbehörde, die das Antragsverfahren betreut hat.

Zugleich haben das Land, die Landkreise und die Kommunen mit der Eintragung der Stätte in die Weltkulturerbeliste die Verpflichtung übernommen, dauerhaft für den Schutz, die

(Staatssekretärin Katrin Schütz)

Pflege und die Vermittlung zu sorgen. Dazu gehören auch ein öffentlichkeitswirksames Informations- und Vermittlungskonzept sowie die Koordinierung und Kommunikation mit allen Beteiligten.

In der Beantwortung – zu dem Thema gab es ja schon sehr viele Drucksachen – haben wir bereits dargestellt, wie die Landesregierung die Welterbestätte „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“ unterstützt, und ebenso, welche Förderungen vom Wirtschaftsministerium mit Mitteln der Denkmalpflege, über das Tourismusinfrastrukturprogramm des Justizministeriums, über Zuwendungen aus LEADER und dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz möglich waren und auch sind.

Eine Förderung von laufenden Betriebskosten der kommunalen Vermittlungsorte ist mit diesen Mitteln leider jedoch nicht möglich. Wir waren uns unabhängig davon schon bei den letzten Haushaltsberatungen einig, dass die Kommunen vor Ort hier auf anderen Wegen Unterstützung brauchen. Es sind kleine Kommunen mit kleinen Etats. Allerdings müssen sich alle Beteiligten vor Ort auf ein gemeinsames, einheitliches Vorgehen und auch auf ein gemeinschaftliches Auftreten verständigen. Da gibt es noch immer Potenzial.

Das Land hat auch im aktuellen Haushalt zur weiteren Unterstützung der Kommunen für die denkmalpflegerische Koordinierung und Vermittlung der Welterbestätte Personalstellen für zwei Wissenschaftler und eine Assistentenkraft zur Verfügung gestellt. Nach längerem Abstimmungsprozess mit den regionalen Partnern sind die Stellen jetzt ausgeschrieben, und sie werden auch zeitnah besetzt werden.

Die Unterstützungsleistungen der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden allen sieben Anrainerkommunen der Welterbestätte gemeinsam zugutekommen. Außerdem wurden in Ergänzung zu den bereits im Haushalt 2015/2016 bereitgestellten Mitteln 500 000 € zusätzliche Fördermittel, 190 000 € für den weiteren Ausbau des Informationssystems in der gesamten Welterbestätte, bereitgestellt.

Die konzeptionellen Arbeiten an den Themenwanderwegen im Aichtal und im Lonetal und die für ihre Umsetzung notwendigen Genehmigungsverfahren sind weitgehend abgeschlossen. Daher bin ich auch optimistisch, dass ihre Umsetzung nun zeitnah beginnen kann.

Die Abstimmung eines welterbeverträglichen Standorts für das von der Gemeinde Schelklingen geplante Infozentrum zum Hohlen Fels erfordert eine Einbindung des Internationalen Rates für Denkmalpflege, ICOMOS, und der UNESCO-Fachstelle beim Auswärtigen Amt.

Im Sommer waren Vertreterinnen und Vertreter vor Ort, um gemeinsam mit der Kommune, der Landesdenkmalpflege und weiteren Trägern nach einem geeigneten Standort zu suchen. Der diesbezügliche Abstimmungsprozess läuft aktuell noch.

Was die Unterstützung des Archäoparks Vogelherd betrifft, sind wir in konstruktiven Gesprächen mit der Gemeinde Niederstotzingen. Das Wirtschaftsministerium ist dabei, gemeinsam mit der Gemeinde Projekte zur öffentlichkeitswirksamen Vermittlung der Vogelherdhöhle zu konzipieren und zu planen und dies natürlich auch finanziell zu unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn alle Beteiligten hier gemeinsam an einem Strang ziehen, dann wird es uns auch gelingen, die Welterbestätte „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“ welterbeverträglich weiterzuentwickeln. Davon werden dann auch alle Beteiligten gemeinsam profitieren.

Ich freue mich ganz besonders über das große Interesse an den Welterbestätten unseres Landes und über Ihre Unterstützung bei der weiteren Arbeit.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Es gibt eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Merz.

**Abg. Dr. Heiner Merz** AfD: Herzlichen Dank für diese umfassende Antwort. Aber mir wäre es jetzt tatsächlich konkret um den Archäopark Vogelherd in Niederstotzingen gegangen. Sie sagten, Stellen wurden geschaffen usw. Das gilt für alle. Aber jetzt gerade konkret zu Niederstotzingen: Halten Sie es vor dem Hintergrund, dass mit diesem Archäopark auch das UNESCO-Welterbe Vogelherdhöhle erhalten bleibt, wirklich für angebracht, dass die finanziellen Belastungen von der Stadt Niederstotzingen getragen werden müssen? Sie sprachen von Ideen. Woher könnte eine weitere Unterstützung konkret kommen?

**Staatssekretärin Katrin Schütz:** Die Betriebskosten können hier nicht gefördert werden. Zu den vielen anderen Anfragen, die in dieser Richtung auch schon gestellt worden sind, haben wir umfassende weitere Antworten gegeben. Deswegen haben wir die schriftliche Beantwortung Ihrer Anfrage recht kurz gefasst, weil insgesamt zu den vielen Anfragen, die gestellt worden sind, schon alle Informationen gegeben worden sind.

Es gibt immer Optimierungen. Daran arbeiten wir gemeinsam. Aber Betriebskosten können nicht übernommen werden.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Anfrage. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 1 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP – Mietspiegel in den Kommunen des Landkreises Schwäbisch Hall, des Hohenlohekreises und des Main-Tauber-Kreises

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Stephen Brauer** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Mietspiegel in den Kommunen des Landkreises Schwäbisch Hall, des Hohenlohekreises und des Main-Tauber-Kreises. Ich frage die Landesregierung:

- In welchen Kommunen der genannten drei Landkreise existieren derzeit qualifizierte Mietspiegel gemäß den dafür geltenden einschlägigen Rechtsvorschriften nach § 558 d des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB)?
- Mit welcher konkreten Fördersumme seitens des Landes wurden die betreffenden Kommunen bei der Erstellung des qualifizierten Mietspiegels jeweils unterstützt?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Schütz das Wort.

**Staatssekretärin Katrin Schütz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Mündliche Anfrage zum Vorliegen und zur Förderung qualifizierter Mietspiegel in den Kommunen des Landkreises Schwäbisch Hall, des Hohenlohekreises und des Main-Tauber-Kreises bezieht sich auf das Programm des Landes zur Förderung von Kooperationsprojekten zur Erstellung qualifizierter Mietspiegel. Dazu möchte ich gern einige Ausführungen voranstellen.

Baden-Württemberg fördert bundesweit als erstes Bundesland seit dem Jahr 2018 Kooperationsprojekte zur Erstellung von qualifizierten Mietspiegeln. Damit wurde eine Empfehlung der Wohnraum-Allianz umgesetzt.

Das Förderprogramm bietet einen Anreiz für Gemeinden zur großräumigen Erstellung qualifizierter Mietspiegel mit möglichst breiter Flächendeckung. Für die beteiligten Gemeinden ergeben sich Vorteile aus einer gemeinsamen Projektsteuerung und -beauftragung, den damit verbundenen Synergieeffekten und dem gemeinsamen Tragen von externen Kosten.

Eine Förderung ist bei einer Kooperation von mindestens zwei Gemeinden möglich, sofern die kooperierenden Gemeinden zusammen mindestens 10 000 Einwohner haben. Die Höhe der Förderung liegt bei 0,50 € je Einwohner und ist auf einen Höchstbetrag von 50 000 € je Kooperationsprojekt begrenzt.

Im Jahr 2018 wurden zehn Projekte gefördert, in denen 43 Gemeinden miteinander kooperiert haben. Die beteiligten Gemeinden mit insgesamt ca. 655 000 Einwohnern haben eine Fördersumme von insgesamt mehr als 300 000 € erhalten. Für das Förderjahr 2019 stehen Fördermittel in Höhe von 400 000 € zur Verfügung.

Ich möchte nun zur Beantwortung Ihrer Mündlichen Anfrage, sehr geehrter Herr Brauer, kommen, die das Vorliegen und eine Förderung qualifizierter Mietspiegel in den Kommunen des Landkreises Schwäbisch Hall, des Hohenlohekreises und des Main-Tauber-Kreises betrifft.

In den genannten Landkreisen hat nach Kenntnis des Wirtschaftsministeriums bislang nur die Große Kreisstadt Öhringen einen qualifizierten Mietspiegel nach § 558 d des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Dieser Mietspiegel wurde bereits vor der Einrichtung des Förderprogramms des Landes erstellt. Fördermittel des Landes wurden hierfür nicht in Anspruch genommen. Auch von den übrigen Gemeinden in den genannten Landkreisen wurde im Jahr 2018 sowie für das Förderjahr 2019 bislang – Stand heute – noch kein Antrag auf Förderung von Kooperationsprojekten gestellt.

Das Förderprogramm des Landes als Anreiz für die Gemeinden halte ich für eine gelungene Initiative aus den Reihen der Wohnraum-Allianz. Qualifizierte Mietspiegel sind ein ganz wichtiges Instrument für die Transparenz lokaler Wohnungsmärkte. Sie leisten einen ganz wichtigen Beitrag, um Konflikte zwischen Mietern und Vermietern über die zulässige Miethöhe zu verringern. Daher danke ich für die Gelegenheit, im Rahmen Ihrer Anfrage das Förderprogramm des Landes nach Ablauf des ersten Förderjahrs erläutern zu können.

Danke schön.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank.

(Staatssekretärin Katrin Schütz verlässt das Redepult.)

– Moment! – Gibt es weitere Zusatzfragen? – Dem ist nicht so. Damit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Gabi Rolland SPD – Förderung umweltfreundlicher Mobilität

Frau Abg. Rolland, Sie haben das Wort.

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Vielen Dank. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe folgende Fragen zur umweltfreundlichen Mobilität:

a) Welches Potenzial sieht die Landesregierung darin, für eine ökologische Verkehrspolitik den Kauf von (Elektro-) Fahrrädern durch einen direkten steuerfreien Zuschuss des Arbeitgebers zu fördern?

Dies ist seit dem 1. Januar 2019 möglich.

b) Wie plant sie, neben der Förderung des Kaufs von Zweirädern, Beamte und weitere Beschäftigte des Landes beim Erwerb von Elektro- und Hybrid-(Dienst-)Autos zu unterstützen?

Vielen Dank.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hermann.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Abg. Rolland, gern beantworten wir Ihre Fragen.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Das ist nett!)

Ganz grundsätzlich freue ich mich, dass Sie sich um nachhaltige Mobilität bemühen. Man kann, bezogen auf das Radfahren, sagen: Radfahren hat immer ökologisches Potenzial, und zwar für die, die sich in der Umwelt bzw. in einer Stadt aufhalten, aber auch für die, die das Rad benutzen; dann ist es auch noch gesundheitsfördernd.

Aus genau diesem Grund fördert das Land – genauer gesagt: mein Ministerium – über ein Programm die Landesbehörden und die Ministerien beim Erwerb von Fahrrädern, in letzter Zeit insbesondere beim Erwerb von Pedelecs. Es ist doch sehr erstaunlich, dass wir insgesamt über 740 Pedelecs in Landesdiensten haben und dass wir ca. 30 Radinfrastrukturmaßnahmen an Ministerien oder Hochschulen – eben an Landeseinrichtungen – gefördert haben. Radinfrastruktur heißt Abstellanlagen, kann aber auch Dusche und Umkleideraum bedeuten. Da tun wir etwas für unsere Bediensteten und machen das Radfahren damit attraktiv.

Ihre Frage hat aber noch stärker darauf gezielt: Bekommen sie einen Zuschuss und eine Förderung für das Fahrrad? Ganz nebenbei: Die meisten Beamten verdienen so viel, dass sie sich selbst eines kaufen können.

(Minister Winfried Hermann)

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Gabi Rolland SPD: Das ist bei Dienstwagen auch so! – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Das will ich schon einmal vorausschicken. Ich kenne auch wenige, die am Kauf gescheitert sind. Trotzdem kann man fragen: Warum fördert ihr das nicht mehr? Denn die neuen Pedelecs sind natürlich teurer.

Wir, das Land, haben geprüft – weil es auch an uns herangetragen wurde –, ob wir ein Zuschuss- oder ein Leasingkonzept machen sollen. Wir haben das Ganze geprüft. Wir hatten dann natürlich auch eine Vorgabe, und zwar war die Vorgabe im Kabinett, dass wir ein haushaltsneutrales Konzept suchen sollen, dass wir also nicht extra Zuschüsse zahlen. Das wäre übrigens auch in der Summe eher teurer geworden.

Deswegen haben wir uns nach der Prüfung für ein Radleasingmodell entschieden. Es ist jetzt auch beschlossen worden, dass wir den Weg des Radleasingmodells gehen. Wir schreiben das gerade aus. Das ist also noch nicht endgültig entschieden. Wir glauben, dass das der bessere Weg ist. Das ist auch ein Stück weit kein Nulltarifmodell. Es ist zum Nulltarif für den Haushalt, aber nicht für die Betroffenen. Diese bekommen über das Leasing einen gewissen Vorteil. Dieser ist dann steuerfrei; ein Zuschussmodell wäre nicht steuerfrei. Daher ist es, glaube ich, ein guter Weg.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dürr.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Also keine Nachfrage?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es war jetzt – – Oder haben Sie noch eine Zusatzfrage?

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Sie haben sie schon gestellt. Ja, ja. – Der zweite Teil war: Zuschuss zu den Fahrzeugen. Ganz generell bezuschusst das Land sowieso keine Fahrzeuge; Elektrofahrzeuge auch nicht. Dazu ist der Bund da. Der Bund hat ein sehr umfangreiches Programm und fördert gerade mit mehreren Tausend Euro pro Fahrzeug. Der Betrag hängt davon ab, ob man sich ein Hybridauto oder ein batterieelektrisches Auto kauft. Dann bekommt man auch noch von den Herstellern Rabatte. Das ist von der Größenordnung her eigentlich das, was der Bund meistern muss. Das können wir, das Land, nicht machen.

Was wir, das Land, machen, ist, dass wir wiederum bei den Behörden und bei den eigenen Ministerien den Kauf von Elektroautos fördern. Wir wollen die Quote auch nach oben treiben. Unser Ziel ist, dass wir mindestens 10 % Elektroautos haben. Das ist perspektivisch aber eigentlich noch zu wenig. Auch da kann man sagen, dass wir ganz gut vorangekommen sind.

Wir haben inzwischen über 350 Hybridfahrzeuge oder Elektrofahrzeuge in Landesdiensten. Ein großer Brocken, bei dem wir noch eine Lösung finden müssen, sind die Fahrzeuge der Polizei. Diese sind aufgrund ihrer Ausstattung eher schwer. Da gibt es bisher noch keine wirklich tauglichen elektrischen Polizeiautos – bei einigen Fahrzeugen allerdings geht es. Nicht alle haben die gleiche Ausstattung. Wir wollen auch die Polizeiflotte modernisieren, denn ich glaube, es wäre eine gute Werbung für moderne, nachhaltige Elektromobilität, wenn

die Polizei mit solchen Fahrzeugen fährt. Dann denken nämlich alle Leute: Wenn die Polizei damit fahren kann und immer ankommt, dann klappt es auch bei mir.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment! – Jetzt gibt es eine Zusatzfrage von Frau Abg. Rolland.

**Abg. Gabi Rolland SPD:** Ich wollte erst den Minister ausreden lassen; deshalb habe ich mich nicht gleich gemeldet. – Vielen Dank auch für den Hinweis, dass Beamtinnen und Beamte bzw. Beschäftigte beim Land gut verdienen. Dennoch gibt es natürlich auch in nachgeordneten Behörden Beamtinnen und Beamte bzw. Beschäftigte, die im mittleren oder gehobenen Dienst tätig sind, und da sieht es schon wieder anders aus. – Das war meine erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung: Sie wissen, ich komme aus Freiburg; da ist man mit dem Fahrrad aufgewachsen. Hier in Stuttgart ist es etwas anderes. Mir sagen viele, die hier leben: „Das ist dann schon eine Alternative, wenn ich ein Pedelec zur Verfügung habe“ – gerade wenn man den Berg hochfahren muss. Ich gebe es ehrlich zu: Ich fahre es noch ohne Pedelec; ich weiß nicht, wie lange.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Runter! Runter kann ich es auch!)

Deswegen war schon auch das Interesse, dass man den Beschäftigten, ob sie jetzt verbeamtet sind oder nicht, etwas anbietet.

Ich habe noch eine konkrete Nachfrage: Wenn Sie sagen, das Leasingmodell koste das Land auch, könnten Sie noch mal genau sagen, wo die Kosten anfallen? Ist es beim Leasingmodell auch notwendig, so wie beim Jobticket, dass das Landesbesoldungsgesetz geändert werden müsste?

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Weil Sie gesagt haben, in Freiburg wachse man mit dem Fahrrad auf: Das ist schön; das heißt, man muss nicht erst Beamter werden, um eines zu bekommen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Gabi Rolland SPD: Nein! Ich habe es schon vorher gehabt!)

In einem Punkt haben Sie natürlich recht: Es gibt einen großen Preisunterschied zwischen einfachen Rädern und Pedelecs. Das einfache, gute Rad kostet halt 1 000 €, und das Pedelec kostet ca. 2 500 bis 3 000 €. Das ist für manche schon viel.

Genau das ist der Grund, warum wir das Radleasingmodell für alle anbieten. Das ist dann auch vorteilhaft, weil man dann nur einen Beitrag pro Monat zahlen muss und am Ende der Vertragslaufzeit eventuell auch ein Angebot bekommt, das Rad zu relativ günstigen Konditionen zu kaufen. So etwa könnte das gehen.

Ob wir, das Land, am Ende noch helfen müssen, damit dieses Leasingprojekt „zum Fliegen“ kommt, das kann ich im Moment noch nicht sagen. Das ist erst einmal haushaltsneutral angelegt, aber wenn es am Ende an zu wenig Mitteln scheitern würde, würde ich mich natürlich dafür einsetzen, dass dieses Modellprojekt tatsächlich „fliegt“.

Was die zweite Frage angeht: Da unterscheiden wir zwischen den unterschiedlichen Bediensteten.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Abg. Dürr für die nächste Frage das Wort.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Danke schön, Herr Minister. – Bei Fahrrädern bin ich der Meinung, diejenigen, die das nutzen wollen und auch können, die dürfen das auch machen – ohne steuerliche Förderung. Da ist ja ein Gesundheitseffekt.

Aber nun zur Frage: Wenn Sie Elektromobilität in der Form fördern wollen, was spricht denn dagegen, Segways in dieses Projekt aufzunehmen? Ich finde, das ist ein durchaus gutes, geeignetes Mittel, um Distanzen zurückzulegen – bei gutem Wetter funktioniert das hervorragend –, und auch die bestehenden Zulassungsschwierigkeiten kann man in den Griff bekommen. Das ist Elektromobilität, und man kann damit Strecken zurücklegen. Was spräche denn dagegen, das mit aufzunehmen?

Danke schön.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Da sind Sie Ihrer Zeit tatsächlich mal weit voraus. Bisher haben wir die Segways noch nicht im Visier. Wir werden uns aber auch noch stärker um die sogenannte Mikromobilität kümmern. – Ich bin übrigens überrascht, dass ausgerechnet Sie von der AfD,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Gerade der Herr Dürr!)

der Partei, die sonst eher den Diesel befördert, für so moderne Technologien wie Segways sind. Die Segways sind allerdings gerade noch ziemlich teuer.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Schön, dass wir Sie noch mit etwas überraschen können!)

– Genau. – Die Segways sind teurer als Pedelecs – das muss man schon sagen –, und sie sind wahrscheinlich auch nicht so einsatzfähig wie Pedelecs. Aber perspektivisch wird man sich sicherlich auch Gedanken darüber machen müssen, ob man unter ökologischen Aspekten nicht auch andere Formen von zukunftsfähigem Kleintransport in Städten in den Blick nimmt. Da gibt es ja noch vieles andere, Tretroller usw. Nicht alles ist schon geregelt; es dürfen auch nicht alle überall fahren. Im Moment ist es noch kein relevanter Bereich, bei dem wir etwas machen müssen, aber wir werden das sicherlich beobachten.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Danke schön!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 3 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Klaus Burger CDU – Begegnung mit der Landwirtschaft

Bitte, Herr Abg. Burger.

**Abg. Klaus Burger** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat, es geht um die Landwirtschaft, und zwar um die Begegnung mit der Landwirtschaft. Ich stelle dazu zwei Fragen.

a) Welche Instrumente und Einrichtungen gibt es in Baden-Württemberg für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, um die heutige Landwirtschaft kennenzulernen?

b) Wie bewertet die Landesregierung in diesem Zusammenhang den Wegfall des Schaubauernhofs in der Stuttgarter Wilhelma?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung darf ich Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch das Wort erteilen.

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Sehr geehrte, liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Burger, ich freue mich über Ihre Anfrage, weil sie ein zentrales Thema trifft, nämlich dass nur noch 1 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist und dass es nicht mehr so wie früher Familien gibt, Opas oder Onkels, zu denen man auf den Bauernhof gehen kann. Dadurch hat sich eine Entfremdung der Gesellschaft entwickelt. Deswegen ist es wichtig, dass wir Gelegenheit zur Begegnung der Bevölkerung, insbesondere der jungen Leute, mit der Landwirtschaft bieten. Eine sehr schöne Gelegenheit hierfür war der Schaubauernhof.

Ich erlaube mir jetzt, die Frage zum Schaubauernhof an den Anfang meiner Beantwortung zu stellen. Am 3. Juli 2017 habe ich an Frau Staatssekretärin Dr. Splett geschrieben, weil der Schaubauernhof in der Wilhelma geschlossen werden soll. Man hat ihn in Zukunft in der derzeitigen Form nicht mehr zur Verfügung.

Bei allem Verständnis für die notwendige Weiterentwicklung der Wilhelma: Der Schaubauernhof mitten in der Landeshauptstadt hätte natürlich einem breiten Publikum die Gelegenheit gegeben, sich über das Aussterben bedrohter Tierrassen zu informieren. Das gilt insbesondere für das Limpurger Rind, das dort zu sehen war.

Um in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verbänden die Zuchtarbeit an anderer Stelle weiterführen zu können, haben wir bereits Gespräche mit der Wilhelma und mit möglichen Kooperationspartnern geführt. Im Ergebnis haben sich zwei Kooperationen als besonders geeignet erwiesen. Zum einen könnte man den Schaubauernhof im Alten Lager in Münsingen darstellen – dort ist sowieso eine besondere Entwicklung vorgesehen –, zum anderen hat sich die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen dafür interessiert. Die haben dort das Hofgut Tachenhausen bei Oberboihingen. Derzeit werden konkrete Konzeptionen entwickelt, sodass ich also, lieber Kollege Burger, zuversichtlich bin, dass der Schaubauernhof in anderer Form einem breiten Publikum wieder zur Verfügung stehen wird.

Was die anderen Gelegenheiten angeht, der Landwirtschaft zu begegnen, gibt es natürlich die „gläsernen Produktionen“, die der Öffentlichkeit seit 30 Jahren angeboten werden. Hier öffnen sich die Betriebe für die Öffentlichkeit. Diese Betriebe bieten sehr erfolgreich Begegnungsmöglichkeiten.

Darüber hinaus ist „Lernort Bauernhof“ ein sehr wertvolles Modell in Baden-Württemberg. Hier eröffnet sich für Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, bei Hofbesuchen etwas



(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

über natürliche Zusammenhänge, über die Herkunft, über die Erzeugung von Lebensmitteln, über regionale Vielfalt, über die Bedeutung der Ernährung und auch über die Bewirtschaftung der Kulturlandschaft zu erfahren.

Betonen möchte ich, dass „Lernort Bauernhof“ landesweit den allgemeinbildenden Schulen zur Verfügung steht, und zwar Schülerinnen und Schülern in allen Klassenstufen, aber auch Jugendgruppen. Die Akzeptanz dieses Lernorts ist unglaublich hoch.

Darüber hinaus gibt es auch ein Internetportal zum „Lernort Bauernhof“, das vor allem auch den Lehrern und Lehrerinnen zur Verfügung steht. Sie können dort Bildungsmaterial heranziehen, das sie in den Unterricht zur Vorbereitung einbringen.

Ich möchte an dieser Stelle ganz besonders betonen, dass dieses Projekt „Lernort Bauernhof“ ein hohes Ansehen hat, weil die teilnehmenden Betriebe sehr gut für diesen Austausch vorbereitet sind. Die Landwirte und Landwirtinnen unterliegen hier Qualitätskriterien. Sie werden qualifiziert, und ihr Betrieb ist zertifiziert. Das dokumentieren sie nach außen auch durch ein besonderes Hofschild.

Alle einsteigenden Landwirte und Landwirtinnen – davon gibt es von Jahr zu Jahr mehr – müssen eine zweitägige Grundschulung absolvieren und eine eintägige Fachexkursion hinter sich bringen, die alle drei Jahre wiederholt werden muss.

Inzwischen haben wir immerhin einen stolzen Reigen von 540 Betrieben, die solchermaßen qualifiziert sind und die Kinder an den grünen Beruf heranführen.

Wir haben außerdem eine Zentrale Koordinierungsstelle, in der wir in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport jährlich vier umfangreiche Lehrerfortbildungen durchführen. So konnten wir im vergangenen Jahr in vier Fortbildungen zum Thema „Milchproduktion in Baden-Württemberg“ 70 Lehrer und Lehrerinnen erreichen.

Ich freue mich, dass ich Ihnen sagen kann, dass wir im vergangenen Jahr mit diesem Angebot immerhin 30 000, fast 31 000 Schüler und Schülerinnen erreicht haben. Es sind insgesamt 1 538 Bildungsmaßnahmen gewesen.

Natürlich müssen wir die Landwirte auch entschädigen. Denn es kann ja nicht sein, dass sie ihre kostbare Arbeitszeit für die Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Sie bekommen eine schmale Aufwandsentschädigung. Insgesamt stehen 180 000 € für die 540 Betriebe zur Verfügung. Ich kann aus Gesprächen sagen, dass die Landwirte bereit wären, hier noch mehr zu tun, wenn das Budget größer wäre. Deswegen möchte ich ganz einfach einen Appell an die Parlamentarier richten, dass man hier noch aufdoppeln könnte, damit im nächsten Jahr noch mehr Schüler auf die Höfe können.

Ein weiteres wichtiges Instrument, lieber Kollege, ist das Grüne Klassenzimmer, auch „bwgrün“ genannt. Das ist ein Projekt der Fördergesellschaft bei den Landesgartenschauen, jetzt der BUGA und der Gartenschau im Remstal, wo wir immer sehr viele Schüler und Schülerinnen empfangen können. Je nach Leistungsstufe und Interessengebiet können dort die Unterrichtseinheiten ausgewählt werden. Es geht dann um Landwirtschaft, es geht um Ökolandbau, es geht aber auch um das Naturerlebnis Wald, es geht um Bienen, es geht um die Vermehrung von Pflanzen. Ganz einfach: Der Bezug zur Natur

wird mit diesem Grünen Klassenzimmer gegeben. Das halte ich angesichts dessen, dass viele Kinder heute ziemliche Stubenhocker sind, für ganz wichtig. Nur dann, wenn wir die Kinder in der frühen Kindheit erreichen und sie sensibilisiert sind, können sie auch später Anwälte für die Natur sein und der Landwirtschaft Verständnis und Wertschätzung entgegenbringen.

Natürlich hatten wir beim Landwirtschaftlichen Hauptfest, das im vergangenen Jahr sein 100-Jahr-Jubiläum gefeiert hat, ein umfangreiches Bildungsangebot bereitgestellt. Das war auch ein großer – so möchte ich sagen – Bildungsmagnet.

Ein neues Angebot, das es erst seit 2013 gibt, sind die Minigärtner. Diese sind von der Mainau ausgegangen, und ich bin da über Jahre hinweg in engem Kontakt mit Gräfin Bernadotte und ihren Erben gewesen. Sie haben dieses Projekt mit uns verbreitert. Es geht darum, dass Kindern regelmäßige Besuche in Profigärtnerbetrieben ermöglicht werden, und zwar nach einem besonderen Bildungsplan. Es geht darum, dass die Kinder dort zum einen die Natur, das Wachstum erleben und gesunde Ernährung kennenlernen, aber auch an das gärtnerische Berufsbild herangeführt werden. Bei alledem ist ja immer noch ein Zusatzgewinn gegeben, wenn gesagt wird: „Ach ja, das könnte für mich auch ein Beruf sein.“ Die Kinder, die an dem Minigärtner-Projekt teilnehmen, sind neun bis elf Jahre alt. Das Programm läuft über zwei Jahre; da kann also wirklich Kompetenz aufwachsen. Wir haben bei dem Minigärtner-Programm inzwischen eine sehr gute Zusammenarbeit mit Schulen.

Das wird jetzt bei der Bundesgartenschau ganz stark intensiviert durch Regionalgruppen. Die Tätigkeit von acht Regionalgruppen ist bereits abgeschlossen, 14 Gruppen sind derzeit aktiv, weitere elf Gruppen kommen jetzt in Vorbereitung.

Eine sehr interessante Sache: Man findet immer wieder Partner außerhalb des staatlichen Bereichs, in der Wirtschaft, z. B. im Rahmen des Minigärtner-Programms. Für die Minigärtner stehen Hochbeete auf den Schulhöfen. Insgesamt 500 Hochbeete sind verausgabt, die über die Landesstiftung Baden-Württemberg gefördert werden, damit man das Thema Garten in der Schule umsetzen kann.

Eine Schulgarteninitiative „Lernen für die Zukunft – Gärtnern macht Schule“ gibt es bereits seit 2013/2014. Diese Initiative wurde schon zwei Mal mit großem Erfolg durchgeführt.

Ferner möchte ich feststellen, dass wir immer wieder Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern haben, etwa mit Gartenbaubetrieben.

Ganz neu hinzugekommen ist der Gewinnspareverein der Volksbanken und Raiffeisenbanken, der jetzt in Kooperation mit unserem Ministerium Hochbeete an Grundschulen, an Schüler der dritten Klasse abgibt, wenn der Ernährungsführerschein absolviert wird. Parallel dazu kann man bei der örtlichen Volksbank ein Hochbeet bestellen. Diese Initiative nennt sich „Garten<sup>3</sup>“. Es ist eine sehr gut vorbereitete Initiative; die Pädagogische Hochschule Heidelberg hat den Lehrern hierzu ein Konzept an die Hand gegeben, damit das Projekt schlüssig durchgeführt wird.

Insgesamt ist das, denke ich, eine wunderbare Sache. Ich hoffe, dass wir mit diesen kleinen Maßnahmen bei den Schülern

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

und deren Familien allmählich Toleranz, Akzeptanz und Verständnis für die Landwirtschaft wecken können.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Burger. Wenn Sie die Antwort bitte kurzfassen würden, Frau Staatssekretärin,

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Ja!)

dann hätten wir die Chance, auch die anderen Anfragen noch durchzuarbeiten. – Danke.

**Abg. Klaus Burger** CDU: Frau Staatssekretärin, herzlichen Dank. Genau diese Hochbeete kommen auch in der Region sehr gut an. Aber erlauben Sie mir, doch noch einmal auf die Wilhelma zurückzukommen.

Wir Parlamentarier sind immer wieder aufgerufen, mit Geld sachgemäß und sparsam umzugehen. Jetzt haben wir in der Wilhelma jährlich über 1,6 Millionen Besucher. Angesichts dessen ist das Geld, das man braucht, um einen Schaubauernhof am Leben zu erhalten, natürlich effektiv genutzt.

Man kann damit den Betrieb und die Funktion aufzeigen. Man kann zeigen, wie heimische Tiere gehalten werden. Für die Besucher ist es – das merkt man – genauso wichtig, ein Kalb anzusehen wie einen Papagei. Ist da das letzte Wort gesprochen, oder könnte man noch einmal nachhaken, ob es für den Schaubauernhof in der Wilhelma doch ein Aufleben geben könnte?

(Beifall der Abg. Karl Rombach CDU und Brigitte Lösch GRÜNE)

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Die Stuttgarter Kollegin Frau Lösch pflichtet Ihnen bei, lieber Kollege.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Die macht im Sommer ein Praktikum dort! – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

So, wie ich das Finanzministerium verstanden habe, ist das Konzept ohne den Schaubauernhof gedacht.

Deswegen fokussieren wir uns jetzt auf ähnlich gute Möglichkeiten, einen Schaubauernhof für eine breite Öffentlichkeit im Rahmen eines – so möchte ich sagen – Gesamtbildungsprojekts in Szene zu setzen. Wie gesagt: Tachenhausen wäre eine gute Möglichkeit; aber es ist die zweitbeste Möglichkeit. Offensichtlich ist in der Wilhelma durch das Konzept der Raum eben begrenzt. Ich sehe keine weiteren Möglichkeiten mehr.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Tachenhausen ist in meinem Wahlkreis! – Vereinzelt Heiterkeit)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 4 beendet. Danke schön.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Klaus Dürr AfD – Sprengstofffund in der

Kirchgasse Schorndorf – Stand der Untersuchung

Bitte, Herr Abg. Dürr.

**Abg. Klaus Dürr** AfD: Danke, Frau Präsidentin. – „Sprengstofffund in der Kirchgasse Schorndorf – Stand der Untersuchung“: Wenn ich so etwas höre, erinnert mich das immer unheimlich an die Siebzigerjahre, in denen verblendete Menschen ideologisierte Verbrechen begangen haben. So etwas möchte ich in unserem Land nicht mehr erleben. Daher habe ich die beiden Fragen a und b:

- a) Welchen Schaden hätte der in der Kirchgasse in Schorndorf gefundene Sprengsatz bei einer Explosion anrichten können?
- b) Welche Informationen über Hintergrund und gegebenenfalls Täter, welche ohne Erschwerung der Ermittlungen genannt werden können, haben die bisherigen Untersuchungen dazu ergeben?

Danke schön.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Danke schön. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Innenminister Strobl.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Abg. Dürr, die Fragestellungen betreffen ein noch laufendes Ermittlungsverfahren. Es kann derzeit keine Auskunft über das mögliche Schadensausmaß gegeben werden, da die Untersuchungen hierzu noch nicht vollständig abgeschlossen sind.

Die Antwort auf Ihre zweite Frage ist, dass wir bislang keine Erkenntnisse über ein mögliches Tatmotiv haben. Auch konnte noch kein Tatverdächtiger ermittelt werden. Deshalb können derzeit keine Aussagen zu einem möglichen Hintergrund getroffen werden.

Ich verstehe, dass Sie das nachfragen. Bitte verstehen Sie, dass wir nach einer so kurzen Zeit im laufenden Ermittlungsverfahren noch nicht öffentlich Auskunft über den Stand der Ergebnisse geben können.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Vielleicht später einmal! Danke schön!)

– Später gern, ja.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen oder Zusatzfragen zu dieser Thematik. – Danke schön, Herr Minister.

Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 5 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 6 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Anton Baron AfD – Autobahnauffahrt Ost bei Öhringen

Bitte, Herr Abg. Baron.

**Abg. Anton Baron** AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Im schönen Hohenlohe ist geplant, die Autobahn A 6 auszubauen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder darüber diskutiert, ob eine zusätzliche Autobahnauffahrt Öhringen-Ost realisiert werden soll usw.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und wahrscheinlich schon zehnmal beantwortet!)

Deswegen frage ich die Landesregierung:

- a) Wie schätzt die Landesregierung die Realisierbarkeit einer weiteren Autobahnauffahrt bei Öhringen infolge des anstehenden Planfeststellungsverfahrens ein?
- b) Welche Voraussetzungen müssen für die Realisierung der Autobahnauffahrt hinsichtlich Finanzierung und Genehmigung gegeben sein?

Vielen Dank.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hermann.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich möchte die Anfrage gern wie folgt beantworten: Die Einrichtung einer Autobahnanschlussstelle unterliegt grundsätzlich einer Einzelfallprüfung. Diese muss in Abstimmung mit dem Bundesverkehrsministerium geschehen. Man kann insgesamt sagen, dass das Bundesverkehrsministerium Autobahnauffahrten und -abfahrten eher restriktiv behandelt, und zwar nach der Einsicht, dass eine Autobahn eine überregionale Straße ist und nicht sozusagen alle paar Kilometer unterbrochen werden sollte. Der übergeordnete Verkehr sollte nicht alle paar Kilometer durch Ein- oder Ausfahrten gestört werden.

Öhringen hat bereits eine eigene Autobahnanschlussstelle – passend zur Stadt. Jetzt soll eine weitere geprüft werden. Wenn das ansteht, muss zunächst einmal geprüft werden, ob das technisch machbar ist, ob Mindestabstände eingehalten werden können.

Noch mal: Es gibt eine Regel, wonach zwischen den Autobahnausfahrten eine größere Distanz liegen soll. Autobahnauffahrten soll es also nicht alle 1 oder 2 km geben, sondern eher im Abstand von 8 oder 10 km – eher in dieser Größenordnung. Das gilt nicht stur, aber es gibt da so eine Regel. Dies dient dem Verkehrsfluss und der Sicherheit auf der Autobahn. Wenn man eine zusätzliche Anschlussstelle zwischen diesen Räumen einrichtet, geht das nur dann, wenn eine besondere verkehrliche Notwendigkeit gegeben ist und wenn das auch wirtschaftlich ist. Es muss dann auch der Nachweis erbracht werden, dass es, bezogen auf das Fernstraßennetz, einen Sinn ergibt, eine solche Zufahrt zu realisieren.

Öhringen will einen zusätzlichen Anschluss Öhringen-Ost. Dies ist auch untersucht worden. In dem Verkehrsgutachten kommt man zu dem Ergebnis, dass Öhringen-Ost nur eine geringe Verkehrsnutzung oder -belastung aufweisen würde und auch keine besondere Relevanz für den Fernverkehr hätte. Damit ist diese Anschlussstelle gewissermaßen erst mal vom Tisch. Sie wurde auch vom Bund und von der Straßenbauverwaltung nicht weiterverfolgt. Das ist übrigens auch vor Ort mitgeteilt worden.

Inzwischen hat die Stadt Öhringen aber im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens nochmals darauf hingewiesen, dass sie einen zusätzlichen Halt Öhringen-Ost haben will. Die Planfeststellungsbehörde muss sich jetzt nochmals damit befassen. Sie wird sicherlich die Gründe der Ablehnung und der Bewertung der bisherigen Anfragen berücksichtigen. Aber sie ist natürlich auch frei in der Entscheidung und könnte auch anders entscheiden. Aber wir vermuten mal, dass sie sich an die bisherige Empfehlung hält.

(Abg. Anton Baron AfD: Okay!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weitere Zusatzfrage. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 6 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 7 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Lars Patrick Berg AfD – Waldrodung auf dem Ettenberg für die Windindustriezone Blumberg

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Lars Patrick Berg** AfD: Frau Präsidentin! Zum Thema Waldrodung auf dem Ettenberg für die Windindustriezone Blumberg stelle ich folgende zwei Fragen:

- a) Wie steht die Landesregierung dazu, dass ein Windkraftvorhabenträger laut Presserecherchen beim Landratsamt des Schwarzwald-Baar-Kreises angefragt hat, für die Windkraftgenehmigung die Stellungnahme der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (FVA) in Freiburg nicht zu berücksichtigen?
- b) Wie hoch sind die Kosten für die Rodung der 4,78 ha Waldfläche und die Wiederaufforstung der befristet zu rodenden 1,16 ha, basierend auf heutigen Kostensätzen und einer Gesamtlaufzeit von 30 Jahren, falls der Vorhabenträger die Option zur Laufzeitverlängerung ziehen würde?

Vielen Dank.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Baumann das Wort.

**Staatssekretär Dr. Andre Baumann:** Die Presseberichte sind zutreffend, dass der Vorhabenträger solarcomplex tatsächlich die Stellungnahme der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt, FVA, nicht berücksichtigt haben wollte. Aber die zuständige Verwaltung hat die Stellungnahme der FVA berücksichtigt.

Es hat im November 2016 ein Gespräch des Landratsamts des Schwarzwald-Baar-Kreises mit der FVA wegen der Berücksichtigung des Generalwildwegeplans zum Windpark Blumberg und zum Windpark Länge stattgefunden. Die Bedenken der FVA wurden in Abstimmung mit dem RP Freiburg und dem Umweltministerium zur Kenntnis genommen und standen der Genehmigung nicht entgegen.

Weil zwei Petitionen zu diesen beiden Windkraftanlagen eingereicht worden sind, möchte ich auch auf die Landtagsdruck-

(Staatssekretär Dr. Andre Baumann)

sache 16/4809 hinweisen. Da ist der Sachverhalt sehr ausführlich dargestellt worden.

Zu Ihrer zweiten Frage: Für den Windpark Blumberg finden sowohl dauerhafte Waldumwandlungen statt, wie Sie dargestellt haben, als auch temporäre nach § 11 des Landeswaldgesetzes.

Die Kosten für die Holzerntemaßnahmen, also das Einschlagen und das Rücken des Holzes, können in der Regel durch die Einnahmen aus dem Verkauf des geernteten Holzes gedeckt werden. Die Kosten für die Beseitigung der Wurzelstöcke und das Planieren des Geländes trägt der Vorhabenträger, in diesem Fall solarcomplex. Wir haben keine Kenntnisse über die Höhe dieser Kosten.

Bei den nach § 11 des Landeswaldgesetzes befristeten Waldumwandlungen können im Rahmen von Aufforstungsmaßnahmen Wälder entstehen, oder man kann im Rahmen der biologischen Automation die Natur machen lassen, sodass der Wald von allein wiederkommt. Wenn es die Natur macht, also wenn es der liebe Gott macht, dann ist es kostenlos. Wenn man Pflanzungen vornimmt, dann können Kosten in Höhe von 10 000 € bis 15 000 € pro Hektar entstehen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Es gibt eine Zusatzfrage. Bitte, Herr Abg. Berg.

**Abg. Lars Patrick Berg** AfD: Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Beantwortung der beiden Fragen.

Haben Sie denn Kenntnis darüber, ob es üblich ist, dass Unternehmen wie die genannte solarcomplex in dieser Form auf Behörden einwirken, oder ob das eher unüblich ist?

**Staatssekretär Dr. Andre Baumann:** Der Vorhabenträger solarcomplex hat – das ist üblich – Anträge gestellt, um im Rahmen eines immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens diesen Windpark durchzusetzen. Natürlich führen Behörden mit Vorhabenträgern auch Gespräche. Aber klar ist: Die gesetzlichen Vorgaben werden eingehalten. Das ist in diesem Fall auch so.

(Abg. Lars Patrick Berg AfD: Danke schön!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 7 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 8 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP – Gekrümmte Lärmschutzwände und Mittelwandaufsätze zum Lärmschutz in der Enztalquerung der Autobahn A 8 außerhalb der Einhausung

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den 2014 gefassten Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der A 8 in der Enztalquerung, hier um die Zusagen bezüglich Lärmschutzmaß-

nahmen über Mittelwandaufsätze außerhalb der Einhausung. Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche konkreten Maßnahmen bezüglich des Lärmschutzes außerhalb der Einhausung plant das Land Baden-Württemberg im Rahmen der im Planfeststellungsbeschluss festgeschriebenen Zusage, zum Zeitpunkt der Ausführungsplanung Maßnahmen umzusetzen, die dann dem Stand der Technik entsprechen (beispielsweise durch Veränderungen des Aufsatzes der Mittelwand oder eine Krümmung der Lärmschutzwände)?
- b) Was waren bei bestehenden gekrümmten Lärmschutzwänden in Baden-Württemberg die damaligen Gründe für deren Realisierung, beispielsweise an der B 14 in Stuttgart, obwohl es sich dabei ebenfalls um einen mehrbahnigen Straßenquerschnitt handelt?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Hermann das Wort.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herzlichen Dank, Herr Schweickert, für die Anfrage. Sie bleiben ja an dem Thema dran.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Ja!)

Sie haben bereits 2016 in einer Kleinen Anfrage nahezu das Gleiche gefragt. Wir haben da sehr ausführlich geantwortet. Aber wir wissen ja, in der politischen Kommunikation muss man es mehrfach kommunizieren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vor allem, wenn man so kommuniziert wie Sie! – Vereinzelt Heiterkeit)

Manchmal ändert sich ja etwas. – Genau. Da ist Herr Rülke ganz vornedran.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Im Planfeststellungsverfahren wurden Umfang und Ausführung der Lärmschutzanlagen entlang der A 8 im Enztal ausführlich behandelt. Die Ergebnisse wurden im Beschluss vom 20. November 2014 festgehalten.

Die von Ihnen angesprochene Zusage wird erfüllt, und zwar erstens dadurch, dass besonders hochwertige, hoch absorbierende Lärmschutzwandelemente zum Einsatz kommen, und zweitens dadurch, dass die erforderliche Wandhöhe auch entsprechend hoch ist, wie damals zugesagt.

Damit entsprechen diese Maßnahmen dem Stand der Technik und sind entsprechend dem Versprechen auch nach dem Stand der Technik umgesetzt und erzielen die nach den entsprechenden schalltechnischen Berechnungen geforderten Wirkungen. Insofern, kann man sagen, ist die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben auf diese Art und Weise gesichert.

Bereits im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens wurde ja gefordert, dass gekrümmte Lärmschutzwandelemente einzusetzen seien. Die Planfeststellungsbehörde hat auch dies damals erörtert und ist zu folgendem Ergebnis gekommen: Gekrümmte Wände sind erheblich teurer als gerade Wände, und

(Minister Winfried Hermann)

es würde in diesem Fall kein positiver Effekt erzielt, und deswegen ist es eben nicht zu realisieren.

Weiter sprechen Sie auch von Aufsätzen bei Lärmschutzwänden, die eine Verbesserung bewirken könnten. Davon haben wir zwar auch schon gehört. Aber das ist nur in einem Firmenprospekt dargelegt, das ist nicht belegt. Man muss schon Wert darauf legen, dass Maßnahmen auch belegt sind; denn sie kosten auch etwas. Also: Belastbare Erkenntnisse haben wir nicht. Würden diese vorliegen, würden sie selbstverständlich ernsthaft erwogen und gegebenenfalls auch realisiert werden.

Grundsätzlich müssen Lösungen auch im Lärmschutz eine gewisse Wirtschaftlichkeit haben. Wir suchen nach den jeweils wirtschaftlichsten Lösungen und verwenden diese dann auch.

Mit dem planfestgestellten Lärmschutzkonzept werden nach unserer Einschätzung alle Anforderungen des aktiven Lärmschutzes an der Enztalquerung eingelöst. Ich glaube, dass wir das da richtig gut machen – im Rahmen der Möglichkeiten. Ich weiß, man könnte noch sehr viel mehr machen. Aber Sie wissen selbst: Es gab da immer einen Streit zwischen uns, die wir gern mehr gemacht hätten, und dem Bund, der gesagt hat: „Das sind unsere Standards, und darüber gehen wir nicht hinaus.“

Zu Ihrer zweiten Frage: Wahr ist, dass es einige wenige Beispiele gibt, wo gekrümmte Lärmschutzwände zum Einsatz gekommen sind, auch in Stuttgart an der B 14, dort allerdings nur schwach gekrümmte Lärmschutzwände, die sich nur unwesentlich von einer geraden Wand unterscheiden. Das ist nach unserem Kenntnisstand von der Stadt Stuttgart – nicht von uns – gemacht worden, und zwar zu höheren Kosten und aus gestalterischen Gründen – nicht mit der Absicht, den Lärmschutz zu verbessern, sondern dass die Wand sozusagen besser aussieht. Aber die genauen Erkenntnisse müssten Sie dann bei der Stadt Stuttgart abfragen; denn die hat die Erfahrungen damit.

Es gibt aktuell zwei Bundesfernstraßenprojekte, bei denen vermutlich gekrümmte Lärmschutzwände zum Zuge kommen werden. Das ist zum einen die A 81 bei Böblingen und zum anderen die Neckartalüberquerung der A 6. Das kann man auch schon auf Bildern sehen. Dort kann man es rechtfertigen, da durch diese gekrümmten Lärmschutzwände eine mittlere Lärmschutzwand gespart werden kann, weil der Effekt auf diese Art und Weise erzielt wird. Man könnte auch sagen, es ist eine halbe Einhausung. In diesem Sinn ist es bei diesen beiden Elementen gemacht worden. Aber es ist keine ganze Einhausung, und es bringt in der stark gekrümmten Form natürlich schon etwas, wenn es nah dran ist. Das kann aber eben nur im Einzelfall gemacht werden, wo es auch zu rechtfertigen ist und auch höhere Kosten zu rechtfertigen sind.

Bei der Brücke wäre die Alternative gewesen, dass die Wand höher geworden wäre. Das ist aber aus Gründen des Windschutzes nicht sehr klug, weil dort eben starke Winde sind, und da bringt eine gekrümmte Wand sozusagen stromlinienmäßig weniger Belastung für die Brücke. Deswegen macht man es dort.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Schweickert hat noch eine Zusatzfrage.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Herr Minister, vielen Dank für die Beantwortung, auch für den Hinweis, dass ich

2016 schon Ähnliches gefragt habe. Damals hat Ihr Haus es so aufgefasst, als wenn ich statt der Einhausung die gekrümmten Lärmschutzwände haben wollte. Wir sind uns einig, das macht keinen Sinn. Ich habe extra bis 2019 gewartet, weil jetzt die Ausführungsplanung beginnt, und da muss man das aus-schreiben, was man haben möchte.

Das Thema Höhe ist damals im Planfeststellungsbeschluss – wie Sie es gerade gesagt haben – erörtert worden. Damals gab es die Zusage – ich habe das auch schriftlich hier – vom Regierungspräsidium, vertreten von Frau Trachte, dass man alle Möglichkeiten, die es 2019 oder 2020 geben wird, daraufhin prüft, inwieweit man diese zum Einsatz bringt, dass man tatsächlich mit einer nicht so hohen Mittelwand aus den von Ihnen genannten Windgründen vielleicht mit neuen Techniken etwas tun kann. Das steht darin, und es wurde auch als Zusage im Planfeststellungsbeschluss vermerkt, dass man dann den Stand der Technik prüft.

Sie haben gesagt, Sie werden umsetzen, was dort drinsteht. Das halte ich fest. Deswegen möchte ich bitten, konkret zu werden und zu sagen, welche Maßnahmen das sind. Denn damals war das Thema Weiterentwicklung OPA. Wie der einberechnet wird, war noch offen. Dazu haben Sie jetzt nichts gesagt.

Dann gab es die Frage „Gekrümmte oder gerade Lärmschutzwände?“ sowie die Frage, wie man mit der Mittelleitplanke und deren Aufbau verfährt. Zu diesen beiden Punkten habe ich jetzt nichts gehört. Vielleicht gibt es da irgendetwas, was ausgeschrieben wird. Das wäre interessant.

Zu dem Verweis auf 2016. Sie haben geschrieben: Mehrbahnige Autobahnen eignen sich nicht. Ich musste aber feststellen, dass es in Baden-Württemberg trotzdem ein paar mehrbahnige Fahrbahnen gibt, bei denen man es gemacht hat.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Vielen Dank für die Nachfrage. – Sie haben zu Recht darauf verwiesen, dass es in Einzelfällen so ist. Die habe ich gerade ausgeführt und erläutert.

Nach unserem Kenntnisstand wird bei der Ausschreibung alles berücksichtigt, was im Planfeststellungsverfahren versprochen worden ist. Ich habe versucht, Ihnen das so mitzuteilen, nehme aber gern die Nachfrage mit und werde bei der Behörde nachfragen, ob das, was Sie angesprochen haben, auch berücksichtigt worden ist. Wenn wir dann zusätzliche Erkenntnisse haben, werden Sie schriftlich informiert.

Vielen Dank.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 8 beendet und Punkt 4 der Tagesordnung insgesamt erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 16/5421**

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bringen heute einen Gesetzentwurf ein, der in einigen Punkten, glaube ich, relativ unspektakulär Bereiche regelt, in denen Regelungsbedarf angestanden hat. Dies betrifft zum einen die Stärkung des schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrags, zum Zweiten die Umsetzung, die sich aus der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg ergeben hat, und zum Dritten die Verstetigung der deutsch-französischen Grundschulen.

Die einzelnen Punkte will ich kurz darstellen. Zum einen haben wir Regelungsbedarf im Bereich der Stärkung des schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrags. Da hatten wir bisher eine gewisse rechtliche Offenheit in der Frage, wie mit mitgeführten Gegenständen – konkret am Beispiel Handy – umgegangen wird, wenn der Unterricht gestört wird. Welche Möglichkeiten haben die Lehrerinnen und Lehrer? Diesbezüglich bestand Regelungsbedarf, um Rechtssicherheit zu schaffen. Dieser Bitte wollen wir mit diesem Gesetz nachkommen.

Darüber hinaus geht es um das Thema „Regelungsbedarf bei der Zuweisung von Schülerinnen und Schülern“, genauer genommen um das Thema Schülerlenkung. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat sich im Dezember 2017 zur Zuweisung von Schülerinnen und Schülern geäußert. Das, was uns dort mitgegeben wurde, setzen wir jetzt selbstverständlich um. Es geht vor allem darum, dass bestehende Lenkungsgründe zu ergänzen sind bzw. weitere Ermächtigungsgrundlagen zu schaffen sind.

Es leuchtet durchaus ein, dass die Schulaufsicht befugt sein muss, wenn an einer Schule, deren Aufnahmekapazitäten erschöpft sind, keine weiteren Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden können, diese dann an eine andere Schule gleicher Schulart zu verweisen. Dies ist eine Grundlage, die wir auch weiterhin wollen. Da gab es rechtlichen Regelungsbedarf. Auch diesem kommen wir nach, um dann bei diesem Thema künftig eine Sicherheit für die Arbeit unserer Schulbehörden zu haben.

Der dritte Punkt betrifft die grundsätzliche Frage der deutsch-französischen Grundschulen. Diese sind seit 1990 in Baden-Württemberg verankert. Die damalige Kultusministerin Frau Dr. Schultz-Hector und danach Frau Schavan haben mit der französischen Regierung Staatsverträge abgeschlossen, um den Grundstein für zwei deutsch-französische Grundschulen in Baden-Württemberg zu legen.

Im Geist des Elysée-Vertrags von 1963 wurden dann die Deutsch-Französischen Grundschulen in Stuttgart-Sillenbuch und in Freiburg gegründet. An den Schulen unterrichten jeweils baden-württembergische wie französische Lehrkräfte. Je nach Fach findet der baden-württembergische oder der französische Bildungsplan Anwendung. Beide Schulen vermitteln ein Fremdsprachenangebot Französisch bereits auf Grundschulebene.

Beide Schulen wurden damals als Schulversuche eingerichtet. Daher war es jetzt, glaube ich, überfällig, dass wir die beiden Schulen in den Regelbetrieb aufnehmen und damit das klare Signal geben, dass es ganz wichtig ist, dass sie ihre erfolgreiche Arbeit fortführen. Ich glaube, auch angesichts der europäischen Gesamtlage ist das ein positives Zeichen im Sinne der deutsch-französischen Freundschaft.

Das sind im Wesentlichen die Punkte, die im Rahmen dieser Gesetzesänderung auf der Tagesordnung stehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, das Präsidium hat auch hierzu eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst spricht Frau Abg. Lösch für die Grünen.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg beinhaltet fünf Änderungen, die aufgrund von rechtlichen Regelungen notwendig geworden sind. Er dient insbesondere der Stärkung des schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrags, der Ausgestaltung der Regelung zur Zuweisung von Schülerinnen und Schülern sowie der Verankerung der deutsch-französischen Grundschulen im Schulgesetz.

So, wie es die Frau Kultusministerin gerade auch ausgeführt hat, ist es gerade im Hinblick auf die deutsch-französische Partnerschaft und die Bestrebungen der Landesregierung zur Vertiefung dieser Partnerschaft auch im Interesse des europäischen Gedankens sehr zu begrüßen, dass die Schulversuche nun eine gesetzliche Verankerung bekommen.

Seit den Neunzigerjahren gibt es die zwei deutsch-französischen Grundschulen, die eine in Freiburg, die andere in Stuttgart-Sillenbuch. Dazu gibt es das gemeinsame Abkommen des Kultusministeriums Baden-Württemberg und der Agence pour l'enseignement français à l'étranger.

(Oh-Rufe – Beifall des Abg. Thomas Marwein GRÜNE – Abg. Raimund Haser CDU: Szenenapplaus!)

Die Schulen zeichnen sich dadurch aus, dass der Unterricht von Lehrkräften erteilt werden kann, die im Dienst der Französischen Republik stehen und der Schulaufsicht der französischen Behörden unterliegen. Deshalb können die beiden Grundschulen auch abweichend von § 5 Absatz 1 des Schulgesetzes fünf Schuljahre umfassen, analog des französischen Unterrichtswesens und den Bestimmungen des Abkommens.

Die beiden Schulen haben sich in den vergangenen Jahren sehr gut etabliert. Im letzten Schuljahr besuchten 325 Grundschülerinnen und Grundschüler die Deutsch-Französische Grundschule in Stuttgart und 116 Grundschülerinnen und Grundschüler die Deutsch-Französische Grundschule in Freiburg. Schülerinnen und Schüler werden optimal auf weiterführende Schulen mit bilingualem Zug Französisch oder auf weiterführende Schulen des französischen Bildungssystems vorbereitet. Deshalb begrüßen wir es sehr, dass die jahrelangen Schulversuche nun ordentlich im Schulgesetz verankert wurden.

Ein zweiter Punkt ist die Änderung des § 23, womit ein spezieller Tatbestand zur Einziehung schulordnungswidrig mitgeführter oder verwendeter Sachen geschaffen werden soll. Daneben wurde jedoch eine Begrenzung der Dauer des Einhalts der Sachen – es geht vor allem um Smartphones und Laptops – gefordert und eine Sonderregelung für Smartphones.

(Brigitte Lösch)

Der Landesschülerbeirat hat gefordert, dass am Ende des Schultags die Smartphones wieder zurückgegeben werden sollen. Die Regelungen zum Einbehalt und zu dessen Dauer sind im Entwurf aber bewusst nicht aufgenommen worden, da rechtlich eh nur ein vorübergehender Einbehalt zulässig ist und die Einzelfälle – oftmals sind es ja Einzelfälle – vom schulischen Personal vor Ort auf ihre Verhältnismäßigkeit geprüft werden können.

Der dritte Punkt ist die Änderung von § 88 Absatz 4. Dort wird die Ausgestaltung der Zuweisung von Schülerinnen und Schülern geregelt. Nach der bisherigen Fassung von § 88 Absatz 4 besteht ein Anspruch auf Aufnahme in eine bestimmte Schule nicht, solange der Besuch einer anderen Schule desselben Schultyps möglich und somit für die Schülerinnen und Schüler zumutbar ist.

Aufgrund eines Verwaltungsgerichtsurteils vom Dezember 2017 muss das Gesetz nun angepasst werden. Hintergrund ist die Klage von Eltern aus dem Landkreis Waldshut. Sie hatten ihre Kinder an der Gemeinschaftsschule Alemannenschule in Wutöschingen angemeldet. Das Schulamt befand aber, dass die Kinder lieber in die nahe Gemeinschaftsschule in Klettgau gehen sollten.

(Abg. Daniel Born SPD: Stand in dem Urteil, dass Sie das Gesetz ändern müssen?)

Deswegen haben die Eltern geklagt und haben recht bekommen. Denn nicht nur die Anzahl der Schülerinnen und Schüler spielt eine Rolle, sondern auch die inhaltlichen und pädagogischen Schwerpunkte der Schulen, in diesem Fall der musische Schwerpunkt in der Gemeinschaftsschule Alemannenschule in Wutöschingen, sowie die Unterrichtung der Kinder in Lerngruppen und nicht in der Klasse.

Mit dieser Gesetzesänderung wird der entstandene Regelungsbedarf umgesetzt. Der bereits bestehende Zuweisungstatbestand zur Bildung annähernd gleich großer Klassen wird um weitere Organisationsformen des Unterrichts, wie sie zwischenzeitlich im Schulgesetz Ausdruck gefunden haben, z. B. Lerngruppen, ergänzt.

Ein allerletzter Punkt ist noch in dieser Änderung des Schulgesetzes verankert. Das ist die Regelung der Sachkostenzuschüsse für die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit Internat in freier Trägerschaft. Da wurde auch aufgrund eines Urteils des Verwaltungsgerichtshofs festgestellt, dass die privaten Sonderberufsfachschulen oder Sonderberufsschulen ebenfalls Anspruch haben auf einen Sachkostenzuschuss in Höhe des Sachkostenbeitrags für die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ).

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Beck.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Guter Mann!)

**Abg. Norbert Beck CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute, wie schon

gehört, in der ersten Lesung das Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes.

Die Gesellschaft entwickelt sich, wie wir alle wissen, immer rasanter, und deshalb ändern sich auch die Ansprüche bzw. Aufgaben unserer Schulen. Früher war es noch klar, dass die Erziehung in der Familie stattfand. Heute ist dies immer mehr auf die Schulen übergegangen. Auch die Bildung und Förderung der Kinder wird immer wichtiger. Auch das findet immer mehr in den Schulen statt und immer weniger in den Familien. Deshalb müssen wir auch alles daransetzen, den Kindern in unserem Land die beste Bildung und Förderung zu ermöglichen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

– Danke.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Ressourcenbeschränkungen. Zur Verantwortung gehört auch, dass wir dies immer im Blick behalten. Ziel ist es, dass die Kinder in unserem Land in einer angenehmen und entspannten Atmosphäre lernen können. Sie sind heute oft vielen anderen Stressfaktoren ausgesetzt, als das früher der Fall war.

Auf dem Schulgelände sind die Kinder oft kleineren oder größeren Konflikten ausgesetzt, manchmal auch Mobbing oder anderen Bedrohungen.

Schulordnungswidrige Verhaltensweisen sind leider an der Tagesordnung. Deshalb wird mit der Gesetzesänderung ein Tatbestand zur Einziehung schulordnungswidrig mitgeführter oder verwendeter Sachen geschaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, früher war es normal: Wenn man etwas angestellt hatte – natürlich niemand, der hier im Saal ist; das ist ganz klar –, sind einem die Sachen weggenommen worden. Und jeder fand das in Ordnung. Heute hat sich das verändert.

Ich denke, dass es wichtig ist, dass wir den Lehrerinnen und Lehrern wieder mehr Handhabe angedeihen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der AfD)

Sie müssen die Möglichkeit haben, sich durchzusetzen. Hierzu soll dieses Gesetz beitragen.

Des Weiteren – Kollegin Lösch hat es auch schon ausgeführt – müssen wir die Ressourcen im Blick behalten. Ich denke, wir sind uns einig, dass die Qualität an oberster Stelle stehen muss.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Ich glaube nicht, dass sich die Koalition da einig ist!)

Deshalb wollen wir die gesetzlichen Bestimmungen zur Zuweisung von Schülerinnen und Schülern ändern. Dies geschieht – auch das haben wir gehört – vor dem Hintergrund der jüngsten Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg. Gerade wenn wir eine wirtschaftliche Haushaltsführung im Blick haben wollen, ist dies unumgänglich. Wir machen das, um das Gründen zusätzlicher Klassen, wenn nicht nötig, zu vermeiden.

(Norbert Beck)

Klar ist aber: Auch in Zukunft darf jede Schülerin und jeder Schüler den Schultyp, den sie oder er für sich für richtig hält, frei wählen. Aber im Einzelfall kann es sein, dass ein Schüler in eine andere Schule des gleichen Typs – auch dies wurde schon ausgeführt – kommt, als es vielleicht der Wunsch war. Nicht zulässig ist natürlich auch in Zukunft, dass man Schüler Schulen eines anderen Typs zuweist.

Als Letztes – das haben wir auch gehört; das möchte ich kurz halten –: Im Jahr 1990 wurden im Rahmen eines Schulversuchs zwei deutsch-französische Grundschulen eingerichtet. Diese sollen nun im Schulgesetz für Baden-Württemberg verankert werden.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir insgesamt den schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrag stärken. Dazu brauchen wir eine leistungsstarke Verwaltung, aber auch einen rechtssicheren Einsatz von Ressourcen. Das wollen wir mit diesem Gesetz erreichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Balzer, bitte, für die AfD.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Ab und an werden von der Landesregierung Anregungen von uns aufgenommen. Das erfreut uns natürlich ungemein – nur, dass bei der CDU alles viel netter klingt, so schön sanft und lyrisch, „andante cantabile“ sozusagen.

*Die Erfüllung des schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrags setzt ein Lernumfeld voraus, in dem Schülerinnen und Schüler möglichst frei von äußeren Spannungen dem Unterricht folgen und auch sonst auf dem Schulgelände keinen Konflikten ausgesetzt sind, die die Aufgabenerfüllung der Schule gefährden ...*

Das ist doch ein richtig hübscher Satz. Die heutige Realität ist aber eine andere. Lehrer, auch Schüler sind Gefahren ausgesetzt, denen sie früher nicht ausgesetzt waren. Gewalt gegen Schüler, Gewalt gegen Lehrkräfte: Wir haben dieses Thema über einen Berichtsantrag auf die Tagesordnung des zuständigen Ausschusses gebracht.

Bei den einzuziehenden Gegenständen – schulordnungswidrig mitgeführte oder verwendete Sachen – handelt es sich beileibe nicht nur um Handys, sondern unter Umständen auch um Sprays, andere gefährliche Gegenstände oder sogar um Messer. Diese Regelung ist sinnvoll. Ich möchte an dieser Stelle fragen, ob und, wenn ja, wie sie durchsetzbar ist.

Nächstes Thema: Zuweisungen von Schülern an andere Schulen zur Vermeidung der Bildung zusätzlicher Klassengruppen oder Lerngruppen. In Zeiten von akutem Lehrermangel erscheint dies natürlich sinnvoll. Ausdrücklich beruft sich die Landesregierung auf den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit.

Als die Inklusion eingeführt wurde, war – mit Recht – das Beste gerade gut genug. Inklusion kann oft nur als Zweipädagogenmodell funktionieren. Den Grund- und Hauptschulleh-

ren wurde in einer groß angelegten Offensive die Weiterbildung zu SBBZ-Lehrern angeboten – also zu Inklusionslehrern. Jetzt leiden gerade die Grundschulen unter akutem Lehrermangel. Woran könnte es also liegen? Man staunt.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Man staunt!)

In Obernheim im Zollernalbkreis musste eine Grundschule schließen. Die Schüler der Jahrgangsstufen 1 und 2 werden jetzt im 7 km entfernten Tieringen, die Schüler der Jahrgangsstufen 3 und 4 im 3 km entfernten Oberdigisheim unterrichtet.

Wir hatten letzte Woche das Thema „Kurze Schulwege“ – Sie erinnern sich. Wo ist hier die Konsequenz im politischen Handeln? Die Bevorzugung einer Gruppe ergibt fast zwingend – fast zwingend! – die Benachteiligung einer anderen Gruppe – hier die der normalen Schüler. Von den ganz normal begabten Kindern wird erwartet, dass sie immer und mit Selbstverständlichkeit brav funktionieren und sich wie Schachfiguren hin- und herschieben lassen.

Die beiden deutsch-französischen Grundschulen, bisher im Rahmen eines Schulversuchs eingerichtet, werden im Schulgesetz für Baden-Württemberg verankert. Durch die Überführung des Schulversuchs der deutsch-französischen Grundschulen in die Regelphase entstehen keine zusätzlichen Kosten. Kann das richtig sein?

Wie teuer ist eine deutsch-französische Grundschule im Vergleich zu einer regulären Grundschule oder im Vergleich zu einer bilingualen deutschen Grundschule? Der Unterricht kann von Lehrkräften erteilt werden, die im Dienst der Französischen Republik stehen und der Schulaufsicht französischer Behörden unterliegen. Hier wird eine Europäisierung vorangetrieben, getreu dem in der vergangenen Woche hier besprochenen, unterschriebenen Geheimvertrag von Aachen.

Wir haben in Baden-Württemberg schon gute bilinguale Schulen. Es gibt deutsche Auslandsschulen und auch französische Auslandsschulen. Aber ist es Aufgabe des Landes Baden-Württemberg, französische Auslandsschulen zu finanzieren? Natürlich – das weiß ich auch – klingt grenzüberschreitende Bildungsbiografie schön. Nicht so spießig, eng, deutsch – einfach schön, ein schönes Argument.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Sie haben keine Ahnung von der Lebensrealität!)

Bei allen Gesetzesvorhaben ist zu fragen, ob die Gesetzeslage vereinfacht oder verkompliziert wird. In diesem Fall: eindeutig verkompliziert. Deutsch-französische Grundschulen mit Lehrern, die der französischen Schulbehörde unterstehen: Das Durcheinander aufgrund unklarer Regelwerke ist vorprogrammiert. Absehbar ist auch, zu wessen Lasten dies letztendlich gehen wird. Ich könnte jetzt zur Entwicklung bei der Firma Airbus ausholen. Wir möchten deswegen an dieser Stelle ein großes Fragezeichen setzen.

(Zuruf von der CDU: Das könnten wir bei Ihnen auch setzen!)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)



**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Born, bitte, für die SPD-Fraktion.

**Abg. Daniel Born SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung würfelt völlig unterschiedliche Maßnahmen in einem Gesetz zusammen – Trick 17, wenn man etwas verschleiern will.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Oh! – Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ich nicht! Ich habe nichts verschleiert! – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

In diesem Fall wird das – zu Recht – sehr, sehr kontroverse Thema Schülerzuweisung zusammengepackt mit ein bisschen Schulfrieden, bilingualer Grundschule, Zuschüssen für Internate und natürlich einer richtigen Rechtssicherheit für die örtlichen Schulordnungen. Ganz klar: Hier brauchen Lehrerinnen und Lehrer, hier brauchen Schulgemeinden auch Rechtssicherheit. Genauso war es richtig, was der Landesschülerbeirat gesagt hat, dass man natürlich auch der kommunikativen Lebensrealität der Schüler Rechnung tragen muss und am Ende des Schultags das Handy wieder zurückgegeben werden muss.

Aber gehen wir auf den Kernbereich ein, nämlich die Gesetzesänderung zur Schülerzuweisung. Diese hat weitreichende Folgen. Sie schränkt das elterliche Erziehungsrecht und das Grundrecht des Kindes und des Jugendlichen auf die freie Wahl seiner Ausbildungsstätte weiter ein. Die Landesregierung und die Ministerin haben es hier auch noch einmal wiederholt. Als Zielsetzung wird in dem Gesetzentwurf genannt, die Gesetzesänderung diene der Umsetzung der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg.

Da lohnt es sich, einmal genauer zu schauen, worüber das Gericht eigentlich entschieden hat. Das Gericht hat dieser Landesregierung auf die Finger gehauen, weil sie die Interessen der Kinder und der Eltern nicht ausreichend berücksichtigt hat. Zwei Mal hat die Landesregierung vor Gericht verloren. Anstatt zwei Vollkatschen vor Gericht dazu zu nutzen, die eigene Vorgehensweise kritisch zu reflektieren, schreibt sie sich nun ein Gesetz entsprechend ihrer eigenen rechtswidrigen Praxis.

Das Schulamt Lörrach wollte sieben Kinder nicht an die von ihnen gewählte Gemeinschaftsschule lassen. Stattdessen wurden sie einer anderen Gemeinschaftsschule zugewiesen. Die Eltern klagten mit Erfolg vor dem Verwaltungsgericht Freiburg. Das Schulamt legte Beschwerde ein. Was sagte die nächsthöhere Instanz, der Verwaltungsgerichtshof Mannheim, dazu? Er wies die Beschwerde zurück. Die Eltern hatten Erfolg.

Nun behauptet die Landesregierung, da würde irgendwo drinstehen, sie müsse ein Gesetz ändern. Was sie ändern müsste, ist ihre Haltung zur freien Schulwahl der Eltern und zur Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Staat.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Landesregierung verschärft damit bewusst das Spannungsfeld zwischen freier Schulwahl für Eltern und Kinder auf der einen und haushaltspolitischen Einsparungen auf der anderen Seite. Konkret heißt das, Schulämter dürfen Kinder nun auch

anderen Schulen zuweisen, um Ressourcen zu sparen. Sie können so verhindern, dass neue Klassen eingerichtet werden.

Bislang waren die Hürden für eine solche Zwangszuweisung sehr hoch – zu Recht sehr hoch. Zulässige Gründe waren die Bildung gleich großer Klassen oder die Erschöpfung der Aufnahmekapazität einer Schule;

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch nicht unvernünftig, oder?)

die Zumutbarkeit für den Schüler musste dabei stets gewahrt bleiben.

Problematisch ist die Regelung, die Sie jetzt machen, weil demnach an Schulen gleichen Typs verwiesen werden darf, also z. B. von einer Realschule an eine andere, völlig unabhängig davon, welches Schulprofil die Schule hat. Will ein Kind gern eine Schule mit musikischem oder sportlichem Profil besuchen, kann das Schulamt ihm das verwehren. Das ist für uns nicht die Erziehungspartnerschaft zwischen Land und Eltern.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen Beliebigkeit!)

Dies geschieht nicht etwa deshalb, weil die Wunschschule aus allen Nähten platzen würde und dort nicht genug Lehrkräfte sind, sondern einfach aus dem Grund, weil es günstiger für das Land ist.

Im Übrigen betrifft diese Gesetzesänderung auch ausdrücklich die Grundschule. Normalerweise ist mit dem Wohnort auch der Schulbezirk festgelegt. Mit der neuen Regelung könnte das Schulamt aber auch eine Zuweisung an eine andere Schule vornehmen. Der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ wird von dieser Regierungskoalition innerhalb von zwei Wochen zwei Mal mit Füßen getreten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das heißt ja nicht, dass der Weg dann weiter ist!)

– Es kann aber so sein. – Sie sind hier gestanden und haben gesagt, Sie halten am Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ fest. Zwei Mal innerhalb von zwei Wochen haben Sie diesen Grundsatz hier mit Füßen getreten.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen dafür, dass es keine Verschärfung der Regelungen für Zwangszuweisungen von Kindern an Schulen gibt. Es gibt bereits jetzt genug Möglichkeiten im Gesetz. Was Sie hier machen, ist: Sie schaffen sich ein Schulgesetz nach Ressourcen, anstatt dass Sie versuchen, möglichst viele Ressourcen für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen, dass jedes Kind sein Angebot erhält. Wir nehmen das Elternrecht ernst, wir nehmen die freie Schulwahl ernst. Es ist eine Blamage für Baden-Württemberg, dass beispielsweise die „Rhein-Neckar-Zeitung“ schreiben muss: „Das Gericht verteidigt die freie Schulwahl gegen das Land.“ Wir, die SPD, machen das Gegenteil: Wir treten für die freie Schulwahl in Baden-Württemberg ein.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Rülke, bitte, für die FDP/DVP.

(Abg. Anton Baron AfD: Bildungspolitischer Sprecher! – Vereinzelt Heiterkeit)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das von der Landesregierung vorgelegte Paket von Gesetzesänderungen erfährt zum ganz überwiegenden Teil die Zustimmung der FDP/DVP-Fraktion, genauer gesagt: zu drei von vier Bestandteilen.

Folgende drei Elemente unterstützen wir: erstens den neuen Tatbestand zur Einziehung schulordnungswidrig mitgeführter oder verwendeter Sachen. Dass beispielsweise ein Handy vorübergehend eingezogen werden kann, wenn die Schulordnung die Benutzung im Unterricht verbietet, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit und bereits jetzt vielerorts gelebte Praxis. Deshalb wird mit der Normierung an dieser Stelle Rechtsklarheit geschaffen und den Schulen der Rücken gestärkt.

Zweitens unterstützen wir die Anpassung der Sachkostenzuschüsse für die Sonderberufsschulen und Sonderberufsfachschulen in freier Trägerschaft.

(Abg. Anton Baron AfD: Vorlesung!)

Bisher orientierte sich die Zuschusshöhe an den Berufs- bzw. den Berufsfachschulen – was zweifellos nicht sachgerecht war und vom Verwaltungsgerichtshof denn auch verworfen wurde.

Drittens erhält die Übernahme der beiden bisher nur als Schulversuch eingerichteten Deutsch-Französischen Grundschulen in Freiburg im Breisgau und in Stuttgart-Sillenbuch in die Regelform unsere Unterstützung. Der Schulversuch wurde in den 1990er-Jahren gestartet und hatte deshalb nun ausreichend Zeit, sich zu bewähren – was ganz offensichtlich ja der Fall ist.

Bei diesen drei Elementen ließe sich allenfalls kritisch die Frage anmerken, warum sich die Landesregierung nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt dazu entschlossen hat, dies in Gesetzesform zu gießen.

Mit dem vierten Bestandteil des Gesetzepakets tun wir uns allerdings schwer. Es handelt sich um die Bestimmung zur Einschränkung der Wahlfreiheit hinsichtlich des Besuchs von Schulen. Dabei stellen wir nicht infrage, dass es grundsätzlich Möglichkeiten zum Ausgleich von Verwerfungen bei der Auslastung von Schulen geben muss. Es muss aber auf das gewählte Fächerprofil möglichst Rücksicht genommen werden. Entsprechendes fordern ja auch der Landesschülerbeirat und der Landesschulbeirat; der Beamtenbund fordert dasselbe für die Reihenfolge der Sprachen.

Auch nach Auffassung unserer Fraktion greift die alleinige Bestimmung zu kurz, es dürfe sich nur nicht um unterschiedliche Schultypen handeln.

Auch der Verwaltungsgerichtshof bezeichnet es als nicht nachvollziehbar, dass die Wahl des Profils nicht als entscheidungserhebliches Kriterium angesehen wird. Das war ein Zitat aus der Entscheidung, die zu dem nun vorgelegten Gesetzentwurf geführt hat.

Gemäß Artikel 11 unserer Landesverfassung hat aber jeder junge Mensch ein Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Kenner SPD)

Ferner gilt es sicherzustellen, dass die Zuweisungsregelung nicht zulasten der dualen Ausbildung geht. Denn, wie der Landkreistag kritisch anmerkt, die Einschränkung der Wahlfreiheit könnte gerade den Bereich der dualen Ausbildung besonders empfindlich treffen.

Abgesehen von den längeren Schulwegen könnten die Betriebe Schüler in unterschiedlichen Schulen haben, was den Verwaltungsaufwand vergrößert und den Austausch der dualen Partner erschwert.

Die Zuweisung an unterschiedliche Schulen ist deshalb unbedingt bei Schülern zu vermeiden, die mit demselben Betrieb in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Denn dass Ausbildungsplätze dem Bürokratismus zum Opfer fallen, dürfen wir uns in Baden-Württemberg unter gar keinen Umständen leisten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da spricht ja nichts dagegen! Das lässt sich regeln!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5421 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport zu überweisen. – Damit sind Sie einverstanden, und es ist so beschlossen.

Damit können wir Tagesordnungspunkt 5 abschließen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – Behördliches Mobilitätsmanagement – Zwischenbilanz des JobTicket BW – Drucksache 16/1882**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Erik Schweickert**

Dafür haben wir folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Begründung des Antrags darf ich Frau Abg. Zimmer für die Grünen aufrufen.

**Abg. Elke Zimmer** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 5,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg pendeln an jedem Werktag zu ihrer Arbeitsstelle. Mehr als 70 % dieser Pendlerinnen und Pendler nutzen dafür nach wie vor das Auto. Das bedeutet für über die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land morgens wie abends oft Stau und Stress. Über die Unfallgefahr, die entsteht, wenn unter dem zeitlichen Druck

(Elke Zimmer)

morgens und abends auf den Straßen gedrängelt oder gerast wird, wollen wir an dieser Stelle gar nicht sprechen.

Dazu kommt aber auch noch der ökologische Fußabdruck von jedem Einzelnen, der hier unterwegs ist.

Daraus ergibt sich dann insgesamt eine ziemlich schräge und irrationale Bilanz. Deshalb hat sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt, hier den Berufspendlerinnen und -pendlern Alternativen zu bieten und die Vorbild- und Vorreiterrolle der eigenen Landesverwaltung bei nachhaltigen Mobilitätskonzepten weiter auszubauen.

(Beifall bei den Grünen)

Mit der Einführung des JobTickets BW für unsere Landesbediensteten in Baden-Württemberg haben wir dabei im Jahr 2016 den richtigen Impuls gesetzt.

Denn wir wollen, dass noch mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen können, und wir wollen die passenden Anreize dazu bieten.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Thomas Dörflinger CDU und Andreas Kenner SPD)

Es war eine gute Entscheidung im Herbst 2017, den Landesanteil beim JobTicket BW von 20 auf 25 € anzuheben. Wir haben dieses Erfolgsmodell JobTicket damit nochmals gestärkt und für unsere Landesbediensteten noch attraktiver gemacht. Das Land leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Thomas Dörflinger CDU)

Das Land steht mit dieser Entscheidung zum Glück nicht allein da. Das JobTicket BW steht im Trend der Zeit, und auch viele Betriebe und Kommunen im Land bieten ihren Beschäftigten ein Jobticket an. Das ist wirklich großartig, und an dieser Stelle dafür auch herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Andreas Kenner SPD)

Mit diesem Angebot eines Jobtickets zeigen die Kommunen und die Unternehmerinnen und Unternehmer in Baden-Württemberg Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten und Verantwortung gegenüber der Umwelt. Zu nennen sind hier beispielsweise die Unternehmen VAUDE, Porsche und Daimler sowie zahlreiche Städte und Kommunen im ganzen Land, u. a. auch meine Heimatstadt Mannheim. Viele Unternehmen und Kommunen gehen diese neuen Wege für eine nachhaltige Mobilität ihrer Beschäftigten.

Ein Jobticket ist aber bei Weitem nicht das Einzige, was den Beschäftigten in Baden-Württemberg als Alternative zur Autonutzung geboten wird. Beispielsweise hat der Hersteller für Präzisionsdichtungen Trelleborg mit Hauptsitz hier in Stuttgart seine bestehenden nachhaltigen Mobilitätsangebote für Beschäftigte ausgebaut. Das Unternehmen bietet ein Dienstrad-Leasingkonzept und bietet einen 60-€-Bonus pro Monat für Mitarbeiter, die zu Fuß zu ihrer Arbeitsstelle kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Ja! – Zurufe von der AfD)

Auch das Traditionsunternehmen Kärcher, das die meisten von Ihnen wahrscheinlich kennen, setzt seit Jahren auf das Fahrrad als gesundes und nachhaltiges Verkehrsmittel. Zur umweltgerechten Mobilität, meine Herren hier drüben, zählt für Kärcher aber nicht nur die Fahrradförderung; das Unternehmen zahlt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 50 % des Jobtickets und bei Azubis sogar 75 %.

Dann gibt es noch zahlreiche Unternehmen, die für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Plattformen für Mitfahrgelegenheiten und für Fahrgemeinschaften anbieten. Etliche Unternehmerinnen und Unternehmer haben pfiffige Ideen, wie sie das Thema „Nachhaltige Mobilität“ bei ihrer Belegschaft durch regelmäßige Aktionen verankern können.

Baden-Württembergs Unternehmen sind in diesem Bereich vielfältig und zukunftsweisend aufgestellt. Zu diesem nachhaltigen und umweltfreundlichen Mobilitätsmanagement zählt auch, wenn Betriebe und Kommunen auf ein nachhaltig geplantes Fuhrparkmanagement umsteigen.

Ein großer Schritt ist es auch, wenn das Dienstreisemanagement überdacht wird und wenn bei Dienstreisen nicht nur auf Kosten und auf Reisezeit geachtet wird, sondern auch auf die Schadstoffbilanz. Denn so schrumpft unser CO<sub>2</sub>-Rucksack.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Abg. Zimmer – –

**Abg. Elke Zimmer GRÜNE:** Ich bin gleich zu Ende.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nein, es gibt einen Zwischenfragewunsch von Herrn Abg. Dr. Balzer.

**Abg. Elke Zimmer GRÜNE:** Nein. – Zu guter Letzt: Hier spielt auch die Digitalisierung eine große Rolle. Telearbeit im Homeoffice ist auch ein Beitrag zum Umweltschutz. Wer von zu Hause aus arbeitet, verursacht keinen Stau, weniger Emissionen, spart Fahrzeit und Stress. Weiter so! Bieten wir Alternativen, geben wir auch weiter gute Impulse, und lassen wir uns von diesen guten Ideen, die andere haben, anstecken. Ich danke hier vor allem unserem Verkehrsminister Winfried Hermann.

(Abg. Anton Baron AfD: Wahnsinn! Super Minister!)

Ich danke allen beteiligten Verkehrsverbänden, allen Kommunen, allen Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich gemeinsam mit uns auf den Weg gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das Land hat sich mit dem JobTicket BW als vorbildliche Arbeitgeberin, als Vorreiterin und Impulsgeberin gezeigt. Mit vielen weiteren Bausteinen – einem Dienstradleasing für Beamtinnen und Beamte, einer Erneuerung des Landesfuhrparks und auch einem an ökologischen Aspekten orientierten Landesreisekostengesetz – sind wir auf dem besten Weg hin zu einer klimaneutralen Landesverwaltung. Alle Investitionen in diese Bereiche lohnen sich doppelt und dreifach.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Norbert Beck CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Schuler, bitte, für die CDU.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

**Abg. August Schuler** CDU: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Mobilität stellt uns vor große Herausforderungen: verstopfte Straßen, überfüllte Stadtbahnen und Züge. Die notwendige Verkehrsinfrastruktur sollen Bund und Land herbeizaubern, und das unter Vermeidung von – zumeist unerwünschten – Nebenwirkungen.

Inzwischen ist die Politik nicht nur damit beschäftigt, diese Rahmenbedingungen zu schaffen, sondern sie ist auch dabei, Ursachen für Lärm- und Schadstoffemissionen – die Kollegin hat es gerade angesprochen – zu bewältigen und immer neue Ideen und Konzepte zu erfinden, um das Umsteigen auf den öffentlichen Personennahverkehr noch attraktiver zu machen.

Derzeit sind wir beim Thema Dieselfahrverbot gelandet. Oder kommt jetzt das Verbot des Dieselfahrverbots? Und was kommt dann?

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Das Benzinerfahrverbot!)

Der Verkehrspolitik wird immer stärker die Aufgabe gestellt, Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung, zur Verkehrsverlagerung und zur Vernetzung der Verkehrsarten zu ergreifen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Baden-Württemberg pendeln täglich über fünf Millionen Menschen zur Arbeit, vorwiegend mit dem eigenen Pkw und zu einem großen Teil weniger als 10 km.

Vor drei Jahren hat das Land flächendeckend Anreize für Bedienstete bzw. Mitarbeiter geschaffen, um ihnen den Wechsel auf öffentliche Verkehrsmittel zu ermöglichen. Dieses Konzept ging auf. Eine Nutzerquote von 10 % der zuschussberechtigten Landesbediensteten bereits ein Jahr nach der Einführung des JobTickets BW spricht für die positive Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens bei den Beschäftigten des Landes.

Dies gilt vor allem in den Verdichtungsräumen. Über 9 000 JobTickets – ich glaube, es waren 9 228 – wurden allein im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart abgesetzt, im automobilen Herzen Deutschlands. 2 898 JobTickets waren es im Regio-Verkehrsverbund Freiburg und über 2 000 weitere JobTickets im Karlsruher Verkehrsverbund – mit einem Gesamtanteil von 47 % Abo-Neukunden.

Von den Kommunen und Unternehmen unseres Landes – das hat die Kollegin ebenfalls angesprochen – werden für die Mitarbeiter vergleichbare Nutzerquoten von etwa 10 % bis 12 % gemeldet.

Den Zuschuss hat das Land 2017 von 20 € auf 25 € erhöht, denn je mehr Menschen umsteigen, desto höher werden die Effekte in den unterschiedlichen Wirkungsbereichen. Langfristig ist durch das JobTicket nämlich mit positiven Wirkungen zu rechnen.

Das gilt zunächst verkehrlich: Es bedeutet eine direkte Entlastung für das Vorwärtskommen auf unseren Straßen im tagtäglichen Pendlerverkehr.

Zweitens gilt das auch städtebaulich: eingesparte Stellplätze, weniger abgestellte Pkws im Straßenraum, langfristig eine verbesserte städtebauliche Situation in den Verdichtungsräumen.

Drittens sind die Einflüsse auf Umwelt, Klima und Schadstoffbelastung enorm. Die Einführung des JobTickets BW leistet einen wichtigen Beitrag zur Emissionseinsparung; das zeigen die Zahlen deutlich. Eine Hochrechnung der Umfrageergebnisse weist eine Reduktion um 1 331 t CO<sub>2</sub> aus. Auch die Belastung mit Luftschadstoffen sinkt.

Nicht zuletzt erhöhen wir die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber.

Für dieses Ziel ist die Förderung des Fahrradverkehrs ein weiterer Baustein des Mobilitätsmanagements. So soll zunächst ein Radleasing für Landesbeamte sowie für Richter des Landes eingeführt werden. Entscheidend ist für uns von der CDU-Fraktion aber, dass die Regierung ein Konzept vorlegt, das für alle Besoldungsgruppen attraktiv ist.

Zudem wünschen wir uns, dass sich die Gewerkschaften doch noch beteiligen und wir das Leasing auch für Angestellte des Landes anbieten können.

(Beifall des Abg. Thomas Dörflinger CDU)

Nicht zuletzt aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem JobTicket unterstützt das Land jetzt Unternehmen und Behörden, die die Mobilität ihrer Mitarbeiter fördern wollen, mit einem Förderprogramm. Es bietet ein breites Spektrum von Maßnahmen vom Jobticket bis zum Fuhrparkmanagement.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Steuerfreiheit für das Jobticket forderten Finanzministerin Sitzmann und Verkehrsminister Hermann. Dem schloss sich die Mehrheit der Länder im Bundesrat an. Dank ihrer Initiative werden gewährte Zuschüsse für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Linienverkehr zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte des Arbeitnehmers jetzt von der Steuer befreit. Für diese Initiative, Herr Minister, gebührt Ihnen unser Dank. Der Bundesrat hat für die entsprechende Initiative aus Baden-Württemberg und Hessen gestimmt.

Es gab sie nämlich schon einmal, die Steuerfreiheit bei Arbeitgeberleistungen für den Weg zur Arbeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Steuerbefreiung entfiel ab 2004 im Rahmen der Umsetzung von Einsparvorschlägen.

Kolleginnen und Kollegen, Politik muss für Probleme Lösungen finden, die allen gerecht werden. Das geht nicht immer schmerzlos. Deshalb stoßen manche Maßnahmen auch auf Unverständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Bedenken müssen wir bei allen Maßnahmen, dass es Situationen und Lebensphasen gibt, in denen es unmöglich ist, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren – Stichwort: Leben im ländlichen Raum.

Die Verkehrspolitik – ich komme zum Schluss – ist also in begrenztem Maß in der Lage, die Mobilitätsentwicklung zu beeinflussen. Entscheidend ist für uns aber, dass hier ideologiefrei vorgegangen wird und jedem Verkehrsträger der angemessene Stellenwert eingeräumt wird.

Insofern war das Angebot des Landes für 10 % der Anspruchsberechtigten ein wichtiger Umsteigeimpuls. Allein schon deshalb werten wir, die CDU-Fraktion, die Zwischenbilanz zur Erhöhung der Nutzung des JobTickets als einen Erfolg.

(August Schuler)

Auch in Zukunft, Kolleginnen und Kollegen, bedarf es gemeinsamer politischer Anstrengungen, um kilometerlangen Staus auf den Straßen der Landeshauptstadt und überfüllten Bussen und Bahnen in den Stoßzeiten entgegenzusteuern. Dann könnte die Zahl der Nutzer des JobTickets sicher noch steigen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die AfD spricht Herr Abg. Stauch.

**Abg. Hans Peter Stauch** AfD: Frau Präsidentin, vielen Dank. – Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir reden heute über die Zwischenbilanz des JobTickets BW. Ich könnte jetzt ein Loblied auf das JobTicket BW singen,

(Abg. August Schuler CDU: Bravo!)

aber ich glaube nicht, dass Sie das von uns oder von mir erwarten.

Grundsätzlich begrüßen wir, dass das Land BW seinen Angestellten das Pendeln im öffentlichen Nahverkehr attraktiver gestalten will, und unterstützen gern jede sinnvolle Initiative. Aber das JobTicket gehört nicht dazu.

(Heiterkeit bei der AfD)

Im Zuge allgemeiner Klimahysterie wurde durch die Landesregierung ein behördliches Mobilitätsmanagement eingeführt. In diesem ideologischen Zusammenhang sind auch Maßnahmen wie das JobTicket BW zu sehen. Die Grundidee ist besonders perfide, da es sich um eine weitere Privilegierung der Beamtenschaft und des öffentlichen Dienstes handelt

(Oh-Rufe)

– es ist so –, finanziert aus den Steuergeldern derer, die bis an die Belastungsgrenze mit Steuern belastet werden

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Und noch darüber hinaus!)

und die eben nicht in den Genuss eines solchen Angebots kommen. Das erklären Sie einmal einer Friseurin oder den Pflegekräften mit einem unterdurchschnittlichen Einkommen, dem Steuerzahler. Würde man allen Berufstätigen diese Möglichkeit eröffnen, würde das sowieso schon marode und überlastete ÖPNV-System vollends in sich zusammenbrechen.

Beim JobTicket BW zeigen uns die Kosten und Wirkungen die Unsinnigkeit. Es gibt 21 540 Nutzer, das sind 10 % der Berechtigten. Ein Monatszuschuss von 25 € macht im Jahr deutlich über 6 Millionen € aus. Die Wirkung: Die Herausnahme von 802 Pkws entspricht einer Reduktion um 1 331 t CO<sub>2</sub> im Jahr. Das sind ungefähr so viele Fahrzeuge, wie in vier Stunden die Weinsteige rauf- und runterfahren.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Man höre und staune: 141 aus dem Verkehr genommene Pkws entsprechen einer Reduktion um 513 kg Stickoxid – wohlgemerkt in der Gesamtfläche Baden-Württembergs und pro Jahr.

Dementsprechend fallen auch 59 kg weniger Feinstaub an. Das sind die nach dem Modell TREMOD des Umweltbundesamts errechneten Werte. Dies dann als wirkungsvollen Beitrag zum sogenannten Klimaschutz zu zählen grenzt an Volksverdummung. Das JobTicket BW ist für einen immerzu wiedergekauften Klimaschutz vollkommen nutzlos, ebenso zur Luftreinhaltung.

Warum? Die NO<sub>x</sub>-Emissionen des Verkehrs sind seit 1995 trotz verdoppeltem Fahrzeugaufkommen um 60 % gefallen, mit fortlaufend fallender Tendenz – und dies allein aufgrund von Verbesserungen der Dieseldieseltechnologie durch Ingenieure und Techniker der deutschen Automobilindustrie.

(Beifall bei der AfD)

Durch altersmäßigen Flottentausch wird sich dieser Trend auch ohne unsinnige Fahrverbote weiter fortsetzen.

Zu den neuen Nutzern des JobTickets: Der Großteil der JobTicket-BW-Kunden war schon zuvor im Besitz einer Dauerkarte. Lediglich 23 % der Nutzer gelten als Neunutzer.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha, aha!)

Das sind etwa 5 000 Kunden, also etwa 2,5 % aller Berechtigten. Dabei ist nicht klar, wie viele davon zuvor schon mit Wochen- oder Monatskarten unterwegs waren. Hier von einem klaren Erfolg zu sprechen ist reichlich vermessen und Augenwischerei. Solche Angebote sind also nicht geeignet, Pendler zum ÖPNV zu locken, meine Damen und Herren. Das JobTicket BW in seiner jetzigen Form ist reiner Aktionismus und dient als Feigenblatt.

Die Bereitschaft zum Umstieg funktioniert über Service, Sicherheit, Sauberkeit und Zuverlässigkeit.

(Beifall bei der AfD)

Das alles sind Punkte, die in den vergangenen Jahren spürbar zurückgegangen sind, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Jeder Pendler ist bereit, für eine gute Leistung angemessen zu bezahlen. Die Gleichbehandlung aller Pendler muss aber beachtet werden.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Grundsätzlich sollten finanzielle Vorteile allen Pendlern zugutekommen, wenn Sie den Umstieg auf den ÖPNV forcieren wollen. Klientelpolitik muss vermieden werden. Das JobTicket BW ist einzustellen, und eine allgemein gerechte und pendlerfreundliche Lösung ist zu finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die SPD spricht Herr Abg. Selcuk.

**Abg. Ramazan Selcuk** SPD: Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass die SPD das JobTicket unterstützt, steht außer Frage.

(Zuruf: Gut so!)

(Ramazan Selcuk)

Wir haben es schließlich gemeinsam mit den Grünen initiiert. Der nicht ganz neue Gedanke dahinter lautet: Das Land soll den Beschäftigten helfen, vermehrt öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Die Hilfe findet dabei durch die finanzielle Unterstützung statt. Frau Kollegin Zimmer hat es erwähnt: Es gibt seit Neuestem 5 € mehr. So weit, so gut.

Ich meine, das sollte in Zeiten von Fachkräftemangel und Fahrverboten eigentlich kein bemerkenswerter Vorgang mehr sein. Erstaunlicher sind hier die Ergebnisse, die dieser nicht allzu neue Antrag zutage förderte. Vielleicht ist das auch ein Grund dafür, warum wir hier so lange auf diese Debatte warten mussten. Ich glaube nicht, dass die beiden Kollegen Schwarz und Katzenstein ihrem Minister mit diesem Antrag einen Gefallen getan haben.

An dieser Stelle möchte ich gleichwohl meinen Respekt gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium ausdrücken. Die Stellungnahme wirkt dank viel Interpretationskunst und sehr schönen Charts als Erfolg – was man den Beiträgen der Vorrednerinnen und des Vorredners auch anmerken konnte.

Immerhin steht am Ende des Titels von Abbildung 6 – „Wirkung JobTicket BW auf Klima und Schadstoffbelastung?“; das sind ja Punkte, die Sie auch schon angesprochen haben – ein ganz dickes Fragezeichen.

Aber kommen wir zum Antrag zurück. Schauen wir uns doch das Ergebnis in der Stellungnahme an. Trotz stetigem Zuwachs beanspruchen nur magere 10 % aller Anspruchsberechtigten das JobTicket, also knapp 22 000 der über 200 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für die Übrigen ist das JobTicket leider keine interessante Alternative.

Herr Kollege Schuler hat vorhin gesagt, 10 % seien umgestiegen. Das ist natürlich nicht ganz richtig, weil ja sehr viele das ÖPNV-Angebot schon vorher genutzt haben. Da gab es sicherlich auch Mitnahmeeffekte.

Zudem haben wir bei diesen knapp 22 000 einen deutlichen Schwerpunkt in den Regionen Stuttgart und Freiburg. Dass die Nutzung in Ballungsräumen in relativen wie auch in absoluten Zahlen höher ist, liegt sicherlich neben der Konzentration von Ministerien oder anderen Landeseinrichtungen auch an der besseren Angebotsdichte von öffentlichen Verkehrsmitteln in urbanen Regionen.

Ein ebenso großer Anteil von Nutzerinnen und Nutzern hat, wie gesagt, den ÖPNV bereits vorher genutzt. Das ist auch nicht verwunderlich, schließlich sucht der rationale Mensch das für sich praktischere Verkehrsmittel.

Eine gute Anbindung und ein gutes Angebot erhöhen entsprechend die Chance, dass die Menschen das öffentliche Verkehrsnetz nutzen. Es ist daher wichtig, dass der Komfortverlust kompensiert wird, ein Komfortverlust, der durch etwaige Umstiege, längere Fußwege oder das Risiko von Verspätungen oder gar Ausfällen begründet ist.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es unumgänglich, dass wir sowohl den ÖPNV als auch den Schienenpersonennahverkehr kräftig ausbauen und möglichst auch noch den Takt weiter verbessern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Machen wir doch!)

– Da können Sie ruhig klatschen, Herr Katzenstein. – Denn dann müssen wir auch keine Hochrechnungen über theoretisch gesparte CO<sub>2</sub>- und NO<sub>x</sub>-Emissionen besprechen. Hier geht es um Maßnahmen, die im Gesamten eine jährliche Reduktion um ca. 1 300 t CO<sub>2</sub> ausmachen; Herr Kollege Schuler hat es vorhin schon erwähnt. Aber wir müssen es einmal ins Verhältnis setzen. Wenn alle MdLs in diesem Parlament einmal nach New York und wieder zurück fliegen, erzeugt dies bereits einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 500 t.

(Abg. Emil Sänze AfD: Deshalb mache ich keine Ausschussreise!)

Schon der Helikopterflug über 167 km von Rheinfeldern nach Bad Wurzach verursachte 1 t CO<sub>2</sub>.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP – Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wie kommen Sie denn immer hierher?)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Ramazan Selcuk SPD:** Ich komme mit der Bahn,

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sehr gut!)

wenn sie denn pünktlich fährt. Leider stehe ich oft in Reutlingen am Bahnhof und muss dann erfahren, dass sich die Bahn fünf Minuten verspätet, dann zehn Minuten verspätet und dann womöglich gar nicht kommt. Ich weiß, wovon ich spreche. Fragen Sie mal Ihren Fraktionskollegen aus meinem Wahlkreis, wie der hierherkommt.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Abg. Ramazan Selcuk SPD:** Ich komme zum Schluss. Ich bin gerade noch auf die Zwischenrufe eingegangen. Sie entschuldigen, Frau Präsidentin.

Wie erwähnt, unterstützen wir das JobTicket aus vollem Herzen und fordern gar einen weiteren Ausbau. Ärgerlich ist an dieser Stelle daher neben dem schwachen Zuspruch zum JobTicket, dass hier eine überschaubare Bilanz als Erfolg verkauft wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so sollten Sie mit Daten und Fakten nicht umgehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die FDP/DVP spricht Herr Abg. Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die Freien Demokraten haben sich immer für das JobTicket als einen wichtigen Bestandteil der Mobilität, aber auch der Attraktivität der Arbeitsplätze von Landesbeschäftigten ausgesprochen. Insofern gibt es da auch keinen Dissens bei den meisten Fraktionen hier im Landtag.

(Jochen Haußmann)

Die Interpretation dieses fast zwei Jahre alten Antrags ist jedoch unterschiedlich. Ich vermute mal, dass Sie die letzten zwei Jahre überlegt haben, ob Sie es wirklich als Erfolg verkaufen.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Das Timing liegt nicht an uns!)

Das schließe ich daraus, wie Sie es dargestellt haben, Frau Zimmer und Herr Schuler.

Als Mitte letzten Jahres die „Erfolgsmeldung“ zum JobTicket kam, hat mich ein Journalist angerufen und gesagt: „Herr Haußmann, vom Verkehrsministerium wird es als toller Erfolg bezeichnet, dass 10 % der Bediensteten das JobTicket in Anspruch nehmen. Das ist doch eigentlich eine Enttäuschung.“ Darauf habe ich erwidert: „Ja, ich sehe es auch so. Ich denke aber auch, dass man das nicht nur unter klimapolitischen Zielen sehen sollte.“

Insofern, glaube ich, brauchen wir da einen anderen Ansatz. Frau Zimmer, Sie betrachten das rein unter dem Aspekt des Klimaschutzes. Wir sehen es aber auch unter dem Aspekt der Attraktivität des Arbeitsplatzangebots. Aber eine Inanspruchnahme durch 10 % der Bediensteten sollte nicht als ein so großer Erfolg interpretiert werden. Wir sehen es einfach als sinnvolle Maßnahme an.

Über die Hälfte derjenigen, die das JobTicket in Anspruch genommen haben – Herr Selcuk hat angesprochen, dass es da Mitnahmeeffekte gab –, waren Landesbeschäftigte, die schon vorher mit dem ÖPNV gefahren sind. Auch die Erhöhung des monatlichen Zuschusses von 20 auf 25 € hat ja keine beträchtliche Veränderung erbracht.

Wir unterstützen aber auch die Meinung des Verkehrsministeriums und der Landesregierung, dass man es nicht so machen sollte wie in Hessen, wo Landesbedienstete völlig kostenfrei mit dem ÖPNV fahren können. Denn es wäre, glaube ich, schlecht vermittelbar, wenn beispielsweise Lehrerinnen und Lehrer den ÖPNV kostenfrei nutzen, aber die Schülerinnen und Schüler ihre Tickets kaufen müssen. Deswegen glauben wir, dass dieser moderate Zuschuss von 25 € pro Monat durchaus richtig ist. Aber schon im ersten Jahr hatten Sie 15 Millionen € im Haushalt bereitgestellt, und 5,4 Millionen € wurden abgerufen. Ich glaube, insofern sollten wir es ganz nüchtern betrachten und relativieren und es weniger als eine Erfolgsmeldung werten.

Es gibt ganz andere Themen, die wir in diesem Zusammenhang ansprechen müssen. Um mehr Menschen, auch mehr Beschäftigte auf den ÖPNV zu bringen, gibt es ganz andere Kriterien. Das betrifft die Qualität und die Zuverlässigkeit des ÖPNV, und dies hat natürlich massiv gelitten.

Ich darf den Kollegen Gruber nennen, der dank seiner mathematischen Analysefähigkeiten die Murrbahn auf Qualität seziiert. Es ist ein Armutszeugnis, was sich da ergeben hat.

Wenn mir Fahrgäste eine 5 m lange Auffüstung

(Der Redner hält eine Papierrolle hoch.)

über Qualitätsmängel der Filstalbahn über drei Monate hinweg zukommen lassen, dann haben wir, glaube ich, eine ganz

andere Problematik, wenn wir nach Gründen suchen, warum ein Jobticket nicht genutzt wird.

Herr Minister Hermann, bekommen Sie diese Qualitätsthemen doch mal in den Griff. Dann haben wir auch eine bessere Erfolgsquote beim JobTicket, weil die Leute sagen: Es lohnt sich, dass wir umstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Wir wollen flexible Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten, aber dann brauchen wir auch Initiativen, beispielsweise beim Thema „Park-and-ride-Parkplätze“. Dann müssen wir ein Impulsprogramm machen. Dann reicht es eben nicht, wenn der Minister sagt, die Leute sollten zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad fahren. Denn wenn Sie beispielsweise die S-Bahn im Remstal betrachten: Dort kommen die Leute vom Schurwald, um in die S-Bahn zu steigen. Dann wird es schwierig mit der Anschlussmobilität, vor allem, wenn man flexibel unterwegs ist. Das sind doch die Dinge, die wichtig sind, damit wir das JobTicket nach vorn bringen.

Sie haben 1,6 Milliarden € höhere Regionalisierungsmittel vom Bund durch die Dynamisierung, durch die Veränderung der Bewertungen von 2016 bis 2031. Setzen Sie die Pönale, die Sie von der Deutschen Bahn bekommen, sinnvoll ein, auch für die entsprechenden Bereiche im ÖPNV. Ich denke, dann haben wir eine gute Chance, das JobTicket tatsächlich noch weiterzubringen. Denn dann lohnt es sich, auf die Bahn umzusteigen. Das wollen wir alles, doch dazu gehören viele Bereiche.

Wir wollen jetzt nicht von einem derartigen Erfolg reden, wie es die Landesregierung oder die Fraktionen hier kundtun, sondern es ist eine ganz normale Entwicklung. Insofern schließt das Land an etwas an, bei dem die Unternehmen in Baden-Württemberg schon viel länger und viel erfolgreicher unterwegs sind.

Besten Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Ramazan Selcuk und Andreas Kenner SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann darf ich für die Regierung Herrn Minister Hermann ans Redepult bitten.

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahr 2016 hat das Land das JobTicket eingeführt; wir waren da das erste Bundesland. Es war übrigens auch ein mühsamer Prozess. Wir haben in der ersten Koalition mit der SPD zusammen ein paar Jahre gebraucht, bis wir das durchgesetzt und finanziert hatten. Allen, denen es heute zu wenig ist, muss ich also sagen: Wir haben es auch nicht geschenkt bekommen, sondern wir mussten es erkämpfen.

Ich will auch keine Lobeshymne auf die großen Erfolge singen, sondern deutlich machen: Dass wir es hinbekommen haben, ist gut, dass es doch eine Menge Menschen annehmen, ist auch gut. Wenn Sie jetzt alle lautstark beklagen, es seien nur sehr wenige Menschen, dann muss ich sagen: Tun Sie etwas, damit es mehr Menschen annehmen. Es ist ein gutes Angebot. Wir zwingen niemanden, es anzunehmen, doch das ist

(Minister Winfried Hermann)

bisher das, was dabei herausgekommen ist, und so schlecht ist es nicht. Kaputtreden sollten Sie es auf alle Fälle nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es ist selbstverständlich nur ein Beitrag zu einer anderen Mobilität.

Sie haben zu Recht angesprochen, dass der öffentliche Verkehr besser werden muss. Er muss pünktlich, er muss sauber werden. Aber das ist doch keine alternative Maßnahme zum Jobticket. Natürlich funktioniert es besser, wenn er gut ist. Das ist vielfach diskutiert worden.

Herr Haußmann, selbstverständlich setzen wir die Pönalen ein, um die Angebote nachzubessern, um z. B. für mehr Sicherheit zu sorgen oder zusätzliche Züge fahren zu lassen. Das stecken wir nicht in irgendeine Tasche. Selbstverständlich haben wir in den letzten Jahren das Angebot immer stärker ausgeweitet – und werden das auch in den nächsten Jahren tun –, ob es die Metropolexpresszüge sind, ob es der S-Bahn-Viertelstundentakt ist. Ich könnte noch weitere Punkte aufzählen. Das ist natürlich eine wichtige Voraussetzung dafür, dass es gelingt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. August Schuler CDU)

Trotzdem muss ich Ihnen jetzt einmal ganz grob etwas zeigen:

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Diese Grafik zeigt, dass die Zahlen seit 2016 kontinuierlich gestiegen sind. Man sieht: Selbst bei einem so guten Angebot ist es ein mühsames Geschäft, dies unter die Leute zu bringen, damit es angenommen wird. Inzwischen haben wir aktuellere Zahlen als die, die Ihnen vorliegen.

Übrigens, ich will nur darauf hinweisen: Die Tagesordnung hat nicht das Verkehrsministerium gemacht; wann was auf die Tagesordnung kommt, entscheidet das Präsidium. Offenbar wurde der Punkt auch schon ein paar Mal verschoben. – Das sage ich nur, weil Sie das als einen besonderen Trick darstellen.

2016 haben wir mit 11 500 Tickets angefangen, inzwischen sind wir bei rund 28 000 Tickets. Seit dem Sommer – die Zahlen, die Sie hatten – ist die Anzahl noch einmal deutlich gestiegen. Ich sage Ihnen ganz offen: Gemessen an den Erwartungen ist es schon ziemlich gut. Wir hatten nämlich damals, bevor wir angefangen hatten, eine Prognose gemacht. Die Verbände haben uns gesagt: Maximal werdet ihr am Ende 15 % schaffen. Wenn man nach so kurzer Zeit schon bei fast 12 % vom Ganzen ist, ist es so schlecht nicht. Es ist natürlich auch alles relativ.

Deutlich wird auch, dass dort, wo ein gutes Angebot vorhanden ist, z. B. beim Verkehrsverbund Stuttgart, im S-Bahn-Bereich Freiburg-Breisgau oder im Karlsruher Bereich, dieses auch in besonderer Weise angenommen wird.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Genau!)

Da gibt es einen klaren Zusammenhang. Natürlich klappt es im ländlichen Raum, wo das ÖPNV-Angebot noch nicht gut

genug ist, wo viele auf das Auto angewiesen sind, halt nicht so. Deswegen sagen wir, wir wollen die Mobilität auch im ländlichen Raum verbessern und dort mehr Möglichkeiten im öffentlichen Verkehr schaffen.

Interessant ist schon eines – insofern ist das Jobticket auch als Beitrag für die Luftreinhaltung bedeutend –: 87 % dieser Jobtickets werden in Luftreinhaltungsgebieten genutzt, also in den Umweltzonen. Wenn man sich vorstellt, dass die Nutzer dieser Tickets ebenfalls Auto fahren würden, dann hätten wir ein Stauproblem, dann hätten wir ein noch größeres Luftreinhalteproblem.

Insofern kann man einfach sagen: Es ist ein Beitrag; es ist auch ein Beitrag zum Klimaschutz, aber natürlich ein bescheidener Beitrag. Sie haben ja direkt darauf hingewiesen, so groß sei der Beitrag nicht. Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wenn der Beitrag schon mit diesem Aufwand noch so gering ist, dann können Sie daran erkennen, wie viel wir tun müssten, wie konsequent wir handeln müssten, um einen Effekt für die Umwelt, für die Mobilität und eben auch für den Klimaschutz zu erzielen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der AfD)

Sie haben übrigens immer wieder gesagt, wir hätten das schön-geredet. Wir haben bewusst die Zahlen offengelegt und gezeigt, wie viele der Nutzer Neukunden beim ÖPNV sind und wie viele Umsteiger sind. Auch das ist sehr deutlich geworden. Übrigens finde ich es nicht schlimm, wenn jemand schon bislang mit dem ÖPNV gefahren ist und jetzt einen Zuschuss bekommt. Wenn er bisher schon vorbildlich unterwegs war, dann soll er auch dafür belohnt werden. Auch das ist richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. August Schuler CDU)

Wir haben übrigens auch nachgefragt, ob die Nutzer mit dem Angebot und der Art und Weise, wie es praktiziert worden ist, zufrieden sind. In der Rückmeldung sind über 90 % völlig mit der Höhe und der Art und Weise, wie man den Zuschuss bekommt, einverstanden.

Herr Haußmann hat behauptet, die Landesregierung hinke hinterher, die Industrie wäre weit voraus. Das Gegenteil ist wahr. Durch unseren Anstoß und parallel dazu den Anstoß der Landeshauptstadt Stuttgart haben wir erreicht, dass große Unternehmen nachgezogen sind. Sie werden sicher gleich sagen, Bosch habe das Angebot schon immer. Das stimmt aber nicht, Bosch hat es eben nur für Teilbereiche, nicht für das ganze Unternehmen. Daimler hat nachgezogen, Porsche hat nachgezogen. Das ist ja auch gut so. Die Idee war: Jeder Arbeitgeber muss für seine Beschäftigten etwas tun. Daher sage ich zu dem Argument, Herr Stauch, das sei eine Privilegierung: Ja, selbstverständlich ist Daimler für seine Mitarbeiter verantwortlich, und wir sind für unsere Mitarbeiter verantwortlich. Deswegen geben wir einen Zuschuss mit unserem JobTicket, und die anderen müssen ihren Mitarbeitern einen Zuschuss geben. Das ist die richtige Arbeitsteilung und nichts anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Am Anfang haben ja viele gesagt, das sei viel zu teuer. Wir haben übrigens im Haushalt Mittel in Höhe von 15 Millio-



(Minister Winfried Hermann)

nen € reserviert. Manche haben die Befürchtung gehabt, das reiche nicht. Inzwischen kann man sagen, wir brauchen ungefähr die Hälfte. Ich würde gern die gesamten Mittel ausgeben; denn dann hätten wir doppelt so viele Nutzer. Mein Ziel ist, dass wir weitermachen und mehr Menschen dafür gewinnen.

Sie müssen sich alle fragen lassen, wie Sie durch Ihre Reden dazu beitragen können, dass die Leute das Jobticket nutzen und umsteigen, und sollten nicht sagen: Das hat aber nichts gebracht. Tun Sie doch etwas, damit es noch mehr bringt!

(Beifall bei den Grünen)

Inzwischen ist das Jobticket auch steuerrechtlich noch verbessert worden. Man kann jetzt auch ein Jahresticket kaufen und hat alle steuerlichen Vorteile; das ist vom Kollegen Schuler angesprochen worden. Ich freue mich, dass wir das einlösen konnten, dass wir den Bund dazu gebracht haben, das zu machen.

Ich will noch etwas sagen zu der Debatte: „Wäre es nicht besser gewesen, so etwas zu machen wie in Hessen?“ Hessen hat einen Landeszuschuss an alle Bediensteten gezahlt. Das ist allerdings ein ziemlich teures Modell; das muss man ganz klar sagen. Für 145 000 Beschäftigte in Hessen – wir haben ungefähr doppelt so viele – werden jährlich 51 Millionen € für das Landesticket bezahlt. 35 Millionen € davon gehen direkt an die Verbände, und 16 Millionen € dienen als Ersatz für Pauschalbesteuerung – also insgesamt ein teures Verfahren.

Was mich an dem Ganzen stört, ist, dass es alle bekommen, auch die, die nicht fahren und nicht das Jobticket nutzen. Deswegen glaube ich, unser Ansatz ist effizient und auch kostensparend. Ich glaube, dass wir mit diesem Hebel ziemlich viel erreicht haben und dass es in der Summe ein erfolgreiches Projekt ist. Aber ich bin nicht damit zufrieden, sondern ich möchte, dass das Projekt noch erfolgreicher wird.

Es ist übrigens richtig, dass wir im Jobticket auch einen Beitrag zum Mobilitätsmanagement von Unternehmen und Behörden sehen. Auch da schreiten wir voran. Wir wollen, dass nicht nur auf den ÖPNV umgestiegen wird, sondern dass man unter Umständen auch Mitfahrgelegenheiten organisiert, dass man das Fahrradfahren erleichtert. Wir haben heute schon über Radleasing gesprochen.

Da habe ich übrigens fälschlicherweise gesagt, das Radleasing gebe es für alle Beschäftigten. Das gibt es aber leider nur für die Beamten, weil die Gewerkschaften für ihre Beschäftigten kategorisch abgelehnt haben, da mitzumachen.

Ich will nur sagen: An uns liegt es nicht. Da sind auch andere unterwegs. Vom Radleasing über das Jobticket, Mitfahrgelegenheit, Parkraumbewirtschaftung – all das zusammen macht Mobilitätsmanagement aus.

Wir unterstützen Unternehmen übrigens auch personell, damit sie überhaupt ein Mobilitätsmanagementkonzept erarbeiten können. Denn wir haben festgestellt: Es gibt alle möglichen Zuständigkeiten in Unternehmen, aber selbst in den meisten Großunternehmen gibt es niemanden, der sich Gedanken macht: Wie kann man die Mobilität der Beschäftigten so organisieren, dass sie nicht im Stau stehen, dass sie wirk-

lich umweltfreundlich unterwegs sind? Das unterstützen wir durch Beratung, und das kommt ziemlich gut an.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. August Schuler CDU)

Fazit: Das JobTicket BW läuft. Es muss noch besser laufen; wir wollen noch mehr Nutzer gewinnen. Wir sehen das als Beitrag zu sauberer Luft, als Beitrag zum Abbau von Staus und als Beitrag zu umweltfreundlicher Mobilität. Aber es ist nicht der einzige Beitrag, sondern erst in der Summe wird etwas Richtiges herauskommen. Wir arbeiten an vielen Baustellen. Das ist nur eine.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Da es sich um einen reinen Berichtsantrag handelt, können wir diesen für erledigt erklären, wenn Sie zustimmen. – Das ist der Fall.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Abg. Dr. Rainer Balzer u. a. AfD und Antwort der Landesregierung – Ganztagschulen Baden-Württemberg und ihre Auswirkungen auf Vereine, Musikschulen und private Musikschullehrer – Drucksache 16/1851**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion der AfD eine zusätzliche Redezeit

(Unruhe)

– ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten – von fünf Minuten festgelegt.

Für die AfD erteile ich Herrn Abg. Dr. Balzer das Wort.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Zunächst zur Organisation der Arbeit hier im Landtag. Wir hatten wenige bundespolitische Themen vor Weihnachten und haben nun sechs innerhalb von zwei Wochen, darunter zwei Gesetzentwürfe mit vielen Teilaspekten. Und nun wird unter „ferner liefen“ recht spät die Große Anfrage, die schöne Anfrage der Alternative für Deutschland

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist nicht spät!  
Das ist gemäß der Geschäftsordnung!)

zum Thema „Ganztagschulen Baden-Württemberg und ihre Auswirkungen auf Vereine, Musikschulen und private Musikschullehrer“ behandelt.

Herr Kretschmann lässt sich feiern, wird gefeiert als Verteidiger der Bastion der Bildungshoheit der Länder, und dabei machen die Grünen im Bundestag möglicherweise etwas ganz

(Dr. Rainer Balzer)

anderes. In diesem nebligen Windschatten kann man dann anderes – vielleicht Unangenehmes – wie unsere Große Anfrage zum Thema „Ganztagsschulen Baden-Württemberg und ihre Auswirkungen auf Vereine, Musikschulen und private Musikschullehrer“ wieder verstecken. Diese Wirkungen sind einer der wunden Punkte der Komplementärkoalition der Uneinigkeit, wie wir es schon gestern bei Grünen und CDU erleben durften.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

In der vergangenen Legislaturperiode wurde die Ganztagschule als Gemeinschaftsschule forciert. Nun werden parallel die kommunalen Betreuungseinrichtungen bezuschusst. Geld kann man allerdings gemeinhin nur einmal ausgeben. Es wird also an einer anderen Stelle fehlen.

Diese grundsätzliche Uneinigkeit von CDU und Grünen in der Komplementärkoalition lässt den Dissens hinsichtlich der Frage „Verstaatlichte oder selbstbestimmte Kindheit?“ deutlich werden. Bei der grünen, verstaatlichten Kindheit – alle haben die gleiche Teilnahme – bleiben insbesondere begabte Kinder auf der Strecke. Alle werden zum Mittelmaß oder bleiben gleich unfähig. Wir fordern, die Erziehung zu mündigen – –

(Zuruf: Meine Herren! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich bitte um mehr Ruhe im Saal.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Oh, das hat mich jetzt nicht wirklich gestört, aber es ist okay.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ja, aber es herrscht sehr viel Unruhe. – Bitte verlagern Sie die Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Der junge Mensch muss früh selbstständiges Handeln, Selbstverantwortung lernen – nicht Bevormundung, angefangen bei der Hausaufgabenbetreuung über den Sport bis zum Schlafengehen.

Unser Berichtsantrag ist bereits vor längerer Zeit eingereicht worden. Das hat auch seine Vorteile, denn inzwischen hat sich gezeigt, dass die Gemeinschaftsschule, die ja bei uns Ganztagschule ist, nicht der große Gewinner ist. Die Anmeldezahlen gehen zurück. Daraus folgt: Nehmen Sie den Elternwillen ernst. Und dieser lautet primär: Vormittagsunterricht mit freiwilligen Nachmittagsangeboten – kein Zwang zur Ganztagsbeschulung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wenn die Eltern berufstätig sind, brauchen sie für ihre jüngeren Kinder eine zeitlich flexible Betreuung, oft auch in den Abendstunden oder frühmorgens. Flexibilität ist hier das Stichwort.

Die Vereine, meine Damen und Herren, die Sportvereine haben bemerkt, dass die Beteiligung an den Nachmittagen in der Schule ein schöner Versuch, aber in der Realität Augenwischerei ist. Es war der Versuch, die Ganztagschule aufzubauen,

ohne zusätzliche Planstellen, ohne Mittel für zusätzliche Personalkosten zu haben. Ehrenamtliche – wahrscheinlich Zufallsbürger – sollten dabei die Arbeit der Lehrer machen.

Meine Damen und Herren, im Sport – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Balzer, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nein, ich habe mich zum Reden angemeldet! Ich stelle da keine Zwischenfragen! Um Gottes willen!)

– Das weiß ich, ja.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Danke sehr.

(Heiterkeit)

Ich hätte die Zwischenfrage vielleicht sogar erlaubt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wie funktioniert sportlicher Erfolg? Natürlich kann man auf einem Schulsportplatz Fußball spielen. Doch für die Ausübung vieler anderer Sportarten bedarf es einer besonderen Umgebung, und die Schüler brauchen ein Equipment. So ist weder Tennis noch Eishockey eine echte Option im Schulsport. Der Leistungssport braucht eine breite Basis bezüglich der Trainer und der Aktiven, der investierten Zeit und der Infrastruktur. All dies kann in der Ganztagschule nicht gewährleistet sein.

Das gilt im Besonderen für Spezialsportarten wie Eiskunslauf oder Reiten. Wir haben in Baden-Württemberg mit Michael Jung einen Weltmeister und Olympiasieger in der Vielseitigkeitsreiterei. Dies hat dem Reiten einen starken Auftrieb gegeben.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Jeder Schule ein Pferd!)

Aber das Reiten umfasst auch die Versorgung der Pferde und die Arbeit im Stall – ein hoher Zeitaufwand. Dies ist, wie bei vielen nicht so gängigen Sportarten, neben dem Besuch der Ganztagschule dann eben nicht mehr möglich.

In der Musik gilt Ähnliches – fast ab Anfängerniveau. Beispielsweise im Klavierunterricht ist Einzelunterricht erforderlich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Pferdestall statt Schule! – Abg. Andreas Deuschle CDU: Jeder Schule ein Pferd!)

– Nicht „statt“. Sie sollten schon zuhören. – Bläserklassen und Streicherklassen sind keine schlechte Einrichtung. Hier wird die Klasse zwei, drei Jahre in der Mittelstufe funktionieren. Aber, wie schon gesagt, man braucht viele Stunden Einzelunterricht, besonders bei Klavier und anderen Musikinstrumenten. Und danach, wenn weitergeführt werden soll – das gilt auch bei Streichern und Bläsern –, brauchen die Schüler den Einzelunterricht im Freiraum am Nachmittag.

(Beifall der Abg. Daniel Rottmann und Anton Baron AfD)

Grundsätzlich gilt: In der Gruppe erreichen wir nicht viel. In der Musik braucht man nun einmal nicht 20 Flötistinnen,

(Dr. Rainer Balzer)

wenn eine Oboe fehlt. Musik ist Hochleistung. Gerade in den oberen Klassen reicht dann eine halbe Stunde Üben nicht mehr. Es darf gern etwas mehr sein. Vergleichbares gilt auch für Bildende Kunst. Die Schulzeit ist Vorbereitung auf das Hochschulstudium und auf den Beruf.

Warum haben wir 50 % Ausländer, oft Ostasiaten, an unseren Musikhochschulen? Weil dort die Ausbildung sehr früh darauf ausgerichtet ist, dass begabte Schüler besonders gefördert werden und auch entsprechend Zeit zum Üben haben. Hierzulande lernen die Schüler in der Grundschule durchaus ein Instrument, vielleicht Blockflöte. Danach wird gern auf ein Streichinstrument oder ein Tasteninstrument umgestiegen. Wenn dann die Schule aber zeitlich zu viel Raum einnimmt und mehr Übungszeit für das Instrument benötigt wird, dann reicht es nicht mehr.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Ich spiele Triangel!)

Dann ist nicht mehr genügend Zeit für musikalische Höchstleistungen vorhanden. Wir vermissen hier ein zukunftsweisendes Konzept für eine erfolgreiche musikalische Kultur in Baden-Württemberg. In schönen Sonntagsreden der Politik wird gern die völkerverständigende und menschenverbindende Kraft der Musik beschworen. Doch wenn wir den Menschen die Möglichkeit dafür nicht geben, nutzen die Reden nichts mehr. Um dieser Bedeutung gerecht zu werden, tragen Sie den Elternwünschen bitte mehr Rechnung.

Danke.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr gut!)

**Stelly. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Walter, dann sind Sie für die Grünen dran.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Manchmal frage ich mich schon, mit welchem Raumschiff die AfD immer zu den Sitzungen hier eingeflogen wird.

(Abg. Udo Stein AfD: Oh, oh, oh! – Abg. Anton Baron AfD: Lieber Raumschiff als Fahrrad oder Esel!)

Offensichtlich leben Sie nicht auf demselben Planeten wie der Rest der Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Meine Damen und Herren, die Ganztagschule ist, wie eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung ergeben hat,

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

bei den Eltern sehr beliebt. Sie ist beliebter als Halbtagschulen, weil sie dann, wenn sie ein gutes Konzept hat, nämlich ein zusammenhängendes pädagogisches Konzept, einen rhythmisierten Unterricht – Die Zeiten haben sich einfach geändert.

(Zurufe der Abg. Emil Sänze und Dr. Christina Baum AfD)

– Frau Präsidentin, ich möchte Sie bitten, dass Sie die Herrschaften hier von ganz rechts, die immer dazwischenbrüllen,

(Oh-Rufe von der AfD – Zurufe von der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

aber nichts zum Thema zu sagen haben, einmal zur Ruhe bringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Ja, Herr Fiechtner, Sie können nur dazwischenbläken.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Jetzt seien Sie einmal ruhig!

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Wenn Sie zu Hause keine Kinderstube hatten, sage ich Ihnen: Wenn einer redet – das lernt man im Kindergarten –, dann sind die anderen ruhig.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Bernd Gögel AfD und Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jawohl! – Unruhe)

Offensichtlich hätte man Sie in die Ganztagschule schicken sollen, dann wüssten Sie, wie man sich benimmt, und hätten auch mehr politische Bildung.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Jawohl! – Abg. Anton Baron AfD: Dann sollten Sie nicht auf andere zeigen! Eijejei! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, die Vorzüge der Ganztagschule sind ja hinreichend bekannt; sie haben sich nur nicht beim rechten Saum des Parlaments herumgesprochen. Ich glaube, die Ablehnung der Ganztagschule durch die AfD hat einfach ideologische Gründe. Man muss nur in die Begründung dieses Antrags hineinschauen:

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Es geht um die Bevorzugung der Ganztagschulen!)

*Wer unsere Kinder am Nachmittag unterrichtet oder betreut, ist nicht nebensächlich. Es ist entscheidend, ob die Kinder in Freiheit aufwachsen ...*

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Genau! Jawohl! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Als ob eine Ganztagschule Freiheitsberaubung wäre. Das ist ja nicht einmal mehr 19., das ist 18. Jahrhundert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Anton Baron AfD, auf die Besuchertribüne zeigend: Fragen Sie einmal die Schüler da oben! – Weitere Zurufe von der AfD)

Das hat auch mit dem Familienbild der AfD zu tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Jürgen Walter)

Da scheinen Sie aber offensichtlich die Lebenswirklichkeit von Frau Weidel außer Acht zu lassen.

(Zurufe von der AfD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Moment! Einen kleinen Moment bitte, Herr Abg. Walter. Das Protokoll kommt, glaube ich, nicht mehr mit, wenn es hier so unruhig ist. Also mäßigen Sie sich bitte alle.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das liegt aber am Redner! Dem kann man ja nicht zuhören! – Unruhe)

– Ich bitte jetzt alle. Das Protokoll gibt mir ein Zeichen.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Die AfD kann ja hinausgehen.

(Zuruf von der AfD: Das hätten Sie wohl gern! – Weitere Zurufe von der AfD – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Die Stenografen können nicht mehr mitschreiben, wenn es so unruhig ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Jetzt, bitte.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Ich zitiere aus dem AfD-Programm:

*Die AfD stemmt sich gegen diesen Trend zur Selbstab-schaffung ...*

unseres Volkes. Die deutsche Frau – wohlgemerkt: die deutsche – soll zu Hause sein und mindestens drei Kinder großziehen. Das ist das Familienbild und das Frauenbild der AfD.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch ein Unsinn, was Sie da von sich geben! Es soll eine Wahlfreiheit geben! – Abg. Bernd Gögel AfD: Reden Sie doch mal zur Sache! – Weitere Zurufe)

Das steht hier drin. – Meine Damen und Herren, Sie regen sich so über Greta Thunberg auf. Sie war in der Ganztags-schule und ist mit 16 schon gebildeter als Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der AfD – Unruhe)

Meine Damen und Herren, da die AfD immer von Deutschland redet, aber gar nicht weiß, wie sich Deutschland entwickelt hat,

(Widerspruch bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von der AfD – Lebhaftige Unruhe)

möchte ich jetzt mit Erlaubnis der Präsidentin ein Zitat aus Carl Zuckmayers Werk „Des Teufels General“ vorlesen.

(Heiterkeit)

Da geht es um den Arierausweis; das interessiert Sie doch.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Walter, jetzt mal langsam; jetzt mal ganz ruhig.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, jetzt gibt es einen Ordnungsruf! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Ja, ja. Ich bin ganz ruhig.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nein, das merke ich nicht.

Ich möchte Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abg. Stein zulassen.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Nein. Prinzipiell lasse ich von der AfD keine Zwischenfragen zu.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich bitte Sie auch, sich zu mäßigen mit den Äußerungen, die Sie bringen.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: So ist es!)

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Ja, ich bin immer sehr gemäßigt.

(Zurufe von der AfD)

Ich zitiere aus einem Buch, in dem es um den Ariernachweis geht. Jetzt sagt der General

(Zurufe von der AfD, u. a.: Bitte zum Thema! – Frau Präsidentin! – Unruhe)

– ja, genau, ich komme zum Thema, zur Frage, warum wir Ganztags-schulen brauchen –:

*Und jetzt stellen Sie sich doch mal Ihre Ahnenreihe vor – seit Christi Geburt. Da war ein römischer Feldhauptmann, ein schwarzer Kerl, braun wie ne reife Olive, der hat einem blonden Mädchen Latein beigebracht. Und dann kam ein jüdischer Gewürzhändler in die Familie, das war ein ernster Mensch, der ist noch vor der Heirat Christ geworden und hat die katholische Haustadition begründet. – Und dann kam ein griechischer Arzt dazu, oder ein keltischer Legionär, ein Graubündner Landsknecht, ein schwedischer Reiter, ein Soldat Napoleons, ein desertierter Kosak,*

(Abg. Bernd Gögel AfD: Unverschämtheit!)

*ein Schwarzwälder Flößer, ... – das alles hat am Rhein gelebt, gerauft, gesoffen und gesungen und Kinder gezeugt – und –, und der Goethe, der kam aus demselben Topf, und der Beethoven und der Gutenberg, und der Matthias Grünwald, und – ach was, schau im Lexikon nach. Es waren die Besten, mein Lieber! Die Besten der Welt! Und warum? Weil sich die Völker dort vermischt haben. Vermischt – wie die Wasser aus Quellen und Bächen und Flüssen, damit sie zu einem großen, lebendigen Strom zusammenrinnen.*

(Zuruf von der AfD: Thema!)

*Vom Rhein – das heißt: vom Abendland. Das ist natürlicher Adel. Das ist Rasse. Seien Sie stolz darauf, Hartmann – und hängen Sie die Papiere Ihrer Großmutter in den Abtritt.*

(Jürgen Walter)

Meine Damen und Herren, so hat sich Deutschland entwickelt, nur die AfD hat das nicht gemerkt.

Danke.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Bernd Gögel AfD: Da klatschen die noch! – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt wird es wirklich wieder etwas ruhiger. Hier vorn kann man niemandem sagen, zu welchem Thema er reden muss.

Ich bitte jetzt Herrn Kollegen Lorek für die CDU ans Redepult.

**Abg. Siegfried Lorek** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganztagsunterricht und -betreuung sind in Baden-Württemberg so gestaltet, dass Sport und Musik mit Vereinen Hand in Hand gehen. Die Große Anfrage der AfD wie auch die Ausführungen des Kollegen Balzer vorhin unterstellen, dass Ganztagsunterricht und Vereins-sport, Feuerwehr und Musikvereine generell nicht kompatibel sind.

Allerdings, wie so oft: Hier irrt die AfD mal wieder. Es ist relativ einfach; es gibt drei Gründe:

Grund 1: Schauen Sie sich einmal die Entwicklung der Sportvereine, der Jugendfeuerwehren und der Schülerzahlen der Musikschulen an.

Zweitens: Im Schulgesetz gibt es die explizit verankerte Empfehlung, beim Ganztag mit außerschulischen Partnern zusammenzuarbeiten. Ganztagschulen haben auch die Möglichkeit, Lehrerwochenstunden zu monetarisieren, um dann entsprechend Leistung einzukaufen.

Drittens steht im Koalitionsvertrag ganz klar der definierte Ausbau von flexiblen und modularen Betreuungsangeboten; denn nur mit gut finanzierten, mit bedarfsgerechten und familienfreundlichen Betreuungsangeboten mit der kommunalen Hand können wir Vereine und Musikschulen entsprechend einbeziehen.

Als ich das Thema Zahlen angesprochen habe, Herr Balzer, haben Sie gesagt: „Ja, schauen Sie sich jetzt einmal die Entwicklung der Zahlen an.“ Im Landessportverband steigen die Mitgliederzahlen seit 2016. Die Jugendfeuerwehren im Land haben an Mitgliedern gewonnen – von 30 000 auf über 32 000. Bei den Musikschulen wurde 2017 nach Angaben des Musikschulverbands die Zahl von 300 000 Schülerinnen und Schülern geknackt. Also, es geht hier überall aufwärts.

Auch wichtig an dieser Stelle: Ich danke ausdrücklich den Musikschulen, Vereinen, Ehrenamtlichen für die geleistete hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Als Angehöriger der Feuerwehr – in diesem Fall der Feuerwehr Winnenden – möchte ich das Thema noch einmal explizit ansprechen. Ich habe nicht den Eindruck, dass es da, seit es Ganztagschulen gibt, nach unten geht. Warum denn auch

und wie denn auch? Unsere Jugendfeuerwehr beginnt um 18 Uhr. Ich glaube nicht, dass sich das mit dem Ganztagsunterricht in irgendeiner Form beißt.

Wir, die CDU-Fraktion, möchten den Familien insgesamt mehr Wahlfreiheit geben. Dazu liegt von unserer Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann ein Konzept vor, nach dem rhythmisierter Ganztag, kommunale Betreuungsangebote und Halbtagsschule gleichberechtigt existieren. Wir befürworten klar die interessengerechte Angebotsvielfalt vor Ort. Schulischer Ganztag und Vereine und Musikschulen schließen sich definitiv nicht aus.

Beim Ganztagsgipfel des Kultusministeriums wurde klar – aber genauso durch die JAKO-O Studie oder durch die Studie von INSA-CONSULERE im Auftrag unserer Landtagsfraktion –, dass die Mehrzahl der Familien flexible Betreuungsangebote vor Ort möchten und dies auch einem verbindlichen Ganztag vorziehen. Dem möchten wir entsprechen, indem wir die Ausbausperre aus dem Schuljahr 2014/2015 aufheben und die gleichberechtigte Bezuschussung von kommunalen Betreuungsangeboten ermöglichen.

An einem Schulstandort sollen bei Bedarf neben dem rhythmisierten Ganztagsangebot auch Betreuungsangebote in kommunaler Hand möglich sein. Im Sinne der Qualität und der fruchtbaren Kooperation mit Vereinen müssen diese natürlich auskömmlich finanziert werden. Wir setzen hier klar auf Qualität und Vielfalt in der Ganztagsbetreuung. Entsprechend den mehrfach artikulierten Wünschen der Eltern vor Ort, der Schülerinnen und Schüler, der Lehrer möchten wir genau das anbieten, was vor Ort gewünscht wird, und nichts von oben aufzwingen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Jetzt zu dem heute von der AfD nachgeschobenen Beschlussantrag: Erstens: Nach § 4 der Ganztagsgrundschulverordnung ist es bereits jetzt möglich, Angebote im Ausnahmefall außerhalb des Schulgeländes stattfinden zu lassen.

Zweitens fordert der Antrag faktisch ein Ende des rhythmisierten Ganztags. Wir wollen aber den Menschen eine qualitätsvolle, vielfältige und vor allem bedarfsgerechte Möglichkeit vor Ort bieten, die dem Wunsch der Eltern entspricht.

Herr Balzer, Sie sagten „Wunsch der Eltern“. Dann schauen Sie sich einmal die Studien an. Nach der INSA-Studie wünschen 90 % der Eltern entweder freiwilligen oder verpflichtenden Ganztag, 5 % wünschen keinen Ganztag. Deshalb werden wir nachher Ihren Antrag ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD – Zuruf von der AfD: Das war zum Thema!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die SPD spricht nun Herr Kollege Born.

**Abg. Daniel Born** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Guter Ganztag mit hoher Qualität. Kern ist für Expertinnen und Experten ein rhythmisierter

(Daniel Born)

Tagesablauf mit einem Wechsel aus Phasen von Konzentration, Entspannung, Bewegung und Kreativität. Die Einbindung außerschulischer Partner ist dabei zentrales Qualitätsmerkmal.

Unter SPD-Verantwortung fand der Ganzttag endlich seinen Platz im Schulgesetz, und es gab keinen Tag Ganzttag nach dem Gesetz ohne die Einbindung außerschulischer Partner.

Die AfD unterstellt also einen Antagonismus, der die Realität in keinsten Weise abbildet. Ganzttagsschule und Sportvereine, Musikschulen, Kirchen und Jugendarbeit und Musikvereine stehen sich nicht feindlich gegenüber. Im Idealfall können sie sich ergänzen und befördern. Das Kind und der Jugendliche bekommen vielfältige Angebote: zusammen arbeiten, zusammen wirken, zusammen lernen.

Jetzt kommt eben die AfD mit ihrem Antrag, der ganz wenig über die Realität des Ganztags in Baden-Württemberg sagt, aber ganz viel über das Dilemma dieser Partei. Das ist das Problem einer Gruppe, deren einziges Geschäftsmodell im Auseinandertreiben und im Spalten der Gesellschaft liegt, wenn sie erlebt, wie es in einem Land gelingt, dass die Demokratinnen und Demokraten dafür arbeiten, Menschen, Institutionen, Ideen zusammenzubringen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sportvereine, Musikschulen, Kirchen und Jugendarbeit schaffen andere Lernanlässe und Begegnungsräume als der normale Unterricht. Das macht sie zu einer Bereicherung des Schulalltags. Wir wollen für die Schülerinnen und Schüler einen reichen Schulalltag.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen eine erfolgreiche Kooperation von Schule und außerschulischen Partnern, wir wollen, dass beide Partner voneinander profitieren. Deshalb hören wir uns natürlich die konkrete Kritik vor Ort genau an.

Der Verwaltungsaufwand, der mit der Zusammenarbeit aktuell einhergeht, muss reduziert werden. Das sehr, sehr kluge Mittel der Monetarisierung muss in der Praxis entbürokratisiert werden. Davon lassen sich derzeit noch zu viele Schulen abschrecken. Es muss weniger bürokratisch werden, und die Schulen brauchen Verwaltungsfachkräfte zur Unterstützung.

Ein einzelner Modellversuch mit Koordinierungsstellen ist zu wenig. Wir wollen, dass dieses Angebot für den Ganzttag flächendeckend gemacht wird. Frau Ministerin, wir wollen tatsächlich volle Power für den Ganzttag in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zu zaghaft sind auch Ihre Ansätze im Schulleiterkonzept, wo wir doch den Eindruck haben: Es wird immer mehr auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Denn es muss doch klar sein, dass es – gerade wenn ich auch an die Einbindung außerschulischer Partner denke – eine andere verwalterische Arbeit ist, ob man eine Ganzttagsschule oder eine Halbtagschule organisiert. Das muss sich auch im Schulleiterkonzept abbilden.

Für die Schulen muss es also klare Anreize für eine solche Zusammenarbeit geben. So können auch die außerschulischen

Partner verlässlich und mittelfristig planen. Wenn die CDU fordert, dass Eltern ihre Kinder während eines Schuljahrs munter beim Ganzttag an- und abmelden können, untergräbt sie die Zusammenarbeit mit den Sportvereinen, Musikschulen, Kirchen und der Jugendarbeit.

(Beifall des Abg. Sascha Binder SPD)

Ganz konkret, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wie soll denn ein Schwimmverein mit wenigen Hauptamtlichen und vielen Ehrenamtlichen planen, wenn es ein einziges Wunschkonzert darüber gibt, wann man mal eben sein Kind in die Ganzttagsschule schickt und wann nicht.

Die „Südwest Presse“ schreibt zu Ihren Überlegungen treffend, die CDU wolle weg vom Entweder-oder aus Ganzttagsschule oder Betreuungsangebot. Die CDU will hin zum Entweder-oder-oder, und das dann auch noch jederzeit aufkündbar. Wie sollen die Schulen das organisieren? Wie sollen Lehrkräfte guten Unterricht planen? Wer bezahlt? Und wie sollen vor allem die Vereine eingebunden werden?

Das CDU-Entweder-oder-oder passt nicht zum gelingenden Ganzttag, für den wir doch in Baden-Württemberg streiten, eben weil er hilft – der Elternwunsch ist eben so –, vor Ort Vereine und Schule gut miteinander zu verbinden.

Darum, Frau Eisenmann: Sie haben ja schon in ein paar Pressemitteilungen rübergebracht, dass Sie das CDU-Entweder-oder-oder auch nicht so richtig klug finden. Wir stehen an Ihrer Seite.

(Unruhe bei der AfD)

Lassen Sie uns einen guten Ganzttag machen. Die SPD hat damals großartig vorgelegt, und wenn es für die Schülerinnen und Schüler ist, haben Sie uns immer bei sich, aber nicht mit dem CDU-Entweder-oder-oder.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die FDP/DVP rufe ich Herrn Abg. Haußmann ans Pult.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ja kaum ein anderes Bundesland in Deutschland, das eine derartige Vielfalt an Kooperationsmöglichkeiten zwischen ehrenamtlich tätigen Organisationen und den Schulen hat. Deswegen ein herzlicher Dank an die Schulen, die sich engagieren, und vor allem an die Kooperationspartner, die Musikschulen, die Amateurmusikvereine, die Chöre und die Sportvereine, die Feuerwehren und sonstigen Organisationen; denn sie sind es, die diese Kooperationen mit Leben erfüllen und sich für die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg engagieren. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD sowie des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Wir haben gerade in Baden-Württemberg insbesondere in den Ehrenamtlichen-Strukturen, also neben den Musikschulen

(Jochen Haußmann)

durch den Landesmusikverband mit über 6 500 Vereinen und 12 000 Ensembles, über 400 000 Musikerinnen und Musiker und über 3,7 Millionen Sportlerinnen und Sportler, eine Power in den Vereinen, die diese Kooperationen überhaupt erst ermöglicht. Umso wichtiger ist natürlich, dass man Strukturen findet, die diese Kooperationen ermöglichen. Das ist eine enorme Herausforderung für Musikschulen, insbesondere aber auch für Vereine.

Kollege Lorek, Sie haben das einmal beschrieben. Wir wissen, die Feuerwehr tut enorm viel. Aber wenn Sie sagen, das sei gar kein Problem, weil die Aktivitäten dort um 18 Uhr begonnen, dann würde ich gern einmal für die musiktreibenden Vereine sprechen. In diesen Vereinen liegt ein Großteil der Ausbildungsstunden für Kinder und Jugendliche eben am Nachmittag. Dort sind es insbesondere hauptamtliche Musiklehrerinnen und Musiklehrer, die den Unterricht anbieten. Da reicht es eben nicht aus, erst um 18 Uhr zu beginnen.

Man kann also nicht sagen: „Es geht ja erst um 18 Uhr los.“ Das ist falsch, denn vielfach beginnt die Notwendigkeit einer Kooperation eben schon am Mittag. Deswegen kritisieren wir schon immer die Wahlform der verpflichtenden Ganztagschule, wie sie hier konzipiert ist. Das heißt entweder „immer ganztags“ oder „gar keine Ganztagschule“.

Da gewährt das Konzept der offenen Ganztagschule, wie sie die Freien Demokraten hier schon seit Langem fordern, bessere Möglichkeiten für die Vereine und Musikschulen, um Kooperationen noch besser in den Griff zu bekommen. Deswegen werben wir an dieser Stelle für das FDP/DVP-Konzept der offenen Ganztagschule.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nach wie vor setzen wir Freien Demokraten uns dafür ein, dass zusätzlich zur verpflichtend rhythmisierten Ganztagschule auch die offene Form der Ganztagschule ins Schulgesetz aufgenommen wird, denn gerade die offene Ganztagschule mit Unterricht am Vormittag und offenen Angeboten am Nachmittag bedeutet echte Wahlfreiheit für die Eltern. Wenn sie einmal ein außerschulisches Angebot eines Vereins oder der Musikschule wahrnehmen und dafür lieber auf die Angebote der Schule verzichten wollen, haben sie – anders als in der verpflichtend rhythmisierten Ganztagschule – die Möglichkeit hierzu.

Bei verpflichtend rhythmisierten Ganztagschulen müssen die Kooperationspartner auch am Vormittag Angebote bereithalten. Ein Vormittagsangebot ist für Ehrenamtliche aber meist sehr viel schwerer zu organisieren als ein Nachmittagsangebot.

Es geht hier auch um das Selbstverständnis einer Schule: Versteht sie sich als staatliches Komplettangebot oder eben als Teil einer Zivilgesellschaft – offen für deren Vielfalt und besondere Ausprägungen? Die offene Ganztagschule ist durch ihre Konstruktion eine Schule auch für die Offenheit der Zivilgesellschaft. Das ist es, was die FDP/DVP hier fordert.

Wahlfreiheit, Offenheit für die Zivilgesellschaft und Qualität bedingen sich bei der Ganztagschule nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion gegenseitig. Wäre der AfD diese Wahlfreiheit wichtig gewesen, dann hätte sie damals unserem Ge-

setzentwurf zugestimmt, als wir dies entsprechend vorgelegt haben. Die AfD hat das abgelehnt.

(Oh-Rufe von der AfD)

Insofern tun wir uns relativ leicht, heute auch den Antrag der AfD abzulehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die Landesregierung darf ich Frau Ministerin Dr. Eisenmann ans Mikrofon bitten.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst vielen Dank für die, wie ich finde, wichtige Diskussion. Herr Haußmann, Sie haben es angesprochen: Baden-Württemberg ist ein Land, in dem das ehrenamtliche Engagement an den Schulen quer über die Schularten hinweg tief verankert ist.

Wenn man sich die Zahlen anschaut – Siegfried Lorek hat sie genannt – und sieht, in wie vielen Bereichen bei uns junge Menschen aus den Vereinen ehrenamtlich an Schulen engagiert sind, können wir darauf sehr stolz sein. Es ist unsere Aufgabe – das sage ich jetzt auch als Zuständige für den Sport –, dies in die Zukunft zu führen, weil das eine ganz zentrale Basis unseres Staates ist und weil wir den Kindern und Jugendlichen in unserem Land diese Perspektive ermöglichen müssen.

Deshalb freue ich mich, dass wir, wie ich finde, mit dem Ganztagschulkonzept, mit der gebundenen Ganztagschule nach § 4 a des Schulgesetzes eine – da haben Sie recht, Herr Born – sehr gute Grundlage haben, auf der die Schulen arbeiten können: mit Verlässlichkeit, mit hoher Pädagogik. Trotzdem haben sie aber auch den Spielraum, sich Partner mit an Bord zu holen.

Der gebundene Ganztags – deshalb sind die Probleme aus meiner Sicht herbeigeredet, Herr Balzer – endet um 15 oder 16 Uhr. Danach kann, wer das möchte, in jedem Fall Sport treiben oder Musikunterricht nehmen, auch mit dem gebundenen Ganztags.

Aber darüber hinaus haben wir, weil uns das Ehrenamt und die Einbindung von Sport und Musik wichtig sind, eben auch die Möglichkeit, dass Stunden im Rahmen des gebundenen Ganztags monetarisiert werden.

Wir haben viele Schulen. In der Summe sind im letzten Schuljahr rund 280 000 € dafür geflossen, und zwar ganz gezielt in den Bereich Musik. 398 ganztagsgebundene Schulen haben Kooperationen mit Musikschulen, wo die Arbeit im Miteinander läuft.

Das zeigt deutlich, dass die Vereinbarungen, die mit kommunalen Landesverbänden, mit der Musikschule, mit anderen Partnern getroffen wurden, wirken, weil es uns eben wichtig ist, durch den gebundenen Ganztags nicht auszugrenzen, sondern einzubinden und Schule zu einem lebendigen Ort zu machen, wo viele Partner gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern Schule gestalten.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Was das Thema Monetarisierung angeht – Herr Born, Sie haben es angesprochen –, gibt es momentan in fünf Regionen an 19 Schulen für ein Jahr den Modellversuch, um auszutesten, wie wir tatsächlich vereinfachen können. Wir haben diese Anregung ernst genommen. Wir haben jetzt einen ersten Zwischenbericht bekommen. Da besteht tatsächlich Handlungsbedarf. Ich gehe davon aus, dass wir ab dem kommenden Schuljahr nach der Bewertung dann auch in die Fläche gehen und die Möglichkeiten breit einräumen. Da haben Sie recht; das muss man den Schulen vereinfachen. Man muss schauen, dass die Verwaltungsabläufe nicht überbordend sind. Darauf haben wir reagiert.

Zu einem Punkt muss ich Ihnen noch etwas sagen: Was flexible Angebote neben dem gebundenen Ganztagsangebot, kommunale Angebote, offene Ganztagsangebote, Themen wie Jugendbegleiter, betrifft, ist das genau die Vielfalt, die sich nicht nur die Eltern wünschen – Herr Lorek hat es angesprochen –, sondern was sich auch die Schulen, die Kommunen, die Vereine und die außerschulischen Partner wünschen.

Wir, das Kultusministerium, haben – das wissen Sie – zwei große Ganztagsgipfel mit jeweils weit über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gemacht, mit allen am Ganztagsangebot beteiligten Partnern, auch den außerschulischen. Die Rückmeldung war: Flexible Angebote, keinerlei Zwangsbeglückung, sondern freie Wahl in der Beschulung, aber auch in der Betreuungsform der Kinder, das war nicht nur der Wunsch der Eltern, sondern der Wunsch von allen Partnern. Auch die außerschulischen Partner wünschen sich dies, um deutlichere Spielräume zu haben. Das ist auch das, was wir – das wurde angesprochen – im Rahmen einer Kabinettsvorlage, die wir jetzt intern beraten werden, widerspiegeln.

Ich stehe zu dem, was ich sage: Ich glaube, dass der gebundene Ganztags wichtig und gut ist, dass es richtig ist, dass wir außerschulische Partner, gerade im Musikbereich, einbinden, weil musikalische Bildung und Bewegung für die Entwicklung der Kinder wichtig sind.

Genauso müssen wir aber darauf Rücksicht nehmen und in der Bewertung respektvoll damit umgehen, dass es in Baden-Württemberg der Wunsch ist – das ist durch vielerlei Rückmeldungen und Veranstaltungen bestätigt –, mit flexiblen Angeboten und mit der Möglichkeit für Eltern und Partner in der Gestaltung von tagtäglichem Leben, der Gestaltung dessen, wie sie die Kinder betreut wissen wollen, so viel Spielraum wie möglich zu haben.

Deshalb finde ich es auch richtig, dass wir darüber konkret diskutieren und die Wünsche, die da sind, mit Respekt aufnehmen und gegebenenfalls umsetzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Balzer, bitte.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als die Ganztagschule eingeführt wurde – natürlich verstärkt in der vergangenen Legislatur –, hat man in der Tat den Vereinen und Musikschulen Kooperationen angeboten, um sie einzubinden. Warum haben

sie sich einbinden lassen? Die Verbände halten still, obwohl ein Teil ihrer Mitglieder in der beruflichen Existenz gefährdet ist.

Ich will hier einige Zahlen aus Studien der Gewerkschaft ver.di anführen. Die Einkünfte der Musikschullehrer sind zwischen 2008 und 2012 von jährlich etwa 18 000 auf 13 000 € gesunken. Das ist ein Minus von 4 300 €. Wir reden von monatlichen Durchschnittseinkünften der Musiklehrer von 1 145 €. Ich weiß nicht, wie man davon in einer Stadt wie Stuttgart Miete und Lebensunterhalt bestreiten kann.

Die Möglichkeit der Monetarisierung von Lehrerwochenstunden wird sehr unterschiedlich, aber im Ganzen bis jetzt wenig genutzt. Sie haben ja schon gesagt, dass hier Nachbesserungsbedarf besteht. Darauf hat auch der Tonkünstlerverband in seiner Petition hingewiesen.

Auch in der Anhörung des Verbands der Musikschulen im vergangenen Herbst wurde deutlich gesagt, dass die hier gezahlten Beträge nicht ausreichen, um einen qualifizierten Unterricht zu bieten. Hier ist Nachregulierung mehr als geboten; sie ist erforderlich.

Lieber Herr Walter, ich fliege tatsächlich, aber kein Raumschiff und schon gar keines im Orbit, wie anscheinend Sie vorhin, sondern ein normales Flugzeug.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Lorek für die CDU.

**Abg. Siegfried Lorek** CDU: Da haben wir mal eine Einheit: Die SPD und die AfD sind sich einig. Sie möchten ideologisch verordnen, was sie für richtig erachten. Beides ist definitiv falsch.

(Zurufe)

Sehen wir uns mal die Umfragen an: 20 % der Eltern möchten den verpflichtenden Ganztags, 70 % den freiwilligen Ganztags und 5 % keinen Ganztags.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Elternwille! – Weitere Zurufe)

Wir möchten das, was vor Ort richtig ist und was die Schulträger bzw. die Schulkonferenz entscheiden. Wir verordnen es nicht von oben – weder das eine noch das andere.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen mir keine weiteren –

(Abg. Daniel Born SPD meldet sich.)

– Doch. Herrn Abg. Born, Sie haben keine Redezeit mehr.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu Abg. Daniel Born SPD: Das muss man einteilen, Herr Kollege! – Abg.



(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Elternwillen zur Kenntnis nehmen!)

Sie haben schon überzogen. Entschuldigung.

(Unruhe)

Wir haben die Große Anfrage jetzt besprochen.

Jetzt haben wir noch über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5601, abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt, und wir haben den Tagesordnungspunkt 7 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. April 2017 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Weißbuch zur Zukunft Europas – Drucksachen 16/1967, 16/5548**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Erik Schweickert**

Auch hierzu, meine Damen und Herren, hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache festgelegt.

Für die Grünen beginnt Herr Abg. Frey.

**Abg. Josef Frey** GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute über die Kenntnisnahme der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa über das Weißbuch zur Zukunft Europas abzustimmen, das die Kommission vor zwei Jahren vorgelegt hat.

Mit dem vorliegenden Weißbuch von Kommissionspräsident Juncker stellt die Kommission eigentlich die Gretchenfrage aus Goethes „Faust“. Die würde heute nur lauten: Nun sag, wie hast du's mit der Europäischen Union? Du bist ein herzlich guter Mitgliedsstaat, allein ich glaub, du hältst nicht viel davon.

Allzu oft geben die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Schuld, wenn etwas schlecht läuft. Wenn es gut läuft, sacken sie es selbst ein. Die Verantwortung nach Brüssel zu schieben ist eine relativ einfache und beliebte Möglichkeit nationaler Taktiken, vor allem von populistisch geführten Regierungen.

Mit dem Weißbuch hat Kommissionspräsident Juncker den Ball aber in die Mitgliedsstaaten hineingespielt. Die Überlegungen im Weißbuch mit seinen fünf Szenarien zur Zukunft Europas sollten von den Mitgliedsstaaten als Aufruf verstanden werden, wieder Verantwortung für die Europäische Union, und zwar für die ganze Europäische Union, zu übernehmen. Die Nationalstaaten sollten überlegen, wie sie sich die Zukunft der EU vorstellen, in welchen Politikfeldern die EU mehr Kompetenzen haben sollte oder wo umgekehrt Kompetenzen in die Mitgliedsstaaten oder in die Regionen abgegeben werden könnten, um dort mehr Gestaltungsspielraum zu haben.

Nicht zuletzt dient eine klare Positionierung nach innen, aber auch nach außen der Zukunft Europas und den Bürgerinnen und Bürgern, damit sie sehen, wohin die Europäische Union steuern soll.

Genau in diesem Geist hat unsere Landesregierung mit dem Europadialog die Initiative ergriffen und damit eine Vorreiterrolle in Europa eingenommen. Auch der Europaausschuss des Landtags hat mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras verschiedene Veranstaltungen hier im Haus durchgeführt.

Baden-Württemberg hat als einzige regionale Gebietskörperschaft einen Beteiligungsprozess zur Zukunft Europas ins Leben gerufen und ein Leitbild für die EU erarbeitet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auf dieses Leitbild können wir stolz sein. Stolz können wir auch darauf sein, dass auf Vorschlag des Landes im Aachener Vertrag, den vergangene Woche die Bundeskanzlerin und der französische Präsident Macron unterzeichnet haben, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ganz besonders gewürdigt und prominent aufgenommen wurde. Nirgendwo sonst zeigt sich konkreter, welche Vorteile die Zusammenarbeit zwischen zwei Nationen bringen kann. Hier hat das Land, das eine gemeinsame Grenze mit der Französischen Republik über 180 km hat, in den letzten Jahren Erfahrungen und Expertise gesammelt, die auch auf Bundes- und europäischer Ebene Gehör finden.

Auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble steht in dieser deutsch-französischen Zusammenarbeit an vorderster Stelle. Er setzt sich dabei für eine aktivere Rolle der Bundespolitik, aber auch für eine aktivere Europapolitik insgesamt ein. Er fordert mehr Integrationsprojekte, die den Menschen greifbar machen, dass Europa Aufgaben in einer ganz anderen Dimension und Qualität bewältigen kann, als es ein einzelnes Land könnte.

Mehr Europa, wie in Junckers fünftem Szenario beschrieben, ist kein frommer Wunsch, sondern rationale Notwendigkeit und Mittel zum Zweck. Allerdings greift das Weißbuch auch dort etwas zu kurz. Die Themen Justiz, Umwelt, Klima und Soziales werden gar nicht als eigene Themenbereiche benannt.

Deshalb muss sich Baden-Württemberg weiter aktiv an diesem Zukunftsdialog beteiligen. Wir werden auch über die Anträge, die heute an den Europaausschuss überwiesen werden sollen, zeigen, dass sich der Europaausschuss und dieses Haus weiterhin um dieses Leitbild und dessen Umsetzung kümmern und dass wir uns speziell für folgende Themen einsetzen werden: eine Energie- und Klimaunion, eine solidarische und humane EU-Außenpolitik, eine krisenfeste Wirtschafts- und Währungsunion, die Bekämpfung von Steuerflucht, die Stärkung der europäischen Demokratie und die Verteidigung unserer Werte.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Sabine Wölflé SPD)

Die Mitgliedsstaaten, die sich nicht mehr an die Verträge halten, müssen wir auffordern – um im Bild von Goethes „Faust“ zu bleiben –, keinen Pakt mit dem Teufel einzugehen, sondern sich eindeutig hinter die von ihnen unterzeichneten Verträge zu stellen.

(Josef Frey)

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme der Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung und die Überweisung der hierzu eingegangenen Anträge an den Europaausschuss, um dort weiterhin aktiv am Leitbild der Landesregierung für Europa mitzuarbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die CDU spricht Herr Kollege Gramling.

**Abg. Fabian Gramling** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Europäische Kommission hat ein Weißbuch vorgelegt und damit einen Gesprächsprozess angestoßen, bei dem wir über die Zukunftsszenarien für Europa diskutieren und uns die Frage stellen sollen: In welchem Europa möchten wir im Jahr 2025 leben?

Ein Sprichwort lautet: „Tue Gutes und rede darüber.“ Deswegen bin ich unserer Landesregierung und insbesondere unserem Minister der Justiz und für Europa, Guido Wolf, sehr dankbar, dass mit dem Europadialog eine breite Debatte angestoßen wurde und mit dem Leitbild für Europa unsere Positionen formuliert wurden.

Aus dieser Diskussion möchte ich gern drei Punkte herausgreifen, die mir sehr wichtig sind.

Das ist zum einen der EU-Binnenmarkt. Der EU-Binnenmarkt ist der größte zusammenhängende Wirtschaftsraum der Welt. Er ermöglicht eine starke Wirtschaft, er ermöglicht Wohlstand, er ermöglicht damit natürlich auch Sozialleistungen. Und ja, nur mit einer starken, innovativen Wirtschaft kann man auch Nachhaltigkeit und Umweltschutz umsetzen.

Eine starke Wirtschaft fördert man aber auch nur, wenn man Zölle abbaut. Deswegen sind Handelsabkommen in unserer Zeit wichtiger denn je. In den letzten zehn Jahren hat Europa 32 Handelsabkommen abgeschlossen. Morgen wird das EU-Japan-Abkommen in Kraft treten. Ferner laufen Verhandlungen mit südostasiatischen Staaten, und auch mit Australien und Neuseeland ist man im Gespräch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines muss uns ganz klar sein: China hat mit der Mondlandung gezeigt, dass es in Zukunft nicht nur Lieferant für unsere Smartphones sein möchte, sondern Innovationsführer werden möchte. Die große Frage wird sein: Wer wird in Zukunft unsere Standards auf der Welt setzen, Standards über Technologien und damit dann auch über Werte, die exportiert werden können?

Ich möchte nicht, dass uns China in Zukunft seine Werte aufs Auge drückt. Deswegen ist es unser ureigenes Interesse, dass wir über Europa weiterhin in der ganzen Welt Handelsabkommen abschließen, weil wir damit nicht nur Standards setzen können und mehr Export haben, sondern auch unsere Werte in die Welt exportieren können.

Der zweite Punkt ist die gesellschaftliche Akzeptanz. Wir müssen die Vorteile Europas wieder verstärkt aufzeigen. Dass wir in Frieden leben können, ist für viele selbstverständlich. Man sieht aber gleich vor unserer Haustür, dass es eben nicht selbstverständlich ist, dass wir in Frieden leben können.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Josef Frey GRÜNE und Sabine Wölflé SPD)

Europa zeigt auch viele Vorteile im alltäglichen Leben, Stichwort einheitliche Währung, Reisefreiheit oder auch seit Mitte des letzten Jahres die Roaminggebühren, die abgeschafft worden sind. Doch das sind Selbstverständlichkeiten, gerade auch bei der jüngeren Generation, die wir als gottgegeben hinnehmen. Es muss uns jedoch klar sein, dass es eben nicht so ist.

Viele Bürger fragen sich zu Recht: Wofür ist Europa verantwortlich, und wofür muss Europa nicht verantwortlich sein? Für mich ist wichtig, dass wir die großen Themen ansprechen und die großen Themen auch in Europa klären. Das ist die Außen- und Sicherheitspolitik, es ist jedoch auch der Bereich der Spitzenforschung. Wenn es z. B. um künstliche Intelligenz geht, dann müssen wir schauen, dass wir eine Vernetzung zwischen den Forschungsinstituten und -einrichtungen in Europa hinbekommen. Es geht um Klimaschutz, aber natürlich auch um das Thema Migration.

Wir müssen uns aber auch klar darüber sein, dass Europa nur schlagkräftig sein kann, wenn wichtige Entscheidungen schnell, flexibel und insbesondere nachvollziehbar getroffen werden können. Das hat auch etwas mit Akzeptanz zu tun. Deswegen müssen wir aus meiner Sicht das Einstimmigkeitsprinzip hinterfragen, wir müssen es ad acta legen. Denn nur dann kann in Zukunft wirklich ein großer Wurf in Europa möglich sein.

Die Vergangenheit hat auch gezeigt, dass es natürlich sehr wichtig ist, dass man den Willen verschiedener Mitgliedsstaaten zur Zusammenarbeit nicht ausbremsen darf. Ich finde es gut und positiv und möchte diesen Weg auch weiter begleiten, dass wir gemeinsam mit unseren Freunden in Frankreich die Speerspitze für die Zusammenarbeit in Europa sind und bleiben und diese Position in Zukunft noch weiter ausbauen wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Sabine Wölflé SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns darüber im Klaren sein: Deutschland stellt bald nicht einmal mehr 1 % der Weltbevölkerung. Wenn wir mit unseren Interessen wahrgenommen werden möchten, brauchen wir ein starkes Sprachrohr. Unser Sprachrohr ist Europa, und daher müssen wir bei den großen Themen mehr Europa wagen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Ich bin felsenfest überzeugt, dass unsere Kinder und Enkelkinder uns dafür danken werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Daniel Karrais FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Grimmer für die AfD, bitte.

**Abg. Dr. Bernd Grimmer** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme nicht umhin, in dieser europapolitischen Debatte auf die Regierungsinfor-

(Dr. Bernd Grimmer)

mation des Herrn Ministerpräsidenten zurückzukommen, die letzte Woche stattgefunden hat. Ich zitiere daraus:

*Wer das vereinte Europa infrage stellt, der stellt sich gegen unsere Verfassung, ... Das werden wir nicht zulassen.*

Meine Damen und Herren, mich hat dieser Satz im Kontext der gesamten Rede schockiert. Es war vor allem der Tonfall, mit dem der Ministerpräsident die Worte gesagt hat: „Das werden wir nicht zulassen.“

Ich möchte hier eines in aller Deutlichkeit sagen: Wir, die AfD, wollen ein freies, friedliches, rechtsstaatliches, wohlhabendes Europa.

(Beifall bei der AfD)

Es ist einfach unwahr, wenn Vertreter anderer Parteien so tun, als ob wir nicht nach diesen Zielen streben, nach Zielen, wie sie sich alle vernünftigen Menschen für Europa wünschen, in der AfD und in Ihren Parteien.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Abg. Josef Frey GRÜNE: Sie wollen das Europaparlament abschaffen!)

Aber wir sind gegen eine EU, die in Richtung Unfreiheit, Willkür und Verarmung geht. Wir wollen ein neues Europa, das wieder für Freiheit, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand steht.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Wir wollen demokratische Entscheidungen, auch national oder überhaupt, nicht in einem Teilparlament vorbestimmt haben. Es ist blanker Hohn, wenn Sie hier von Rechtsstaatlichkeit sprechen, diese aber z. B. im Zuge der Eurorettung mit Füßen getreten wurde,

(Beifall bei der AfD)

oder wenn Sie und Ihre Parteien geradezu teuflische Zensurgesetze erlassen. Aber Bürgerbeteiligung können Sie inszenieren – wir haben das gehört –, eingerahmt in Strukturen, die Sie bestimmen, und mit Ergebnissen, die genau auf Ihrer Linie liegen – so sehr von oben herab eingefädelt, dass im Ausschuss nicht nur die AfD, sondern auch die FDP/DVP und die SPD deutliche Kritik geübt haben.

Meine Damen und Herren, wir reden nicht über Europa, wir reden über die EU, ein juristisches Gebilde, dessen Zweck es sein sollte, das Leben der Menschen besser zu machen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Tut es ja auch!)

Selbstverständlich ist klar: Wenn ein juristisches Konstrukt mehr schadet als nützt,

(Lachen der Abg. Sabine Wölfle SPD)

dann muss es abgeschafft werden, oder man muss neue Formen finden.

(Beifall bei der AfD)

Genau das ist die Position der AfD. Wir sehen, dass die EU in weiten Teilen gescheitert ist: in der Wirtschaft, in der Land-

wirtschaft, in der Umweltvorsorge, in der Religion, in der Einwanderung und in vielen anderen Punkten. Wir müssen darüber reden, wie wir den Staatenbund auf eine tragfähige Basis stellen können. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

Für ein Europa der Vater- und Mutterländer zu sein, ist nicht gegen die Landesverfassung.

(Beifall bei der AfD)

Ich hoffe sehr, dass Sie, auch wenn Sie unsere Ziele nicht teilen, so doch zumindest respektieren, dass wir für eine bessere Zukunft auch für Baden-Württemberg eintreten.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Kurz zum Weißbuch selbst: Der Weißbuchprozess war eine Irreführung. Das Ergebnis dieses Prozesses stand von vornherein fest. Frau Merkel sagte im Februar 2017 – ich zitiere –,

*... dass es auch eine Europäische Union mit verschiedenen Geschwindigkeiten geben wird,*

(Abg. Josef Frey GRÜNE: Die gibt es ja schon!)

– geben wird, nicht geben könnte! –

*dass nicht alle immer an den gleichen Integrationsstufen teilnehmen werden.*

Analoge Aussagen gab es von Frankreich, Spanien und der damaligen Regierung Italiens.

Die Eurokratie und die wichtigsten Mitgliedsstaaten wollten Szenario 3. Und – oh Wunder – die Landesregierung hatte dieselbe Haltung formuliert. Niemand aus der etablierten Politik wollte einen echten Rückbau der EU auf einen tragfähigen Kern, also Szenario 2 – nur Binnenmarkt – oder Szenario 4 – weniger, dafür effizienter.

(Zuruf von den Grünen: Oder nur Deutschland!)

Szenario 5 – sehr viel mehr Zentralisierung – wird de facto praktiziert, es stand aber nur mithilfe einer Extremvariante die Möglichkeit zur Verfügung, einen Mittelweg simulieren zu können.

Was blieb, ist das von vornherein präferierte Szenario 3 – jene, die mehr tun, dürfen mehr –, eine abgefeimte Strategie, um die auf ihre Freiheit bedachten kleineren Länder auszuspielen. Diese sollen dann über die Kraft des Faktischen gezwungen werden, die Schritte Deutschlands und Frankreichs nachzuvollziehen – was sie in freier Entscheidung nie getan hätten.

Wie in der EU leider üblich, erleben wir also auch hier eine ausgeklügelte strategiepoltische Irreführung. Da hilft auch das Schönreden in Ihren Entschließungsanträgen nicht, die allesamt einen offenen Prozess simulieren, den es nicht gegeben hat. Wir tragen diese nicht mit.

(Beifall bei der AfD)

Trotz dieser Kritik möchte ich mit einem Appell schließen: Lassen Sie uns anfangen, darüber nachzudenken, was wir ge-

(Dr. Bernd Grimmer)

meinsam für unser Land, für die Bürger in unserem Land erreichen können. Dazu sind wir bereit.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut! – Abg. Josef Frey GRÜNE: Lieber nicht!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die SPD rufe ich Frau Abg. Wölflle auf.

**Abg. Sabine Wölflle** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

*Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.*

Dieses Zitat stammt von Wilhelm von Humboldt. Nichts könnte treffender beschreiben, weshalb Europa aufgrund seiner Geschichte nur eine gemeinsame Zukunft haben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Weil diese gemeinsame Zukunft aber heute herausgefordert wird, ist diese Europawahl eine Richtungswahl. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern Europas erklären, welche Wege Europa nehmen kann und welche davon in eine gefährliche Sackgasse führen. Nationalismus und Protektionismus sind auf jeden Fall die falschen Antworten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Rückwärtsgewandte Politik bedeutet nicht Fortschritt, sondern Rückschritt und Zukunftsverweigerung. Wir stehen vor tief greifenden Veränderungen in Europa und auch weltweit. Die zentralen Fragestellungen und Herausforderungen, um die es dabei geht, hat die EU-Kommission in ihrem Weißbuch zusammengefasst und dabei fünf mögliche Szenarien für die Zukunft Europas entwickelt.

Die Europäische Union hat sich aus Jahrhunderten voller Auseinandersetzungen und Kriege entwickelt, und der europäische Einigungsprozess war gewiss alles andere als einfach. Heute umfasst die EU 508 Millionen Menschen auf einer Fläche von 4 Millionen km<sup>2</sup>, nach China und Indien die drittgrößte Bevölkerung der Welt. Dies macht die Bedeutung Europas deutlich. Diese Position darf nicht einem Rückfall in alte, vermeintlich bessere Zeiten der Kleinstaaterei geopfert werden.

Europa hat Schwächen und Defizite. Deshalb ist es wichtig, zu reflektieren, was gut ist und wo wir dringend handeln müssen,

(Abg. Anton Baron AfD: Dann handeln Sie endlich!)

um die Weichen für eine weitere gute Entwicklung zu stellen.

Das Weißbuch und die fünf Szenarien sind eine Orientierungshilfe zur Kursbestimmung mit höchst unterschiedlichen Konsequenzen. Ein „Weiter so wie bisher“ – Szenario 1 – wäre das Ende der Europäischen Union, denn wir hätten keine Antworten auf die globalen Herausforderungen.

Auch als Bundesland braucht Baden-Württemberg hierzu eine klare Haltung, und wir sollten wissen, wie sich die Landesregierung dazu positioniert. Ganz klar ist das aber nicht. Dem aktuellen Europaleitbild nach zu schließen, bewegt sich die

Landesregierung jedoch irgendwo zwischen den Szenarien „Wer mehr will, tut mehr“ und „Weniger, aber effizient“.

Doch welche Gestaltungsspielräume sieht denn die Landesregierung für sich? Ist es nicht so, dass sie mit staatstragenden Bekenntnissen zwar verbal mehr Europa einfordert, gleichzeitig aber mit geradezu inflatorisch verwendeten und im Kern abweisenden Schlagwörtern der Subsidiarität den Rückwärtsgang einlegt? Wie sonst ist es zu verstehen, wenn Sie beim Thema Subsidiarität beklagen, die Vorschläge der Kommission griffen zu kurz, und verlangen, man möge sich verpflichten, bevorzugt auf das Instrument der unverbindlicheren Richtlinie anstelle der unmittelbar wirksamen Verordnung zurückzugreifen? Wer vergeblich Gas gibt, gleichzeitig jedoch die politische Handbremse zieht, bringt Europa in Wahrheit nicht voran.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Daniel Karrais FDP/DVP)

Auch zu konkreten Projekten der europäischen Zusammenarbeit und Integration haben wir nicht allzu viel gehört. Wer es mit dem Motto bzw. Szenario 3 – „Wer mehr will, tut mehr“ – ernst meint, muss Schwerpunkte setzen, um genau hier auch mehr zu tun. Spielräume, um eigene Akzente zu setzen, gäbe es genug, beispielsweise die Donaauraumstrategie, laut Staatsministerium ein zentraler Baustein der Europapolitik der Landesregierung. Doch wo bleibt hier das Mehr? Bis jetzt haben wir es nicht gesehen.

Genauso die „Vier Motoren“ bzw. die vier Regionen für ein starkes Europa – ein gutes und zukunftsweisendes Projekt, das EU-weit beispielgebend sein kann, wie man länderübergreifend gut zusammenarbeitet. Auch hier wäre mehr Engagement sicherlich gut. Denn Baden-Württemberg ist eine zutiefst europäische Region mit einer langen Binnengrenze zu Frankreich, mit vielen zukunftsweisenden, grenzüberschreitenden Projekten, gelebter europäischer Partnerschaft und obendrein mit einer EU-Außengrenze zur Schweiz.

Aus all diesen Gründen müssen wir ein starkes Interesse daran haben, dass sich die EU in einem ambitionierten politischen Reformprozess weiterentwickelt. Dies gilt aufgrund der vielseitigen ökonomischen Verflechtungen gerade für unser exportabhängiges Land.

Für uns, die SPD-Fraktion, ist daher klar: Das Leitbild ist Sache der Landesregierung, bzw. es ist Regierungshandeln. Unabhängig davon muss sich aber auch das Parlament von Baden-Württemberg zum Weißbuch positionieren und auf Basis dieser Szenarien auch eine eigene Kursbestimmung vornehmen. Diese Diskussion könnte z. B. in eine gemeinsame Resolution des Landtags einmünden, die die Landesregierung im europäischen Reformprozess unterstützt oder auch eigene Akzente setzt.

Deswegen begrüßen wir, dass wir heute die Entschließungsanträge zurück an den Europaausschuss geben und dort vielleicht zu einer gemeinsamen Positionierung kommen. Ein solches Papier oder eine solche Resolution wäre ein Signal an die Menschen in unserem Land, dass wir es wirklich ernst meinen mit Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Nese Erikli GRÜNE und Daniel Karrais FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun spricht für die FDP/DVP-Fraktion Herr Abg. Karrais.

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Weißbuch zur Zukunft Europas ist definitiv ein wichtiger Beitrag zu der Debatte, wie es mit der Europäischen Union weitergehen kann. Das ist eine gute Diskussionsgrundlage. Es ist schade, dass das Weißbuch im öffentlichen Diskurs etwas aus dem Fokus geraten ist. Aber umso wichtiger ist es, dass wir heute auch hier darüber sprechen. Denn genau jetzt brauchen wir die Ideen, wie es in der Europäischen Union weitergehen kann. Wenn ich dann von den Kollegen der AfD hier höre, dass die EU eventuell abgeschafft werden soll – –

(Abg. Udo Stein AfD: Reformiert werden soll!)

– Ja, reformiert. Es wurde auch „aufgelöst“ gesagt. Das habe ich selbst gehört.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

– Jetzt hören Sie mir erst einmal zu. – Das, was Sie hier fordern, ist ein Verrat an der nachfolgenden Generation. Denn Sie setzen mit Ihren Forderungen die Zukunft, den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand in der Europäischen Union und in Europa ganz klar aufs Spiel.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf von der AfD: Quatsch!)

Die AfD hat Angst vor dem Satz: „Deutschland schafft sich ab.“ Aber ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Wenn die AfD ans Ruder kommt, wird sie es sein, die Deutschland abschafft.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Karrais, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein?

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Nein.

(Abg. Udo Stein AfD: War ja klar!)

Für uns Freie Demokraten ist eines klar: Wir brauchen mehr Europa.

(Beifall des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Das heißt für uns: Wir brauchen einen klaren Schutz der Außengrenzen. Denn nur wenn wir die Außengrenzen absichern können, können wir auch den Schengen-Raum als Grundlage für unseren Wohlstand halten.

(Abg. Emil Sänze AfD: Wie wollen Sie das machen? Die anderen bevormunden, oder was?)

– Das geht, indem man z. B. die Grenzschutzagentur Frontex stärkt, Herr Sänze.

(Abg. Emil Sänze AfD: Die anderen lassen es zu!)

Wir brauchen mehr ein gemeinsames Auftreten in der Außenpolitik. Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel: Chinas Bevölkerung wird auf 1,41 oder 1,42 Milliarden Einwohner ge-

schätzt. Wenn Sie aufgepasst haben: Die zweite Nachkommastelle entspricht ungefähr der Bevölkerung von Deutschland. Das heißt: eigentlich nur ein Rundungsfehler. Wenn wir also auf der Weltbühne irgendwas erreichen wollen, können wir das nur gemeinsam mit unseren europäischen Freundinnen und Freunden. Denn allein werden wir nichts erreichen können, weil wir in der Welt nicht ins Gewicht fallen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zurufe von der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass Ihre Zwischenfragen nicht zugelassen wurden. Sie müssen das nicht durch Zwischenrufe ersetzen. Und lassen Sie jetzt bitte den Redner aussprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

**Abg. Daniel Karrais** FDP/DVP: Da geht es auch um das Thema Handelspolitik. Der Kollege Gramling hat es dankenswerterweise schon angesprochen und ausgeführt.

Aber wir müssen auch im Bereich der Verteidigung gemeinsam denken und gemeinsam agieren. Wir treten hier für das gemeinsame langfristige Ziel einer europäischen Armee ein. Denn das steigert nicht nur die Effizienz, es stärkt auch die Identifikation mit der Europäischen Union, und vor allem wäre es auch ein Beitrag zur weiteren Verständigung der Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union.

(Beifall der Abg. Nico Weinmann und Andreas Glück FDP/DVP)

Auch hinsichtlich der Energiewende als dem wichtigsten Thema unserer Zeit müssen wir gemeinsam denken. Denn Alleingänge eines Staates oder eines Bundeslands

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

führen nicht weiter, weil sich das Weltklima letztendlich nicht dafür interessiert, wo CO<sub>2</sub> eingespart wird. Es interessiert sich nur dafür, dass CO<sub>2</sub> eingespart wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD)

Wenn wir hier Kohlekraftwerke abschalten und dann den Kohlestrom aus Polen importieren, wird uns das auch nicht weiterhelfen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Die AfD will die Europäische Union reformieren. Sie will sie vielleicht auch auflösen. So ganz klar haben Sie sich da jetzt nicht geäußert. Aber irgendwie wollen Sie sie doch auflösen.

(Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Nicht abschaffen! Neu formieren, habe ich gesagt!)

Wir brauchen eine Stärkung des Europäischen Parlaments. Da bin ich auch völlig gegen Ihre Meinung, denn Sie sagen, Sie wollen das Europäische Parlament auflösen. Aber Kolleginnen und Kollegen von Ihnen treten für das Europäische Parlament an.

(Abg. Udo Stein AfD: Reformieren! Noch einmal!)

(Daniel Karrais)

Das Europäische Parlament muss durch ein Initiativrecht und vor allem durch mehr Kontrollrechte der Europäischen Kommission gestärkt werden.

(Zurufe von der AfD)

Zum Schluss komme ich zum Leitbild der Regierung, das sie dankenswerterweise erstellt hat. Allerdings geht uns das leider nicht weit genug, da hier viele Allgemeinplätze formuliert werden, hinter denen man sich ohne Probleme versammeln kann. Aber leider fehlt hier der große Wurf, und eigentlich brauchten wir genau das; denn wir müssen den nächsten Evolutionschritt in der Europäischen Union gehen. Leider blieb dies aus.

Ich freue mich, dass aufgrund der Anträge, die heute eingereicht wurden, dazu eine weitere Diskussion im Europaausschuss stattfinden wird. Wenn wir über die Zukunft Europas reden, fällt mir folgender Satz ein: „Europa ist unsere Zukunft, eine andere haben wir nicht.“

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

**Stelly. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie haben das Wort.

(Zuruf von der SPD: Oh nein! – Zuruf)

– Stimmt. Ja, ich habe es schon wieder falsch gemacht. Entschuldigung. Danke.

Herr Minister, Sie sind natürlich zuerst dran.

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Weißbuch der Kommission, das heute auch Bestandteil dieser Tagesordnung ist, beginnt mit dem Satz:

*Viele Generationen lang war Europa immer die Zukunft.*

Manche wollen diesen Satz als Abgesang auf die heutige Europäische Union interpretieren, doch das Gegenteil ist der Fall. Dieser Satz zeigt, dass die Europäische Union seit ihren Anfängen auf die Zukunft ausgerichtet war. Folglich gab es auch von Anfang an eine Diskussion über ihre Weiterentwicklung. Diese Diskussion war zu jedem Zeitpunkt richtig, und sie ist es auch jetzt.

Ich will kritisch hinzufügen: Mir schien, dass mit diesem Weißbuchprozess bei der Kommission auch verstärkt die Erkenntnis angekommen ist, dass man bei der Weiterentwicklung Europas noch stärker auf die Einschätzung der Menschen achten und sie in weiter gehende Überlegungen einbeziehen muss.

Mit ihrem Weißbuch hat die Kommission im März 2017 der EU-Zukunftsdebatte eine neue Dynamik verliehen. Der Zeitpunkt nach dem Brexit-Votum, nach der Finanzkrise und vor dem Hintergrund internationaler Konflikte war richtig gewählt. Wenn Sie so wollen, war das auch der Ausfluss der Erkenntnis, dass es ganz offenkundig realistisch ist und dass es auch in der Zukunft so bleibt, dass sich Länder mit der Frage eines möglichen Austritts befassen.

Als eine entscheidende Gegenmaßnahme, um solchen Tendenzen entgegenzuwirken, ist dieses Weißbuch der Versuch und das Angebot, gemeinsam über die Zukunft Europas zu befinden und auch Korrekturbedarf anzumelden. Da soll nichts schöneredet werden; da sollen auch Verbesserungspotenziale ermittelt werden. Die fünf Zukunftsszenarien der Kommission waren von Anfang an als Denkmodelle gedacht. Sie haben der Debatte Struktur gegeben.

Kommissionspräsident Juncker hat mit seiner Rede zur Lage der Nation im September 2017 ein sechstes Szenario – sozusagen seinen Favoriten – vorgelegt. Heute, nach zahllosen Gesprächen in Brüssel, Berlin und Stuttgart, sind wir in der Debatte weitergekommen, aber noch lange nicht an einem Schlusspunkt angelangt.

Eines ist für mich klar – das ist von verschiedenen Rednern auch angesprochen worden –: Ein reines „Weiter so!“ wäre nicht die richtige Antwort – weder auf die Herausforderungen der Zukunft noch auf manche Fehlentwicklung der Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

An die Stelle des „Weiter so!“ muss eine echte Weiterentwicklung treten. Dabei muss vor allem die Aufgabenverteilung im Mittelpunkt stehen. Das europäische Haus muss an seinem Fundament verstärkt werden, um stabil für die Zukunft zu sein, und es muss im Innern maßvoll umgestaltet werden.

Wenn vorhin gesagt wurde, es sei nicht so richtig erkennbar, für welches Szenario sich diese Landesregierung ausspreche, dann kann ich nur sagen: Es wird am Ende des Tages nicht ein einziges Szenario dieses Weißbuchs sein, für das wir uns entscheiden. Es wird ein Mix aus unterschiedlichen Aspekten sein, wie sie auch aus unterschiedlichen Szenarien ablesbar sind.

Eines wird es nach dem Verständnis der baden-württembergischen Landesregierung mit Sicherheit nicht sein: Es wird kein ausschließlicher Rückzug auf den Binnenmarkt. Da wäre uns für Europa zu wenig Perspektive. Europa ist mehr als ein Binnenmarkt. Europa hat etwas mit einer Werte- und Rechtsgemeinschaft zu tun. Deswegen kommt für die Landesregierung von Baden-Württemberg ein Rückzug auf Fragen des Binnenmarkts mit Blick auf die Zukunft Europas nicht in Betracht.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Für uns muss Europa im Innern maßvoll umgestaltet werden: mit starken Regionen und Kommunen als Basis, den Mitgliedsstaaten als Mittelbau und der EU-Ebene als festem Dach. In einer Zeit des tief greifenden Wandels der internationalen Beziehungen, der Weltwirtschaft, aber auch der Gesellschaftsordnungen brauchen wir ein Dach, das uns in Europa schützt, brauchen wir ein Dach, das für Sicherheit sorgt. Und nur Europa kann uns diese Sicherheit bieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind gerade die großen Herausforderungen, die auch die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg bewegen; das hat der Europadialog des Landes im vergangenen Jahr gezeigt. Mit dem Europadialog

(Minister Guido Wolf)

haben wir auch auf den Weißbuchprozess reagiert. Wir haben ihn auf unsere Weise weiterentwickelt; wir haben uns nicht auf die fünf Szenarien beschränkt, sondern durchaus Raum gegeben, auch darüber hinaus zu diskutieren.

Dieses Europaleitbild der Landesregierung ist nicht nur das Ergebnis des breiten Dialogs, sondern es ist auch unser Beitrag zur europäischen Zukunftsdebatte. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf die Fundamente des Hauses Europa, unsere gemeinsamen Werte und den Zusammenhalt im Innern. Zugleich sprechen wir auch viele konkrete europäische Fragestellungen an; denn viele Ergebnisse des Europadialogs stammen aus den konkreten europäischen Alltagserfahrungen der Menschen hier im Südwesten. Das ist das große Plus unseres Leitbilds.

Es ist vorhin auch noch einmal das Szenario angesprochen worden, dass einige in diesem Europa möglicherweise schneller unterwegs sind als andere, dass das Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten also durchaus einen Sinn ergeben könnte. Nach dem Eindruck der Landesregierung – das hat sich auch in vielen Beiträgen des Europadialogs gezeigt – muss es in einzelnen Themenbereichen schon die Möglichkeit geben, dass die Länder, die sich in diesen Bereichen besonders stark fühlen, auch vorausmarschieren – ohne dass sich andere aus diesen Zuständigkeiten verabschieden. Aber wenn wir es uns völlig versagen, in Einzelbereichen auch in kleineren Einheiten innerhalb Europas unterwegs zu sein, dann riskieren wir Stillstand in vielen Bereichen. Deshalb halte ich dieses Prinzip der unterschiedlichen Geschwindigkeiten – maßvoll angewandt, themenorientiert aufgegriffen – für einen durchaus gangbaren Weg.

Das kann nicht das alleinige Szenario des Europas der Zukunft sein, aber wir müssen aus der von der Bürgerschaft gelegentlich wahrgenommenen Handlungsunfähigkeit, dieser Lethargie, die gelegentlich von der Bevölkerung auch kritisiert wird, herauskommen. Da kann ein solches Zusammenwirken im Sinne eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten durchaus einen Sinn ergeben.

In gleicher Weise – das betone ich nochmals – wollen wir auch das Prinzip „Weniger, aber effizienter“ angewandt wissen. Es gibt Bereiche, in denen wir durchaus mehr Europa möchten: Sicherheit, Verteidigung, Außenpolitik. Ja, da brauchen wir ein stärkeres Europa. In gleicher Weise sehen wir die Chance, dass sich Europa aus Zuständigkeitsbereichen des Alltags, bei denen es den Regionen, den Kommunen, den Nationalstaaten leichter fällt, sich diesen Themen zu widmen, auch wiederum zurückzieht.

Europa muss sich um die richtigen Dinge kümmern, Europa muss sich nicht um alles kümmern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, es sind heute unterschiedliche Anträge gestellt worden, sowohl von den Regierungsfractionen als auch von der Opposition. Ich finde es klug und danke dafür, dass Sie die Debatte über diese Anträge auch in die Ausschussberatung verwiesen haben, und ich halte es für eine kluge Idee, zumindest den Versuch zu unternehmen, sich am Ende auch in einer gemeinsamen Stellungnahme wiederzufinden.

Europa ist zu wichtig, als dass wir es dem Klein-Klein einer parteipolitischen Auseinandersetzung in diesem Haus überlassen dürfen. Deshalb geht es um den Versuch, auch im Ausschuss zu einer gemeinsamen Position in dieser Frage zu kommen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der AfD und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 9. Mai kommen die Staats- und Regierungschefs im rumänischen Sibiu zusammen, um den weiteren Fahrplan in der Zukunftsdebatte zu beraten. Da muss die Kommission dann auch liefern. Aus heutiger Sicht ist bereits klar: Sibiu wird nicht der Schlusspunkt, sondern nur eine Zwischentappe sein.

Im Juni 2019 beginnt eine neue Legislaturperiode des Europäischen Parlaments. Im Herbst kommen eine neue Kommission und ein neuer Präsident des Europäischen Rates ins Amt. Alle drei Institutionen werden den weiteren Zukunftsprozess maßgeblich prägen.

Die Entscheidung über die Zusammensetzung des Parlaments und der Kommission im Zuge der Europawahl am 26. Mai ist deswegen auch eine Entscheidung über Europas Zukunft. Es liegt an uns Europäerinnen und Europäern, diese Entscheidung zu treffen und unsere Verantwortung für das vereinte Europa wahrzunehmen.

Das Weißbuch der Kommission endet deshalb zu Recht mit dem Satz:

*Ebenso wie die Generationen vor uns haben auch wir die Zukunft Europas selbst in der Hand.*

Lassen Sie uns diese Zukunft gestalten für Europa und damit auch für Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann hat Herr Abg. Dr. Gedeon das letzte Wort.

(Zuruf: Bei dem Thema?)

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Ja, das haben Sie sehr gut ausgedrückt, Frau Präsidentin. Vielen Dank.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bringen wir es hinter uns!)

– Genau.

(Zuruf: Zeit läuft!)

Sie sagen, wir seien europafeindlich. Ich verstehe das nicht, wenn die EU in ihrem eigenen Papier ein Szenario vorsieht, das als Alternative möglich ist: das Szenario 2.

Mehr wollen wir nicht: einen Rückbau auf die Möglichkeiten der Freihandelszone. Warum ist das denn, bitte schön, europafeindlich? Das entspricht nicht nur der frühen Geschichte

(Dr. Wolfgang Gedeon)

der EU, sondern der Urgeschichte unserer Kultur. Schauen Sie einmal nach Griechenland! Was war denn dort? Dort waren lauter Stadtstaaten, und die hatten alles andere als eine Union. Die waren zerstritten, die haben untereinander Kriege geführt. Nur dann, wenn der gemeinsame Feind, der zentralistische Koloss aus Persien, kam, vereinten sie sich für kurze Zeit und entfalteten ihre ganze Kraft.

Das ist die Idee unseres Kontinents. Das ist keine monolithische Einheit, das ist Dynamik und ist Vielfalt, die Sie ja sonst immer so propagieren, meine Damen und Herren. Hier wollen wir es, und hier wollen Sie sie nicht.

Wenn wir dann in die Geschichte der EU gehen, dann sehen wir: Am Anfang war auch nie die Rede von einem zentralistischen Staat. Weder de Gaulle noch Adenauer wollten so ein Ungetüm; sie wollten ein Europa der Vaterländer. Sie sind diejenigen, die diese Grundidee nicht nur verwässern, sondern pervertieren. Das Problem ist nicht der Nationalismus, sondern ist der Supranationalismus, der Zentralismus; der ist nicht nur demokratiefeindlich, der ist zutiefst un- und antieuropäisch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Ich glaube, die Zeit ist um!)

Deswegen sollten Sie endlich aufhören, ständig in identischer Weise von Europa und von der EU zu sprechen. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge.

Es ist nicht nur die Geschichte, meine Damen und Herren, es ist auch die konkrete Politik, die uns dazu zwingt, diese EU aufzugeben und zu beerdigen.

Schauen Sie sich doch einmal die Probleme an! Schauen Sie sich einmal die Migration an! Das ist – das habe ich heute Morgen schon gesagt – ein EU-Problem. Schauen Sie sich sogar den Diesel an! Wir hätten kein Diesel-Problem, gäbe es nicht die EU.

(Lachen des Abg. Joachim Kößler CDU)

Die EU hat diese komischen Richtwerte festgelegt, ...

(Zurufe von den Grünen und des Abg. Winfried Mack CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Gedeon, jetzt ist die Redezeit abgelaufen.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): ... und jetzt wollen wir sie ändern. Aber jetzt können wir sie nicht ändern, jetzt müssen wir die EU fragen.

(Zuruf: Die Zeit ist abgelaufen!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Bitte bleiben Sie alle im Raum, denn wir müssen noch abstimmen.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Okay. – Also die EU ist in all diesen Dingen nicht die Lösung, sondern das Problem,

(Zurufe von den Grünen)

und die EU schafft nirgendwo die Einheit,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Redezeit ist abgelaufen! Da gibt es keine Alternative! Mikrofon abstellen!)

sondern sie spaltet.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Gedeon, Ihre Redezeit ist schon eine Weile abgelaufen.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Schon eine Weile? – Okay.

Also gut, dann plädiere ich für einen „Dexit“, denn diese EU ist nicht mehr reformierbar, meine Damen und Herren.

(Zurufe – Unruhe)

Es ist allerhöchste Zeit, hier die Konsequenzen zu ziehen.

Danke schön.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit. Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 16/5548. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/1967, Kenntnis zu nehmen.

Die Fraktion der AfD hat um förmliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung gebeten. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt kommen wir zu dem, was eben schon angesprochen wurde. Sie haben mittlerweile drei Entschließungsanträge auf Ihren Plätzen liegen. Ursprünglich war es nur einer. Die Fraktionen, die diese Anträge gestellt haben, sind übereingekommen, diese drei Entschließungsanträge Drucksachen 16/5609, 16/5628 und 16/5629 an den Ausschuss für Europa und Internationales zu überweisen. – Dem stimmen Sie zu; das habe ich vorhin auch schon so wahrgenommen. Vielen Dank.

Jetzt bitte ich Sie noch einen Moment um Geduld; denn wir kommen jetzt noch zu den nächsten Tagesordnungspunkten. Über diese kann ich nicht zusammen abstimmen lassen, weil die AfD zu einzelnen Tagesordnungspunkten förmliche Abstimmung verlangt hat.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das würden wir gern vorher wissen, Frau Präsidentin!)

– Wie bitte?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das würden wir gern vorher wissen, wenn solche Anträge gestellt werden!)

Das geht schnell.

Ich rufe die **Punkte 9 bis 19** der Tagesordnung gemeinsam auf:

**Punkt 9:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. November 2018 – Bericht der Landesregierung zu einem Be-**



(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

schluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 20: Arbeitsweise der Veranlagungsstellen für natürliche Personen – Drucksachen 16/5210, 16/5503

Berichterstatter: Abg. Emil Sänze

**Punkt 10:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. Dezember 2018 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2015 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 8: Gerichtsvollzieher – Drucksachen 16/5392, 16/5504

Berichterstatter: Abg. Manfred Kern

**Punkt 11:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 18. Dezember 2018 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2016 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 16: Schulmilch- und Schulfruchtförderung – Drucksachen 16/5423, 16/5505

Berichterstatter: Abg. Dr. Albrecht Schütte

**Punkt 12:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 18. Dezember 2018 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2017 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 8: Stellenbedarf der Polizei konkretisieren – Drucksachen 16/5424, 16/5506

Berichterstatter: Abg. Stephen Brauer

**Punkt 13:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. November 2018 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2017 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 12: Festsetzung von Hinterziehungszinsen – Drucksachen 16/5232, 16/5507

Berichterstatter: Abg. Emil Sänze

**Punkt 14:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 31. Oktober 2018 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2017 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 13: Landeseigene Spielbankengesellschaft – Drucksachen 16/5086, 16/5508

Berichterstatter: Abg. Joachim Köbler

**Punkt 15:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2018 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 7. April 2010 zur Finanzierung des integrierten Rheinprogramms und der EG-Wasserrahmenrichtlinie – Drucksachen 16/5427, 16/5509

Berichterstatterin: Abg. Andrea Lindlohr

**Punkt 16:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen vom 18. Dezember 2018 – Calw, Verkauf eines Teilstücks des landeseigenen Walddistriktes 75 „Stammheimer Mark“ – Drucksachen 16/5448, 16/5510

Berichterstatter: Abg. Joachim Köbler

**Punkt 17:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 12. Dezember 2018 – Bericht des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft nach § 25 Absatz 2 Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in Baden-Württemberg (EWärmeG) – Drucksachen 16/5403, 16/5570

Berichterstatter: Abg. Gernot Gruber

**Punkt 18:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2018 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Einbeziehung von Qualitätsindikatoren in die Krankenhausplanung und -investitionsförderung des Landes – Drucksachen 16/4993, 16/5374

Berichterstatterin: Abg. Dorothea Wehinger

**Punkt 19:**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration zu der Mitteilung der Landesregierung vom 7. Dezember 2018 – Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – PsychKHG) – hier: Bericht der Ombudsstelle nach § 10 Absatz 4 PsychKHG – Drucksachen 16/5400, 16/5485

Berichterstatter: Abg. Thomas Poreski

Hierzu kann ich gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung Ihre Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen feststellen. – Damit sind Sie einverstanden.

Jetzt kommen wir zu den Punkten 20 bis 23, die ich getrennt aufrufe.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wir kommen zu **Punkt 20:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau vom 19. Dezember 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Kapitalmarktunion – Drucksachen 16/5240, 16/5547**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Köbler**

Der Ausschuss für Europa und Internationales empfiehlt Ihnen, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt kommen wir zu **Punkt 21:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 29. November 2018 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit – Drucksachen 16/5305, 16/5326**

**Berichterstatter: Abg. Fabian Gramling**

Der Ausschuss für Europa und Internationales empfiehlt, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt dem zu? – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt rufe ich **Punkt 22** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 3. Januar 2019 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Zusammensetzung des Ausschusses der Regionen – Drucksachen 16/5484, 16/5550**

**Berichterstatter: Abg. Josef Frey**

Der Ausschuss für Europa und Internationales empfiehlt Ihnen, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt hier zu? – Danke schön. Gegenprobe! – Danke. Enthaltungen? – Damit ist auch hier mehrheitlich zugestimmt.

Dann kommen wir zu **Punkt 23:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau vom 18. Januar 2019 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Die Investitionsoffensive für Europa – Bestandsaufnahme und nächste Schritte – Drucksachen 16/5546, 16/5549**

**Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich**

Auch hier empfiehlt Ihnen der Ausschuss, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt dem zu? – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Beschlussempfehlung ebenfalls mehrheitlich zugestimmt.

Die **Punkte 24 und 25** der Tagesordnung rufe ich jetzt wieder zusammen auf:

**Punkt 24:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/5513, 16/5514, 16/5515, 16/5516, 16/5517**

**Punkt 25:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/5482**

Hier darf ich wieder gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung Ihre Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den verschiedenen Ausschüssen feststellen. – Es ist so beschlossen.

Der unter **Punkt 26** aufgeführte Tagesordnungspunkt

**Kleine Anfragen**

hat sich erledigt, weil alle für die heutige Plenarsitzung relevanten Kleinen Anfragen beantwortet wurden.

Dann sind wir jetzt am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt und treffen uns am Mittwoch, 13. Februar 2019, um 9:00 Uhr wieder.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:34 Uhr**